



Masterarbeit

VOM FÖRDERTOPF ZUM BÜRGERDIALOG

Beitrag des EU-Regionalförderprogramm LEADER auf
Demokratieförderung in Brandenburg anhand der
Fallregion Uckermark

Vorgelegt von:

Farina Luka Tolksdorf

Studiengang:

Nachhaltige Regionalentwicklung: Bildung –
Management – Naturschutz

Prüfende:

Prof. Dr. Heike Walk

Prof. Dr. Benjamin Nölting

Diese Masterarbeit ist in Kooperation mit
der KBS Brandenburg entstanden.

Kontaktadresse für Rückfragen zur Arbeit
oder Kontaktwunsch zur Verfasserin:

Michael Kröger, michael.kroeger@dgb.de



**Hochschule
für nachhaltige Entwicklung
Eberswalde**

Danksagung

Im Prozess dieser Masterarbeit kam mir oft das Bild eines großen Puzzles in den Kopf, welches ich Stück für Stück zusammenzustellen und dessen Motiv sich mit jedem Puzzleteil weiter schärft. Nach manchen Puzzleteilen musste ich tiefer forschen, andere lagen ganz offensichtlich vor mir oder tauchten plötzlich auf, wo ich sie dringend brauchte. Einige Menschen haben mich über die ganze Puzzlezeit unterstützt und sind Teil des Gesamtwerks, wofür ich ein großes Danke aussprechen möchte. Zunächst möchte ich der KBS und den ELER-Verwaltungsbehörden danken, die mir ermöglicht haben, die Masterarbeit zu diesem Thema zu schreiben und Ressourcen für die Forschung bereitgestellt haben. Besonderer Dank gilt hier Michael Kröger von der KBS, der mich regelmäßig und geduldig in inhaltlichen als auch methodischen Fragen unterstützt hat, mir wertvolle Kontakte vermittelt und immer einen guten Blick auf die Umsetzung in der Praxis hatte. Der gemeinsame Austausch war sehr bereichernd! Ich danke meinen Betreuenden Benjamin Nölting und Heike Walk für die fachliche Begleitung, gerade beim Zusammensetzen eines soliden Rahmens dieser Forschung. Meiner Mentorin Ilka Zinkel danke ich für ihre ermutigende Worte und ihr offenes Ohr. Ich danke allen Teilnehmenden der Fokusgruppen und Interviews für ihre Bereitschaft, Zeit, Ehrlichkeit und Offenheit sowie insbesondere dem Regionalmanagement der Lokalen Aktionsgruppe Uckermark für dessen Engagiertheit, mich mit Informationen, Kontakten und der Raumorganisation für die Fokusgruppen zu unterstützen. Zuletzt bin ich so froh um alle mir nah stehenden Menschen, meine wundervolle Familie und tollen Freund*innen, die mich fürsorglich begleitet, mir viel Vertrauen gegeben und für spaßigen Ausgleich gesorgt haben, wenn ein Puzzleteil mal nicht auffindbar war.



Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit untersucht den Beitrag des EU-Förderprogramms LEADER zur Demokratieförderung in Brandenburg am Beispiel der LEADER-Region Uckermark. Ausgangspunkt ist der Bedarf nach breitenwirksamen Maßnahmen zur Demokratieförderung, begründet durch sinkendes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit demokratischer Systeme und eine wachsende Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen. Vor diesem Hintergrund fragt die Arbeit danach, wie LEADER durch seinen bottom-up Ansatz in der Regionalentwicklung demokratische Prozesse und Strukturen auf regionaler Ebene unterstützen kann. Die Zunahme antidemokratischer Haltungen und Akteur*innen in ländlichen Räumen stellt Lokale Aktionsgruppen (LAG) zudem vor die Aufgabe, antidemokratische Einflüsse in LEADER-Strukturen zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen. Der zweite Forschungsschwerpunkt betrachtet daher den Umgang mit diesen Einflüssen sowie Maßnahmen zum Schutz demokratischer Prozesse in LEADER.

Methodisch folgt die Arbeit einem qualitativen Forschungsdesign. Die empirische Grundlage bildet die Fallstudie der LEADER-Region Uckermark, in der Fokusgruppen und eine Dokumentenanalyse durchgeführt wurden. Leitfadengestützte Interviews mit Regionalmanagements weiterer Brandenburger LEADER-Regionen unterstützen die Einordnung der Ergebnisse in den überregionalen LEADER-Kontext. Analytisch wurden demokratiefördernde Aspekte von LEADER auf den Ebenen der EU- und Landesrichtlinien, der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES), der LAG-Prozesse und der Projektebene untersucht.

Die Ergebnisse der Fallstudie bestätigen Zusammenhänge zwischen LEADER-Aktivitäten und Demokratieförderung auf allen Analyseebenen: etwa durch geförderte Selbstwirksamkeit und Netzwerkstärkung über Regionalbudgetprojekte, Projektförderschwerpunkte und transparente Projektauswahlkriterien zur Stärkung demokratischer Infrastruktur und Teilhabe, RES-Beteiligungsprozesse sowie durch Lern- und Erfahrungsräume demokratischer Praxis in den Gremien. Die formale Verankerung des bottom-up Ansatzes schaffen dabei die Voraussetzung für demokratiefördernde Potentiale in LEADER. Zugleich wird deutlich, dass der demokratische Mehrwert von Kapazitäten des Regionalmanagements für Beteiligungs- und Vernetzungsaktivitäten, der Diskussionskultur in den LAGn sowie der tatsächlichen Reichweite von Beteiligung abhängt und sich regional unterschiedlich zeigt. Marginalisierte und junge Gruppen konnten bislang nur begrenzt über LEADER eingebunden werden, die Komplexität und Langwierigkeit des Verfahrens stellen eine Teilhabebarriere dar.

Im Hinblick auf den zweiten Schwerpunkt zeigen die Ergebnisse, dass die Verankerung demokratischer Werte in Projektauswahlkriterien, das Kennenlernen von Antragstellenden in Projektberatungen und öffentliche Vorstellungen von Projektanträgen wichtige Mechanismen zur Prävention vor antidemokratischen Einflüssen in LEADER-Strukturen bieten. Zugleich wird deutlich, dass LEADER-Verantwortliche eine sichere Urteils- und Handlungsfähigkeit benötigen, um antidemokratische Absichten frühzeitig einordnen zu können. Die Regionalmanagements tragen sowohl für die Förderung als auch den Schutz demokratischer Prozesse eine hohe Verantwortung. Basierend auf den Ergebnissen stellt die Arbeit abschließend Handlungsempfehlungen für Verwaltungsbehörden und LAGn vor.



Abstract

This thesis examines the contribution of the EU-funding program LEADER to the promotion of democracy in Brandenburg, using the LEADER-region Uckermark as a case study. The research bases on the need for effective measures to promote democracy, driven by declining trust in the functioning of democratic systems and rising skepticism toward democratic institutions. In this light, the thesis examines how LEADER, through its bottom-up approach to regional development, can support democratic processes and structures at the regional level. The rise of anti-democratic attitudes and actors in rural areas also presents Local Action Groups (LAGs) with the task of identifying anti-democratic influences within LEADER structures and effectively countering them. The second research focus therefore examines how to address these influences as well as measures to protect democratic processes within LEADER.

Methodologically, this study follows a qualitative research design. Empirically, the study grounds on a case study of the LEADER region Uckermark, where focus groups and a document analysis were conducted. Structured interviews with regional managers from other LEADER regions in Brandenburg help contextualize the findings to a supranational level. Analytically, aspects of LEADER that promote democracy were examined at the levels of EU and state policies, Local Development Strategy (LDS), LAG processes, and the project level.

The results of the case study confirm relations between LEADER activities and the promotion of democracy at all levels of analysis: for example, through self-efficacy and network promotion via regional budget projects, through project funding priorities and transparent project selection criteria aimed at strengthening democratic infrastructure and participation, through LDS participatory processes, and through spaces for learning and experiencing democratic practice within the committees. The formal institutionalization of the bottom-up principle creates the conditions for democracy-promoting potential in LEADER regions. At the same time, democratic added value depends on sufficient resources for regional managers, openness of culture of discussion within the LAGs, and the actual scope of participation, and that it varies from region to region. In particular marginalized groups and younger people, have so far been reached only to a limited extent through LEADER, the complexity and length of the procedure constitute a barrier to participation.

Regarding the second focus area, the results show that embedding democratic principles in project selection criteria, project consultations, and public presentations of project proposals offers important protective mechanisms against anti-democratic influences within LEADER structures. At the same time, it becomes clear that LEADER actors need the ability to make sound judgments and act decisively to identify anti-democratic intentions at an early stage. Regional managers hold an important responsibility for creating and protecting democratic processes. Based on the findings, this study derives recommendations for administrative authorities and LAGs to strengthen the potential for promoting democracy within LEADER and to support LEADER actors in dealing with anti-democratic tendencies in practice.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1.	Zielsetzung und Forschungsfrage	2
1.2.	Untersuchungsgegenstand: LEADER in Brandenburg und die Fallregion Uckermark.....	2
1.3.	Fachbezogener Hintergrund und Aufbau der Arbeit	3
1.4.	Transparenzhinweis	4
2.	Theoretischer Hintergrund: Begriffsklärungen und Zusammenhänge von Regionalförderung (LEADER) und Demokratie.....	5
2.1.	Regionalförderung in der EU	5
2.1.1.	Entwicklung des Community-Led Local Development Ansatz der EU.....	5
2.1.2.	Vision und Instrumente der EU für die Förderung ländlicher Entwicklung.....	6
2.1.3.	LEADER Förderstrukturen und -logik.....	8
2.1.4.	Umsetzung in Brandenburg	11
2.1.5.	LEADER in Evaluation: Partizipativer Steuerungsansatz und Sozialkapital	13
2.2.	Grundlagen des Demokratiebegriffs in der Theorie und Praxis.....	15
2.2.1.	Exkurs: Zum Begriff Sozialkapital	16
2.2.2.	Demokratiethoretische Grundmodelle: Deliberation und Pluralismus	17
2.2.3.	Demokratie in der Krise: Sozioökonomische und sozialpsychologische Ursachen für fehlendes Demokratievertrauen.....	20
2.2.4.	Gefahren für die Demokratie: Antidemokratische Einstellungen	23
2.2.5.	Demokratische Teilhabe in ostdeutschen ländlichen Räumen.....	24
2.3.	Demokratische Qualität messen.....	26
2.3.1.	Aktuelle Debatten der Demokratieförderung	27
2.3.2.	Analysemodell zur Demokratieförderung	28
3.	Methodik	31
3.1.	Qualitatives Forschungsdesign	31
3.2.	Fallstudie Uckermark	34
3.2.1.	Fallauswahl.....	34
3.2.2.	Räumliche und strukturelle Einordnung der Uckermark	35
3.2.3.	Organisationsstruktur- und verfahren der LAG Uckermark	36
3.3.	Kategorienbildung.....	39
3.4.	Fokusgruppen	42
3.5.	Leitfadengestützte Interviews	44
3.6.	Dokumentenanalyse	45
3.7.	Auswertung über kategorienbasierte Inhaltsanalyse	45
4.	Ergebnisse.....	46
4.1.	LEADER und Demokratieförderung in Brandenburg	46

4.1.1.	Individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung	46
4.1.2.	Verfahrensentwicklung.....	50
4.1.3.	Struktursicherung und -entwicklung	59
4.2.	Schutz der Demokratie in LEADER.....	63
5.	Diskussion	66
5.1.	Demokratischer Mehrwert von LEADER.....	66
5.1.1.	Spannungsfeld: Demokratische Legitimität	70
5.1.2.	Spannungsfeld: Verwaltungsaufwand und -kultur vs. Teilhabe	72
5.1.3.	Spannungsfeld: Demokratieförderung zwischen Förderkontinuität und Verantwortungsfragen.....	73
5.2.	Zum Schutz der Demokratie in LEADER.....	74
6.	Handlungsempfehlungen	76
7.	Kritische Reflexion und Limitationen der Forschung	78
8.	Fazit	79
9.	Literaturverzeichnis	80
10.	Eidesstaatliche Erklärung	90

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kategorien zur Messung der Demokratieförderung in LEADER	40
Tabelle 2: Übersicht über ausgewählte LEADER-Regionen für leitfadengestützte Interviews.....	44
Tabelle 3: Zusammensetzung der LAG Uckermark der Förderperioden 2014-2020 und 2021-2027.....	56
Tabelle 4: Übersicht der geförderten Projekte der LAG Uckermark 2014-2025 (Stand 30.09.2025).....	62

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Sieben Prinzipien der LEADER-Arbeit	10
Abbildung 2: „Anteil der initiierten Gesamtinvestitionen der LEADER- und GAK-Projekte in den thematischen Förderbereichen bis Ende 2018)	12
Abbildung 3: Modell zur Demokratieförderung aus der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms "Demokratie leben!"	28
Abbildung 4: Forschungsdesign	32
Abbildung 5: Übersicht der Erhebungsmethoden, Datengrundlage, Anzahl der Daten (n), methodischen Ziele und der jeweils adressierten Analyseebenen	34
Abbildung 6: Regionale Arbeitskreise der LAG Uckermark	37
Abbildung 7: Eindrücke der Fokusgruppe 1 am 27.01.26 in Lychen.....	43
Abbildung 8: Zusammengefasste Antworten der Teilnehmenden der Interviews und Fokusgruppen zur Frage "Was bedeutet Demokratie für dich?"	47
Abbildung 9: Spannungsfeld 1: Demokratische Legitimation	71
Abbildung 10: Spannungsfeld 2: Verwaltungsaufwand und -kultur vs. Teilhabe	72
Abbildung 11: Spannungsfeld 3: Demokratieförderung zwischen Förderkontinuität und Verantwortungsfragen	73

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfD	Alternative für Deutschland
BMEL/BMLEH	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft/Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
BMSFSJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
CLLD	Community Led Local Development
dvs	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EPLR	Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
KI	Künstliche Intelligenz
LAG	Lokale Aktionsgruppe
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale
LELF	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
LES/RES	Lokale Entwicklungsstrategie/Regionale Entwicklungsstrategie
MLUK	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Brandenburg
MLUL	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg
MLEUV	Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
RAK	Regionaler Arbeitskreis
SRLE	Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung

1. Einleitung

In ländlichen Räumen zeigt sich seit einigen Jahren eine wachsende Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen und Verfahren. Viele Menschen fühlen sich nicht gehört und empfinden eine soziale wie politische Marginalisierung (Franke et al., 2026; Krause & Gagné, 2023). Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit dem Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen, die eine erhebliche Gefahr für die demokratische Kultur darstellen (SRLE, 2024). Dabei ist Kritik an der Umsetzung der Demokratie in Deutschland kein Randphänomen, sondern weit verbreitet: Circa 40% der Menschen in Deutschland sind unzufrieden mit der aktuellen Demokratie, zugleich sinkt die Qualität demokratischer Systeme (Franke et al., 2026; Heidenreich, 2025). Daher besteht ein dringlicher Bedarf nach wirksamen Maßnahmen und Angeboten zur Demokratieförderung, die breite Zielgruppen erreichen.

In ländlichen Räumen spielen wahrgenommene oder reale Benachteiligungen gegenüber prosperierenden Regionen, das Gefühl des „Abgehängtseins“, Strukturwandel, der Umgang mit Krisen sowie DDR-Sozialisierungen im Osten eine zentrale Rolle für das institutionelle Vertrauen der Menschen (Franke et al., 2025; Merkel, 2021). Demokratiebezogene Einstellungen sind daher eng mit zentralen Themen der regionalen Entwicklung verknüpft.

Vor diesem Hintergrund rückt das EU-Programm LEADER zur Förderung ländlicher Entwicklung in den Fokus. LEADER verfolgt einen innovativen, bottom-up-orientierten Ansatz der Regionalentwicklung. Die Verantwortung für regionale Entwicklungsstrategien und Fördermittel wird an Lokale Aktionsgruppen (LAG) übertragen, die endogene Potentiale in Regionen kennen und aktivieren sowie Kooperation und partizipative Entscheidungsprozesse fördern (Ramos & Delgado, 2015). Der Ansatz erfährt hohe Akzeptanz und gilt in der gesamten EU als integraler Bestandteil der ländlichen Entwicklungspolitik (Schwarz & Welz, 2019; Zago et al., 2014). Auch in der nationalen Förderpraxis spiegelt sich die hohe Relevanz des LEADER-Ansatzes wider: Einige Bundesländer (z.B. Sachsen-Anhalt) setzen die ländliche Entwicklungsförderung vollständig auf Basis von LEADER um (BMEL, 2025).

Der Förderansatz wird daher auch als Methode verstanden, die durch organisierte Beteiligungsprozesse und bottom-up Entscheidungsprozesse das Sozialkapital der Region im Sinne von sozialen Beziehungen, Netzwerken und Vertrauen als Bedingungen kollektiven Handelns stärkt. Gegenüber einer zentralisierten Umsetzung soll der LEADER-Ansatz so einen Mehrwert erzeugen. Dieser Mehrwert von LEADER in Form eines erhöhten Sozialkapitals konnte bereits in mehreren Studien bestätigt werden (Pollermann & Schwarze, 2019; Schwarz & Welz, 2019). Vor diesem Hintergrund besteht Grund zur Annahme, dass in der LEADER-Förderung über die Organisation regionaler Entwicklung hinaus Anknüpfungspunkte für einen demokratiefördernden Mehrwert bestehen.

Gleichzeitig ist LEADER nicht losgelöst von gesellschaftlichen Spannungen zu betrachten. Durch die Offenheit des bottom-up Ansatzes entstehen durch LEADER Räume öffentlicher Aushandlungsprozesse, in denen Meinungsverschiedenheiten, Interessenskonflikte, aber auch Vereinnahmungsversuche von Akteur*innen mit antidemokratischen Absichten auftreten. Regionalmanagements berichten beispielsweise von Projektanträgen rechtsextremer Antragstellenden (dvs, 2025c). Deshalb stellt sich nicht nur die Frage nach den demokratiefördernden Potentialen des Programms, sondern auch danach, wie Akteur*innen im LEADER-Kontext mit antidemokratischen Bestrebungen umgehen und welche präventiven Maßnahmen zum Schutz demokratischer Strukturen relevant werden.

Weiterhin gewinnt das Thema auch aus förderpolitischer Sicht Relevanz. Der Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs stellt den Mehrwert von LEADER im Verhältnis zu den verwaltungstechnischen Kosten infrage, während geplante Veränderungen hinsichtlich der Verbindlichkeit und Ausgestaltung von LEADER in den laufenden Haushaltsverhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2027 die Bedeutung wissenschaftlicher Beiträge zur Wirkung von LEADER zusätzlich erhöhen (BAG LAG e.V., 2026; Europäischer Rechnungshof, 2022).

Der Mehrwert von LEADER wurde bislang vor allem im Hinblick auf die Erreichung der GAP-Ziele, den Aufbau von Sozialkapital, den dezentralen Steuerungsansatz und die Förderung regionaler Entwicklung untersucht (BMEL, 2025; Costa et al., 2016; Pisani et al., 2017; Pollermann et al., 2020). Demokratiebezogene Wirkungen werden bisher in Hinblick auf die partizipative Qualität des Ansatzes und als Experiment lokaler Demokratie thematisiert (Fynn & Pollermann, 2022; Nousiainen & Mäkinen, 2015; Zago et al., 2014), stehen in der Forschung jedoch bislang deutlich weniger im Fokus.

1.1. Zielsetzung und Forschungsfrage

An dieser Forschungslücke setzt die vorliegende Arbeit an. Das Hauptziel ist es, am Beispiel einer Fallstudie der brandenburgischen LEADER-Region Uckermark empirisch zu untersuchen, welche Zusammenhänge zwischen den verschiedenen LEADER-Aktivitäten und Demokratieförderung in Brandenburg bestehen. Im Mittelpunkt stehen dabei demokratiebezogene Wirkungen auf regionaler Ebene, sowohl mit Blick auf die LAGn als Umsetzungsakteure der LEADER-Methode als auch auf die Wirkung der Fördermittel in der Region und damit auf die Projektträger*innen, die diese Mittel beantragen und umsetzen. Da LEADER in die Mehrebenenstruktur der EU eingebettet ist, werden zudem die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die von der Landesregierung Brandenburg verantwortete Richtliniengestaltung berücksichtigt, um den Möglichkeitsrahmen, unter denen Demokratiewirkungen entstehen können, zu analysieren. Ziel der Arbeit ist es daher, demokratiestärkende Aspekte in untersuchbare Dimensionen und Kategorien zu überführen, die die verschiedenen Wirkungsebenen von LEADER berücksichtigen und so den demokratischen Mehrwert von LEADER zu erfassen. Daraus ergibt sich die zentrale Forschungsfrage der Arbeit:

Forschungsfrage 1: Wie werden in Brandenburg über LEADER demokratische Prozesse und Strukturen auf regionaler Ebene unterstützt?

Die Forschung zielt neben einem wissenschaftlichen Beitrag auch auf einen praktischen Nutzen für die Beforschten. Die Zunahme antidemokratischer Haltungen in der Gesellschaft, wie auch in Brandenburg, stellt den Umgang mit solchen Tendenzen im LEADER-Kontext vor Herausforderungen (dvs, 2025c). Dies betrifft insbesondere die LAGn, denen in der regionalen Umsetzung von LEADER eine zentrale Verantwortung für die Wahrung demokratischer Prinzipien und Prozesse zukommt. Vor diesem Hintergrund untersucht diese Arbeit Erfahrungen mit antidemokratischen Haltungen und Einflussnahmen im LEADER-Kontext und leitet daraus Ansätze zum Schutz demokratischer Prozesse und Strukturen ab. Daraus ergibt sich die zweite Forschungsfrage:

Forschungsfrage 2: Wie gehen LEADER-Akteur*innen mit antidemokratischen Haltungen und Einflussnahmen um und welche präventiven Maßnahmen nutzen sie zum Schutz demokratischer Prozesse und Strukturen?

1.2. Untersuchungsgegenstand: LEADER in Brandenburg und die Fallregion Uckermark

Der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit bezieht sich räumlich auf die LEADER-Umsetzung im Land Brandenburg, wobei die Region Uckermark im Rahmen der Fallstudie analytisch im Fokus steht. LEADER wird in Brandenburg fast flächendeckend in 14 LEADER-Regionen im ländlichen Raum umgesetzt (Schwarz & Welz, 2019). In der begleitenden Evaluation der LEADER-Förderung in Brandenburg der letzten Förderperiode 2014-2022 werden vor allem die hohe Akzeptanz des von regionalen Akteur*innen getragenen Ansatzes bestätigt (Schwarz & Welz, 2019), was den Beitrag von LEADER zur Demokratieförderung begünstigt. LEADER wird aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Die inhaltliche Verantwortung für die Umsetzung tragen in Deutschland die Bundesländer, die über ELER-Verwaltungsbehörden das Programm unterschiedlich umsetzen (ELER-Verwaltungsbehörde, 2019). Für die Untersuchung des Gestaltungsspielraums, in dem LEADER-Akteur*innen demokratiestärkende Prozesse beeinflussen können, erscheint der Blick auf die LEADER-Förderrichtlinie des Landes Brandenburg sinnvoll. Um Zusammenhänge von LEADER-Aktivitäten und demokratiefördernden Aspekten auf regionaler Ebene näher zu analysieren, wird eine LEADER-Region als Fallstudie ausgewählt. Untersucht wird die Region Uckermark im Norden von Brandenburg. Die LAG Uckermark beschäftigt sich angesichts verschiedener regionaler Herausforderungen (*Kapitel 3.2.2.*) bereits intensiv mit dem Thema Demokratie, beispielsweise im Rahmen der Schwerpunktsetzung auf die Förderung von Lebensqualität und Teilhabe, und eignet sich daher als Fallregion für diese Forschungsarbeit. Die besondere Organisationsstruktur der LAG Uckermark in drei regionale Arbeitskreise, die lokal Verantwortung für Regionalentwicklungsprozesse im Rahmen des Programms übernehmen, macht die Region für die Untersuchung der demokratischen Qualität innerhalb der Gremien zusätzlich passend (*Kapitel 3.2.3.*). Ziel ist es, von der Fallstudie und der Befragung von Regionalmanagements aus zwei weiteren LEADER-Regionen Brandenburgs ausgehend, Ergebnisse auf den gesamten LEADER-Raum Brandenburgs zu übertragen und einzuordnen. Aufgrund der länderspezifischen Umsetzung von LEADER und der Anwendung eines qualitativen Forschungsdesigns sind die Ergebnisse nicht statistisch repräsentativ zur Bewertung anderer Bundesländer anzuwenden. Der Zeitraum der Untersuchung beschränkt sich auf die aktuelle Förderperiode (2023-2027) sowie die letzte Förderperiode (2014-2022). Effekte von LEADER werden dabei ausschließlich im Spektrum von Zusammenhängen mit Demokratieförderung untersucht, Wirkungen in anderen Bereichen werden nicht analysiert.

1.3. Fachbezogener Hintergrund und Aufbau der Arbeit

Das Forschungsvorhaben nutzt die Theoriefelder Demokratie und Regionalförderung als analytische Grundlage, um die Fallstudie theoretisch zu fundieren und empirisch zu strukturieren. *Kapitel 2.1.* gibt einen Überblick über Regionalförderung der letzten Jahrzehnte in der EU, um herzuzeigen, wie sich der bottom-up Ansatz LEADER aus Reformen der EU herausgebildet hat. Danach werden die aktuell zentralen Förderinstrumente für die Förderung ländlicher Räume der EU vorgestellt, worauf LEADER im Speziellen in seiner Förderlogik und Umsetzung in Brandenburg erklärt wird. Bisherige Evaluationen von LEADER, insbesondere in Hinblick auf den Mehrwert für gesteigertes Sozialkapital, bieten Anknüpfungspunkte für demokratiefördernde Aspekte im Programm und werden deshalb in einem weiteren Unterkapitel dargestellt.

Demokratie ist ein historisch gewachsener und aktuell ein gesellschaftspolitisch hoch umstrittener Begriff mit einer breiten Deutungsspanne. In *Kapitel 2.2.* wird daher die Geschichte und Abgrenzung des Demokratiebegriffs erläutert und ein Demokratiemodell für die Vorgehensweise der Arbeit festgelegt. Anschließend folgt ein Überblick zum Stand der Demokratie in ländlichen Räumen, in dem Gefahren für die Demokratie, sozioökonomische und sozialpsychologische Ursachen für fehlendes Demokratievertrauen und aktuelle Dynamiken beleuchtet werden. In diesem werden zudem die weiterhin bestehenden Unterschiede im Erleben demokratischer Verhältnisse zwischen ost- und westdeutsch sozialisierten Menschen thematisiert, von denen auch die Uckermark als in Ostdeutschland gelegene Fallregion geprägt ist. Im nächsten Abschnitt wird auf die Frage, wie Demokratie gemessen werden kann, das Handlungsfeld Demokratieförderung eingeleitet - ein sich stetig entwickelnder Bereich, geprägt von pädagogischer Praxis und wissenschaftlicher Debatte. Abschließend wird das Analysemodell zur Demokratieförderung vorgestellt, welches als Grundlage für das methodische Vorgehen dient.

In *Kapitel 3* folgt die Darstellung des methodischen Vorgehens. Dieses folgt einem qualitativen Forschungsdesign mit einem Methodenmix aus Fokusgruppen, Dokumentenanalyse und leitfadengestützten Interviews, die über eine kategorienbasierte Inhaltsanalyse ausgewertet wurden. In diesem Kapitel wird auch die Fallregion Uckermark eingeleitet, indem regionsspezifische Besonderheiten der Region sowie die Organisationsstruktur der LAG Uckermark erläutert werden.

Die Darstellung der Ergebnisse (*Kapitel 4*) orientiert sich an der Beantwortung der Forschungsfragen sowie den auf Grundlage des Analysemodells entwickelten Kategorien. In der Diskussion (*Kapitel 5*) werden zentrale Ergebnisse verhandelt und in den Kontext bestehender Studien und Evaluationen zum demokratischen Mehrwert und dem Schutz der Demokratie in LEADER gesetzt. Drei Spannungsfelder werden vorgestellt, die Fragen an LEADER-Verantwortliche zur zukünftigen Ausgestaltung des Programms stellen. Zudem werden Handlungsempfehlungen für Verwaltungsbehörden und LAGn in Brandenburg zum Schutz und zur Förderung von Demokratie in LEADER formuliert, die in *Kapitel 6* dargestellt werden. Zuletzt werden Grenzen der Arbeit aufgezeigt und ein kritischer Blick auf die Forschung geworfen (*Kapitel 7*).

1.4. Transparenzhinweis

Diese Forschungsarbeit entstand in Kooperation mit der Kooperations- und Beratungsstelle (KBS), die als Partnernetzwerk in Brandenburg Wirtschafts-, Sozial- und Umweltakteur*innen im Gemeinsamen Begleitausschuss für die Europäischen Strukturfonds und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) unterstützt (KBS, o. J.). Die KBS hat das Thema vor dem Hintergrund des in der Einleitung beschriebenen Anstiegs antidemokratischer Vorfälle im Rahmen von LEADER sowie der Frage nach dem Mehrwert von LEADER, auch in Hinblick auf die zukünftige Finanzierung des Programms, ausgeschrieben. Die KBS verfolgt mit wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn und der Übertragung der Ergebnisse in die LEADER-Praxis zwei zentrale Ziele, die für diese Arbeit übernommen wurden. Im Rahmen des Forschungsvorhabens übernahm ich in enger Abstimmung mit der KBS die inhaltliche Konzeption, die Datenerhebung, die Auswertung sowie die Darstellung der Ergebnisse der Masterarbeit. Die KBS unterstützte das Vorhaben durch die Vermittlung relevanter Kontakte, fachliche Expertise sowie die Übernahme anfallender Reise- und Sachkosten. Auf die Bewertung der Ergebnisse nahm die KBS keinen Einfluss.

2. Theoretischer Hintergrund: Begriffsklärungen und Zusammenhänge von Regionalförderung (LEADER) und Demokratie

2.1. Regionalförderung in der EU

Die EU investiert gezielt in ländliche Räume, um wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen zu bewältigen und regionale Disparitäten auszugleichen. So sollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der EU geschaffen werden und der Binnenmarkt gestärkt werden (Europäische Kommission, 2021; FAO-World Bank, 2008; Zago et al., 2014).

Um den Aufbau und Ansatz der Politik der EU für ländliche Räume zu verstehen, wird ein kurzer Überblick in die Geschichte von EU-Reformen seit den 1960er Jahren bis heute gegeben. Danach werden die zentralen Förderinstrumente der EU für ländliche Entwicklung vorgestellt, um zu verstehen, wie LEADER in diese und die Agrarpolitik der EU eingebettet ist und mit welchen Zielen die EU das Programm initiiert hat. Zuletzt wird die Förderlogik und Umsetzung von LEADER in Brandenburg erläutert.

2.1.1. Entwicklung des Community-Led Local Development Ansatz der EU

Nach dem zweiten Weltkrieg war die Stabilisierung der Landwirtschaft und des Ernährungssektors für die EU von zentraler Bedeutung. Zu diesem Zweck wurde 1962 die Gemeinsame Agrarpolitik initiiert (FAO-World Bank, 2008). Ländliche Entwicklung abseits der Landwirtschaft blieben zunächst in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Die EU Kommission startete noch in den 1960er Jahren den Austausch zwischen Staaten zur Entwicklung territorialen Strategien mit dem Ergebnis, gemeinsam Entwicklungsprogramme mit partizipativem Ansatz auf den Weg zu bringen (Manzella & Mendez, 2009). Der erste Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) wurde neben anderen Instrumenten in den 1970er Jahren verabschiedet, um regionale Disparitäten zwischen Regionen auszugleichen (Manzella & Mendez, 2009). Ende der 80er Jahre wurden einige dieser Fonds mit weiteren Fonds aus der Landwirtschaft sowie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Kohäsionspolitik mit deutlich aufgestocktem Budget reformiert (Manzella & Mendez, 2009). Zentrale Elemente der Reform waren die Programmplanung in mehrjährigen Perioden sowie die Verankerung des Partnerschaftsprinzips, das die Zusammenarbeit zwischen den europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft als Grundsatz bei der Umsetzung der EU-Regionalentwicklungspolitik festlegt (Manzella & Mendez, 2009). In den 1990er Jahren erweiterte sich im Zuge großer Reformen des EU-Haushalts der Fokus von der Landwirtschaft auf weitere Potentiale und die Vielfältigkeit ländlicher Räume, nicht zuletzt aufgrund einer spürbaren Diversifizierung der ökonomischen Sektoren vielerorts (FAO-World Bank, 2008). Eine dafür ausschlaggebende Reform war die Mac-Sherry-Reform 1992, in der Direktzahlungen an Landwirt*innen und Leitlinien zur Entwicklung ländlicher Räume in die GAP aufgenommen wurden (FAO-World Bank, 2008). Damit war ein Paradigmenwechsel eingeleitet, der die Verantwortung für Strategien zur regionalen Entwicklung stärker in die Hände von Akteur*innen vor Ort legte. Die Erklärung von Cork 1996 legte weitere Grundpfeiler für eine möglichst dezentrale und auf Kooperationen zwischen verschiedenen Sektoren und Ebenen beruhende Steuerung der ländlichen Entwicklung fest. Im Kern ging es in dem neuen strategischen Ansatz darum, endogene Potentiale vor Ort besser erschließen zu können, indem in diese Potentiale investiert wird, statt Defizite lediglich zu subventionieren (Zago et al., 2014). Mit der Agenda 2000 (1999) wurden politische Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung

ländlicher Räume in der zweiten Säule der GAP verankert, die Ziele wie Diversifizierung der ländlichen Ökonomie, den Aufbau von Sozialkapital und die partizipative Umsetzung von Regionalentwicklung festgeschrieben (Ragonnaud, 2017).

Zunächst wurde der neue Ansatz zur Regionalentwicklung 1991-1993 mit der Einführung des Förderinstruments LEADER als EU-Gemeinschaftsinitiative im Rahmen eines Modellprojekts getestet, welches sich auf benachteiligte ländliche Gebiete bezog (EU CAP Network, o. J.). Über einen dezentralen, partizipativen Ansatz sollten lokal passende Lösungen für Probleme entwickelt werden, die EU-weit auftreten. Regionale Wirtschaftsakteur*innen sollten sich in Lokalen Aktionsgruppen (LAG) organisieren, um kooperativ Maßnahmen für die ländliche Entwicklung zu gestalten, umzusetzen und Innovationen in den Regionen zu realisieren (FAO-World Bank, 2008). Nachdem LEADER I in 217 Gebieten erfolgreich getestet wurde, wurde das Programm für eine weitere Förderperiode räumlich auf 900 Regionen ausgeweitet. Mit der Einführung von LEADER+ im Jahr 2000 waren sämtliche ländliche Gebiete einbezogen und eine thematische Orientierung wurde in regionale Entwicklungsstrategien mit aufgenommen (EU CAP Network, o. J.; Land Brandenburg, 2004). Die positiven Erfahrungen mit dem Ansatz führten dazu, dass das Programm seit der Programmperiode 2007–2013 integraler Bestandteil der Förderlandschaft für ländliche Entwicklung für alle Mitgliedsstaaten ist, größtenteils finanziert aus dem ELER-Fond der GAP (BMEL, 2025; Zago et al., 2014).

Aufbauend auf der erfolgreichen Testphase des LEADER-Ansatzes wurde 2011 das Konzept Community-Led Local Development (CLLD) entwickelt, was die Anwendung von integrierten, partizipativen Ansätzen der Regionalentwicklung über LEADER hinaus in die zweite Säule der GAP und in weitere Fonds der EU-Struktur- und Kohäsionspolitik ermöglicht (FAO-World Bank, 2008; Pollermann et al., 2020). Seit 2014 wird der LEADER-Ansatz auch für die Umsetzung des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF), des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und damit auch in urbanen Räumen genutzt (EU CAP Network, o. J.). In allen Fonds der EU-Kohäsionspolitik (ohne ELER) werden in der Förderperiode 2021-2027 EU-weit 11% der Mittel (also 41,3 Mrd. Euro) über solche Ansätze umgesetzt (Saraceno et al., 2026). Die fondsübergreifende Anwendung verdeutlicht, dass LEADER über ein klassisches Förderinstrument hinausgeht und vielmehr als Methode bzw. Ansatz der lokalen Entwicklung zu verstehen ist.

Nachdem die Entwicklung von CLLD-Ansätzen als Methodik der EU-Politik skizziert wurde, werden im folgenden Unterkapitel die ländliche Entwicklung als Ziel der europäischen Förderpolitik und die zugehörigen Instrumente vorgestellt.

2.1.2. Vision und Instrumente der EU für die Förderung ländlicher Entwicklung

Europas hohe Investitionen in ländliche Räume begründen sich sowohl unter Berücksichtigung der Werteorientierung der EU (insbesondere Gleichheit) sowie aus strategischer Sicht. Im Sinne der Stärkung des „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts“ innerhalb der EU nennt das Europarecht in Artikel 174 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ausdrücklich ländliche, periphere sowie demografisch benachteiligte Gebiete, die aufgrund ihrer strukturellen Nachteile gezielte politische Unterstützung benötigen (AEUV, Artikel 174).

In der langfristigen Vision für ländliche Räume in der EU werden Entwicklungen wie Bevölkerungsrückgang, der demografische Wandel, Abwanderung junger Menschen sowie ein erschwerter Zugang

zu digitaler Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen, etwa bei Gesundheit, Bildung oder Verkehr als aktuelle Problemlagen ländlicher Räume konkretisiert. Folglich fühlen sich viele Menschen in ländlichen Regionen politisch und gesellschaftlich nicht ausreichend berücksichtigt, was den gesellschaftlichen Druck für wirkungsvolle Maßnahmen und Mitsprache der ländlichen Räume erhöht. Zugleich sind ländliche Räume strategisch zentral für wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele der EU, etwa für die im Green Deal verschriebene Klimaneutralität bis 2050, da sie wesentliche Sektoren wie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie biobasierte Produkte beheimaten. Insgesamt sollen gleichwertige Lebensverhältnisse sowie eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung in allen Regionen der EU gewährleistet werden. (Europäische Kommission, 2021)

In der Vision hat die EU-Kommission vier Aktionsbereiche festgelegt, die im Rahmen der im nächsten Absatz genannten Fonds adressiert werden. Ländliche Regionen sollen stärker werden, im Sinne „lebendiger lokaler Gemeinschaften“, die Zugang zu öffentlicher Versorgung und Infrastruktur haben (Europäische Kommission, 2021, S. 12). Durch die Verbesserung der Mobilität und Anbindung, ebenso der digitalen Infrastruktur, sollen sie vernetzter werden. Die Förderung nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft sowie sozialer Teilhabe, Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit soll ihre Resilienz gegenüber wirtschaftlichen und ökologischen Krisen stärken. In der Vision sollen ländliche Räume florieren, indem die „Diversifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten“, Bildungsmöglichkeiten und eine nachhaltige Forst- und Landwirtschaft als lokale Versorger gestärkt werden (Europäische Kommission, 2021, S. 15).

Die Förderung der ländlichen Entwicklung auf europäischer Ebene besteht aus zwei Bausteinen. Die GAP bildet den ersten Baustein. Die Förderung der ländlichen Entwicklung ist in der aktuellen Förderperiode 2021-2027 ein zentraler Bestandteil dieser und wird über die zweite Säule der GAP umgesetzt. Die erste Säule bildet der Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL), der primär der Einkommensunterstützung von Landwirt*innen dient und sich ausschließlich der Förderung der Landwirtschaft widmet. Die zweite Säule bildet der ELER. Die Ziele des ELER sind es, Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft zu fördern, eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimaschutzmaßnahmen sicherzustellen sowie eine ausgewogene territoriale Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und der ländlichen Gemeinschaften zu realisieren. (BMELH, 2022)

Die Umsetzung der GAP erfolgt auf der Ebenen der EU-Mitgliedstaaten bzw. auf der regionalen Ebene (Publications Office of the European Union, 2024). In Deutschland wird der GAP-Strategieplan vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMELH) entwickelt und die strategischen Vorgaben in nationale Verwaltungs- und Programmstrukturen übertragen. Die Bundesländer entwerfen daraufhin Förderprogramme, setzen sie um und stellen die nötige Kofinanzierung aus den Landeshaushalten zur Verfügung (BMELH, 2022). LEADER ist als verpflichtender Teil der GAP im ELER verankert. Gemäß der EU-Verordnung 2021/2115 müssen mindestens 5% der gesamten ELER-Mittel für LEADER vorgesehen sein (Art 92). Im GAP-Strategieplan für Deutschland 2023–2027 ist vorgesehen, dass Deutschland aus EU-Mitteln insgesamt rund 30 Mrd. Euro für die Umsetzung der GAP erhält, wovon etwa 12 Mrd. Euro auf die zweite Säule (ELER) entfallen (BMEL, 2023). Die genannten ELER-Beträge beziehen sich ausschließlich auf EU-Finanzmittel, die Gesamtprojektvolumina vor Ort erhöhen sich durch nationale und landesweite Kofinanzierung, wobei die Kofinanzierungssätze in der EU-Verordnung 2021/1060 (Art. 112) festgelegt werden und nach Entwicklungsstand einer Region variieren. Die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (dvs) ist als

Einrichtung der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) dem BMLEH nachgeordnet und fungiert im Rahmen des ELER als bundesweite Vernetzungsstelle, wodurch sie auch LEADER-Akteur*innen fachlich im Rahmen von Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen unterstützt (BLE, 2026a).

Den zweiten Baustein der europäischen Förderung ländlicher Räume bilden die Fonds der EU-Kohäsionspolitik, die auf „die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum, eine nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger“ abzielen (Europäische Kommission, 2014). Darunter fallen der EFRE zur Stärkung der regionalen Wirtschaft, der ESF zur Förderung von Bildung- und Beschäftigungszugängen sowie weitere Kohäsionsfonds mit Fokus auf nachhaltiger Entwicklung (Europäische Kommission, 2014). Während die Kohäsionsfonds beinahe ein Drittel des EU-Haushalts, in absoluten Zahlen 351,8 Mrd. EUR im Zeitraum 2014-2020 ausmachten, wurden für den ELER-Fond 95,5 Mrd. EUR im Zeitraum 2023-2027 zugewiesen (Europäische Kommission, 2014, 2026).

Aus Sicht der Bundesregierung hat sich die lokale Verantwortungsübernahme in der ländlichen Entwicklung in Form LEADER als wesentliche Umsetzungsstrategie und Entwicklungstreiber bewährt. Im GAP-Strategieplan 2023-2027, der die Umsetzung der GAP in Deutschland verordnet, wird die Stärkung der Selbstorganisation in der Regionalentwicklung als zentrales Ziel priorisiert (BMEL, 2023). Durch LEADER sollen Regionen ihre Vielfalt an Bevölkerungsressourcen und regionalen Potentialen nutzen, um diskriminierungsfreie Partizipation zu fördern und die Innovations- und Entwicklungsstärke ländlicher Räume zu steigern, sodass Innovationen, soziale Inklusion sowie dorferwicklungsspezifische Strategien bedarfsgerecht umgesetzt werden können (BMEL, 2023). Im Folgenden wird näher erläutert, wie dieses Ziel durch die Förderstruktur und konkrete Umsetzung von LEADER erreicht werden soll.

2.1.3. LEADER Förderstrukturen und -logik

Der Begriff LEADER leitet sich von der französischen Bezeichnung „Liaison Entre Actions de Développement de l'Économie Rurale“ ab und bedeutet sinngemäß die Verknüpfung von Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft (BLE, 2026b). Dem Untersuchungszeitraum dieser Forschung entsprechend werden im Folgenden die Regelungen von LEADER ab der Förderperiode 2014 beschrieben sowie wesentliche Änderungen der neuen Förderperiode ab 2023 berücksichtigt.

Förderstruktur

Die institutionelle Förderstruktur von LEADER ergibt sich wie im vorherigen Kapitel beschrieben aus dem Subsidiaritätsprinzip von der EU-Ebene bis zu den LAGn vor Ort. Die regionalen ELER-Verwaltungsbehörden der einzelnen Bundesländer sind mit der Koordinierung der Fonds beauftragt und tragen damit die zentrale Verantwortung zur Umsetzung des GAP-Strategieplans. Sie entwickeln die länderspezifischen Förderrichtlinien, übernehmen die Programmverwaltung und -begleitung, die finanzielle Abwicklung, Finanzkontrolle sowie das Formulieren von Projektauswahlkriterien (ELER-Verwaltungsbehörde, 2019). Die Besonderheit von LEADER ist, dass für die Umsetzung der LEADER-Richtlinien die LAGn verantwortlich sind, die als lokale Partnerschaft für eine klar abgegrenzte Region zuständig sind (Europäische Kommission, 2024).

Damit eine ländliche Region Fördermittel aus LEADER erhalten kann, muss demnach zunächst eine LAG gegründet werden. In der LAG schließen sich Akteur*innen aus öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Bereichen einer Region zusammen und erarbeiten partizipativ eine Lokale Entwicklungsstrategie (LES), auch Regionale Entwicklungsstrategie (RES) genannt. Die RES definiert konkrete Handlungsfelder und Ziele für die Region, die mit LEADER erreicht werden sollen (Europäische Kommission, 2024). Sie erfasst systematisch die Bedarfe und Potentiale des Gebiets und übersetzt diese in strategische Prioritäten, die an EU-Ziele (z. B. Beschäftigung, Innovation, Klimawandel, Bildung, soziale Inklusion) sowie an regionale Entwicklungsaufgaben anknüpfen und auf Multiplikator*inneneffekte durch Kooperation abzielen (Zago et al., 2014). Statt alleinstehenden Projekten wird die Regionalentwicklung durch LEADER über eine gebietsspezifische und integrierte Strategie gesteuert (EU CAP Network, o. J.). Weitere Zuwendungsvoraussetzungen und Kriterien für Bewerberregionen werden in den Richtlinien der Bundesländer festgehalten.

Im Rahmen der LEADER-Förderrichtlinien der Länder agieren die LAGn auf regionaler Ebene weitestgehend autonom und übernehmen wesentliche Steuerungs- und Entscheidungsaufgaben in ihrem Gebiet. LAGn sind in ihrer Rechtsform oft als Organisationen ohne Erwerbszweck (z.B. Vereine) eingetragen oder bestimmen eine andere rechenschaftspflichtige Institution, die für sie verantwortlich (EU CAP Network, o. J.). Die LAG prüft, ob eingehende Projektanträge zur LES passen und bewertet diese nach klaren Kriterien, die Transparenz, Effizienz, die Erreichung von sozialen und ökonomischen Zielen sowie die Stärkung der Partizipation und des sozialen Kapitals berücksichtigen (BLE, 2026b; ELER-Verwaltungsbehörde, 2019). Anhand dieser Bewertungen werden die Projekte gelistet und die am besten bewerteten Projekte werden für die Förderung ausgewählt. Zudem ist die LAG verantwortlich für die regelmäßige Strategieüberarbeitung, Monitoring, Evaluation und Projektkontrolle. Gleichzeitig ist sie Ansprechstelle für LEADER-Interessierte und übernimmt damit wichtige Funktionen für die Sichtbarkeit, Zugänglichkeit und den Dialog zwischen Akteur*innen (Zago et al., 2014). Unterstützt wird jede LAG durch ein Regionalmanagement, das an der Schnittstelle zwischen LAG und den Bewilligungsstellen mit der Organisation und Umsetzung von LEADER-Prozessen wie der Beratung von Antragstellenden sowie der Koordination weiterer ländlicher Entwicklungsprozesse beauftragt wird (Europäische Kommission, 2024). Das Regionalmanagement wird aus LEADER-Mitteln finanziert. Bei der Entscheidung über LEADER-Förderanträge bleiben trotz der Entscheidungsbefugnisse der LAGn die regionsspezifischen Bewilligungsstellen zuständig. Diese bewerten die Förderfähigkeit der Projektanträge final (BLE, 2026b). Die EU-Vorschriften verankern explizit Partizipations- und Beteiligungsmechanismen, um sicherzustellen, dass keine einzelne Interessengruppe die Umsetzung überproportional beherrscht und die Entscheidungsfindung in der LAG partnerschaftlich und gebietsspezifisch erfolgt (EU CAP Network, o. J.). So ist beispielsweise vorgeschrieben, dass eine LAG neben kommunalen Vertreter*innen auch zu mindestens 51% aus weiteren Interessensgruppen



Abbildung 1: Sieben Prinzipien der LEADER-Arbeit (eigene Darstellung nach EU-CAP-Network, o.J.)

bestehen muss, beispielsweise Wirtschaftsakteur*innen, Vereinen oder ehrenamtlich Engagierten, wodurch ein breites Spektrum lokaler Interessen in die Planung einfließt (Europäische Kommission, 2024; Zago et al., 2014).

LEADER basiert auf sieben Merkmalen (Abbildung 1): ein gebietsbezogener, bottom-up-orientierter Ansatz, die LAG als zentrale Steuerungs- und Entscheidungsinstanz, die Entwicklung einer integrierten und sektorübergreifenden lokalen Entwicklungsstrategie (LES), eine starke Rolle der Netzwerkarbeit, das Prinzip der Innovation sowie die Förderung von Zusammenarbeit auf interterritorialem und transnationalem Niveau (EU-CAP-Network, o.J.). Die Prinzipien sind

Grundlage des partizipativen Ansatzes von LEADER, der sich damit deutlich von zentralisierten Förderungen, die von öffentlichen Verwaltungen verantwortet werden, unterscheidet.

Förderschwerpunkte

Ein zentraler Aspekt der LEADER-Förderlogik ist die Verknüpfung von Innovation und Mehrwertorientierung. Die LAGs werden ermutigt, nicht nur bestehende Strukturen zu reproduzieren, sondern neue Konzepte, Formate oder Kooperationen zu entwickeln, die die spezifischen Herausforderungen ihres Gebiets adressieren. Innovation ist hier regionsabhängig gemeint und betrifft unterstützte Maßnahmen (z. B. neue Wertschöpfungsketten, digitale Lösungen, soziale Unternehmen) als auch Ansätze, wie Beteiligten eingebunden werden, etwa durch kreative Formate der Bürgerbeteiligung, die für die Region neuartig sind (EU CAP Network, o. J.; Europäische Kommission, 2024). LEADER verbindet eine sektorübergreifende Förderlogik, die über Kooperationen die Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Tourismus, Kultur, Handel, Bildung und sozialen Dienstleistungen fördert (Zago et al., 2014).

Finanzierung

Nach erfolgreicher Bewerbung als LEADER-Region erhält diese ein Budget für eine Förderperiode von 7 Jahren, das sich nach Größe, Anzahl der LEADER-Regionen und Einwohner*innenanzahl bemisst. Einzelne LAGs in Deutschland erhalten in der aktuellen Förderperiode 2023-2027 zwischen 2 und 20 Millionen Euro (BLE, 2026b).

2.1.4. Umsetzung in Brandenburg

Die LEADER-Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK)¹ legt die Umsetzung des Programms in Brandenburg fest und definiert als Fördergebietskategorie den „ländlichen Raum Brandenburg“ (MLUK, 2024a). LEADER ist in Brandenburg in nahezu allen Regionen ein bewährtes Mittel zur Förderung ländlicher Entwicklung. 94% der Brandenburger Fläche sind LEADER-Regionen und über 1,35 Millionen Menschen steht das Programm offen (Schwarz & Welz, 2019). Das Land gab in der Förderperiode 2014–2022 knapp 29% des gesamten ELER-Landeshaushalts für LEADER frei, fast doppelt so viel wie der bundesdeutsche Länderdurchschnitt. In der vergangenen Förderperiode wurden 290 Mio. € für LEADER eingesetzt, in dieser Förderperiode stehen 215 Mio. € bereit (BMEL, 2023, S. 33; Schwarz & Welz, 2019, S. 6). Der hohe Mitteleinsatz zeigt, dass das Land in LEADER ein effektives Mittel zur Aktivierung endogener Potentiale in den Regionen sieht. Begründet wird der hohe Mitteleinsatz in der Bewertung der Maßnahmen der letzten Förderperiode in Bezug auf das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR) durch eine gestiegene „Akzeptanz der Landespolitik und der Verantwortlichen in den Regionen und Landkreisen für die bottom-up-geprägte Umsetzung von RES“ (Schwarz & Welz, 2019, S. 6).

Die LAGn in Brandenburg umfassen 888 Mitglieder, davon 76 % Wirtschafts- und Sozialpartner² sowie 28 % Frauen (Schwarz & Welz, 2019). Zusätzlich kommen in zwei LEADER-Regionen 167 weitere Akteur*innen dazu, die in teilregionalen Arbeitsgremien mitwirken. Die ELER-Verwaltungsbehörde hat ihren Sitz in Potsdam und ist zuständig für die effiziente und richtlinienkonforme Umsetzung des Programms, worunter Aufgaben der Finanzkontrolle, Gewährleistung von transparenten und fairen Auswahlverfahren und Prüfung der Projektauswahl der einzelnen Regionen fallen. Das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) übernimmt die formale Prüfung der Projektanträge, nachdem ein Antrag ein positives Votum der zuständigen LAG erhalten hat. Das Fachreferat 32 des MLEUV ist fachlich verantwortlich für die Ausgestaltung der Förderrichtlinie. (ELER-Verwaltungsbehörde, 2019; Landesregierung Brandenburg, 2026a)

Über LEADER werden nicht-investive und investive Maßnahmen, nationale und transnationale Kooperationsvorhaben von LAGn, das Regionalmanagement und das Regionalbudget innerhalb der Ziele der regionsspezifischen RES gefördert. Das Regionalbudget ist eine Förderung von Projekten mit kleineren Fördervolumen, die zivilgesellschaftliches Engagement und eigenverantwortliche Dorfentwicklung stärken (MLUK, 2024a). In der Förderperiode 2014–2022³ wurden fast 162 Mio. € für 977 LEADER-Projekte bewilligt, darunter 34% der Projekte zum Ausbau der Grundversorgung, 21% zur Stärkung regionaler Wirtschaft, jeweils 11% zum Erhalt von Kulturerbe und für Tourismusinfrastruktur

¹ Das MLUK heißt seit dem 11. Dezember 2024 Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV) (Brandenburg 21 e.V., 2025)

² Wirtschafts- und Sozialpartner sind in LEADER lokale Akteur*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die als Interessenvertreter*innen in den LAG mitwirken. LAGs bestehen zu mindestens 51% aus solchen Wirtschafts- und Sozialpartnern (eigene Definition).

³ Die Zahlen beziehen sich auf die in der Evaluation verwendeten Monitoringdaten der ELER-Verwaltungsbehörde vom 07.01.2019 (Schwarz & Welz, 2019, S. 24)

sowie jeweils unter 10% für Dorfentwicklung, Infrastruktur außerhalb der Orte, kleinteilige lokale Initiativen, dem Regionalmanagement und Bürger*innenbeteiligung, Lokale Konzepte, Sensibilisierungs-, Schulungs-, und Informationsvorhaben (Schwarz & Welz, 2019, S. 32–33). Die Verteilung nach thematischen Förderbereichen in *Abbildung 2* zeigt, dass ein hoher Anteil der LEADER-Mittel des Landes in öffentliche Infrastruktur fließt, von der eine breite Zielgruppe profitiert.

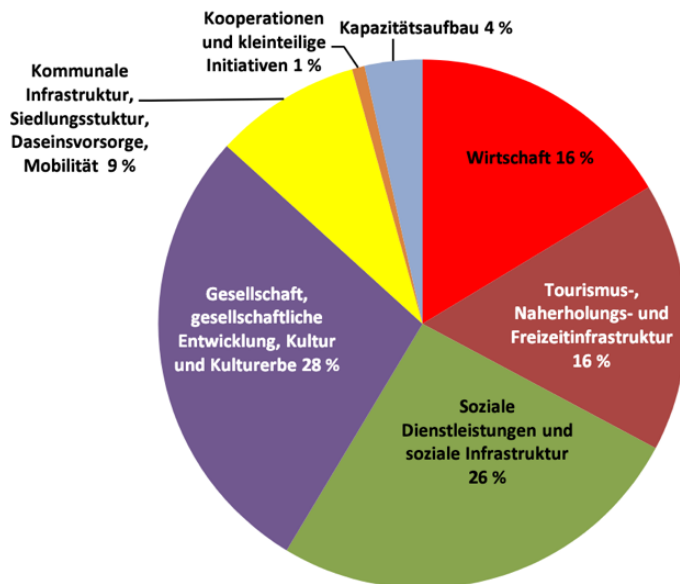


Abbildung 2: „Anteil der initiierten Gesamtinvestitionen der LEADER- und GAK-Projekte in den thematischen Förderbereichen bis Ende 2018; Quelle: Monitoringdaten der VB-ELER vom März 2019 und eigene Berechnungen“ (Schwarz & Welz, 2019, S.36)

Förderempfänger waren in der letzten Förderperiode vor allem Kommunen (412 Vorhaben), Vereine (239) und Unternehmen (231). Zudem haben 71 Kirchengemeinden, 21 Privatpersonen und drei Stiftungen Projekte über LEADER umgesetzt (Schwarz & Welz, 2019, S. 6). Die geringe Anzahl an privaten und unternehmerischen Antragssteller*innen sowie kleinen Vereinen erklärt sich unter anderem mit dem bürokratischen Aufwand und der Dauer des Antragsverfahrens sowie dem Aufbringen von Eigenmitteln (Schwarz & Welz, 2019).

Die Evaluierung der letzten Förderperiode deutet darauf hin, dass LEADER in Brandenburg „wirksame

Zielbeiträge des EPLR zum Wachstum, zur Beschäftigung und Einkommensentwicklung sowie zur Verbesserung der Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs, sozialen Dienstleistungen und Angeboten des Grundbedarfs“ leistet (Schwarz & Welz, 2019, S. 6). Insgesamt wurden 468 Gebäude saniert, 108 neue Arbeitsplätze geschaffen und 501 gesichert, zudem wurden 18 Netzwerke neugegründet und mit 119 Netzwerken kooperiert (Schwarz & Welz, 2019). Diese Zahlen zeigen einerseits, dass LEADER in Brandenburg zu einer erfolgreichen Umsetzung regionaler Entwicklungsziele und einer höheren Attraktivität von Regionen beiträgt und andererseits intern durch den partizipativen Steuerungsansatz und Vernetzung das Sozialkapital und lokale Verantwortung steigert (Schwarz & Welz, 2019). Dennoch zeigt sich in Betrachtung des ursprünglichen Förderziels der Innovation und der tatsächlichen Umsetzung von Projekten ein Spannungsfeld: Die hohe Anzahl an Investitionen in öffentliche Infrastruktur und kommunaler Träger unter den LEADER-Antragstellenden können in den Kontext der angespannten Haushaltslage Brandenburger Kommunen gesetzt werden, womit der eigentliche Zweck von LEADER als innovationsförderndes Programm an Bedeutung verliert (Bertelsmann Stiftung, 2025).⁴

⁴ Kommunen tragen bei Fördervorhaben über LEADER mindestens 20% der förderfähigen Gesamtkosten selbst (MLUK, 2024a). LEADER stellt daher ein attraktives Förderprogramm für öffentliche Investitionen dar (Navarro et al., 2015).

Um die Brandenburger LEADER-Umsetzung in den Kontext bundesweiter Zusammenhänge zu setzen, aktuelle Diskussionen zur Wirkung von LEADER herauszustellen sowie Anknüpfungspunkte zur Bewertung des demokratischen Mehrwertes von LEADER herauszustellen, werden im folgenden Kapitel Studien zum Mehrwert von LEADER vorgestellt.

2.1.5. LEADER in Evaluation: Partizipativer Steuerungsansatz und Sozialkapital

Der bottom-up Ansatz von LEADER ermöglicht den LAGn Flexibilität in der Umsetzung, sodass die Mittel den regionsspezifischen Bedarfen angepasst werden können. Im Folgenden werden Erkenntnisse und Spannungsfelder verschiedener Studien und Evaluationen vorgestellt, die den Mehrwert von LEADER in Bezug auf demokratierelevante Aspekte analysieren.

Einige wichtige Studien werden zur Übersicht kurz vorgestellt: Zago et al. (2014) und Nousiainen und Mäkinen (2015) untersuchten, welche Rolle LEADER für partizipative Demokratie spielt. Pollermann et al. (2020) betrachten die Umsetzung von LEADER auf lokaler Ebene in Bezug auf Steuerungsansätze in drei Fallregionen Europas. Im Rahmen des Evaluierungskonzepts des GAP-Strategieplans 2023-2027 wird LEADER in Bezug auf das Ziel „SO 8: Förderung von Beschäftigung, Wachstum, der Gleichstellung der Geschlechter, sozialer Integration und lokaler Entwicklung in ländlichen Gebieten“ betrachtet (BMEL, 2025). Pollermann und Fynn (2025) untersuchen den Grad an Partizipation in LEADER, Pisani et al. (2017) entwickelten ein Evaluationsrahmen für die Messung von Sozialkapital in LEADER, Costa et al. (2016) bestätigten den Beitrag von LAGn auf gesteigertes Sozialkapital. Wo viele Studien einen Mehrwert von LEADER bestätigen, stellt der Europäische Rechnungshof 2022 diesen in einem Sonderbericht im Vergleich zu Kosten und Aufwand infrage und sorgt damit für viel Reaktion von LEADER-Befürworter*innen (BAG LAG e.V., 2026; Europäischer Rechnungshof, 2022; Finta, 2023).

LEADER als dezentrales Governance-Modell

Die politische und wissenschaftliche Diskussion ordnet LEADER als effektiven Ansatz dezentraler Governance ein, was bedeutet, dass selbstverwaltete und örtlich angepasste Entwicklung, die endogene Potentiale nutzt, durch LEADER gestärkt wird (BMEL, 2025; Europäischer Rechnungshof, 2022; Navarro et al., 2015). Dadurch können Regionen auch in ihrer Resilienz gegenüber globalem Wettbewerb, Finanzkrisen und sozialer Exklusion gestärkt werden (Zago et al., 2014). Evaluationen zeigen, dass auf Herausforderungen ländlicher Räume in LEADER wirksame Lösungen entwickelt werden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Angeboten der Grundversorgung tragen beispielsweise dazu bei, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, indem Anreize für junge Menschen geboten werden (Schwarz & Welz, 2019). Vor Ort etablierte Lösungen und Innovationen können zudem als Blaupause für andere Regionen fungieren (Zago et al., 2014). Pisani et al. (2017) stellen zusätzlich die These auf, LEADER habe das Potential, soziale Innovationen zu fördern, da Innovationen über den partizipativen Ansatz besser verständlich gemacht werden können, indem kollektive Lernräume entstehen, die einen lokalen Bezug zu neuen Ideen und kultureller Innovation stärken.

Sozialkapital und seine Wirkung durch LEADER

Verschiedene Studien bestätigen die Stärkung des Sozialkapitals (Begriffsklärung in *Kapitel 2.2.1.*) in Regionen durch LEADER (Costa et al., 2016; Europäischer Rechnungshof, 2022; Pisani et al., 2017; Schwarz & Welz, 2019). LEADER kann vor allem Brücken bauen, indem es Akteur*innen aus

unterschiedlichen Sektoren neu zusammenbringt und damit das Vertrauen und Miteinander von Akteur*innen verbessert wird (Schwarz & Welz, 2019). Besonders der Aufbau lokaler Partnerschaften schafft Synergien zwischen verschiedenen Sektoren und kann damit lokale Wertschöpfungsketten, den Wert von Beziehungen sowie die Netzwerkdichte steigern (Costa et al., 2016; Pisani et al., 2017; Zago et al., 2014). Pollermann & Schwarze (2019) untersuchten in vier LEADER-Regionen den Zusammenhang zwischen regionaler Verbundenheit und Engagementbereitschaft. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Zufriedenheit mit LEADER auf die Bereitschaft auswirkt, sich zukünftig mehr für die Region zu engagieren. Auch in der GAP-Evaluierung wird darauf hingewiesen, dass LEADER regionale Identität stärkt und zivilgesellschaftliches Engagement durch seine Beteiligungsmöglichkeiten wirksam unterstützt (BMEL, 2025).

LEADER als Experiment lokaler Demokratie

Mehrere Autor*innen sehen LEADER als Experiment einer neuen Form lokaler Demokratie. Als Gründe werden die Inklusivität des Programms, die Stärkung lokaler Verantwortung und damit entstehende Übernahme der Rechenschaft auf dezentraler Governance-Ebene genannt, die das repräsentative Demokratiesystem ergänzen (Finta, 2023; Nousiainen & Mäkinen, 2015). Bürger*innen und Akteur*innen erfahren in der gemeinsamen RES-Erarbeitung neben der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen auch die Vertiefung von Themen der Regionalentwicklung (Zago et al., 2014). Dahingehend bestätigen Nousiainen & Mäkinen (2015), dass LEADER direkte Partizipation auch in europäischer Politik in neuartiger Form unterstützt. Obwohl breite Zielgruppen über LEADER erreicht und sozialer Zusammenhalt über LEADER gestärkt werden kann (BMEL, 2025; Navarro et al., 2015; Schwarz & Welz, 2019), ist der Beitrag von LEADER zu sozialer Inklusion, der Beteiligung marginalisierter Gruppen sowie der Bekämpfung von Armut durch LEADER bisher unklar und schwer messbar (BMEL, 2025; Pisani et al., 2017). Zur Reichweite der Beteiligung zeigen sich Regionalmanagements in einer Studie zwar zufrieden, benennen jedoch verschiedene Barrieren, die die Eigenständigkeit der LAGs und die Beteiligung marginalisierter Gruppen einschränken: Zum einen wird die Struktur des Programms aufgrund des großen bürokratischen Aufwands kritisiert, der einen hohen Anteil der Kapazitäten der LAGn einnimmt, zum anderen sei der zunehmende Einfluss öffentlicher Akteur*innen auf Entscheidungsfindungen in LAGn zu beschränken (Navarro et al., 2015).

Verwaltungsaufwand und Mehrwert im Verhältnis

LEADER generiert weniger über die direkte Förderung von Projekten, als eher über die Qualität der Governance in Form von LAGn, Regionalmanagements und Beteiligungsprozessen einen Mehrwert für den sozialen Zusammenhalt im ländlichen Raum (Europäischer Rechnungshof, 2022). Trotz dieser Vorteile sind die Einrichtung und Aufrechterhaltung der LAG-Strukturen mit einem erhöhten administrativen Aufwand und erhöhten Kosten im Vergleich zu einer zentralisierten Umsetzung verbunden. Der Europäische Rechnungshof verweist in seinem Sonderbericht SR 10/2022 darauf, dass LEADER das lokale Engagement zwar erleichtert, der zusätzliche Nutzen im Verhältnis zu den Kosten jedoch noch nicht ausreichend nachgewiesen sei (Europäischer Rechnungshof, 2022). Dieser Bericht sorgte für breite Reaktion in der politischen Debatte und unter LEADER-Verantwortlichen (BAG LAG e.V., 2026). Finta (2023) hebt hervor, dass die höheren Kosten für die erfolgreiche Umsetzung des bottom-up Ansatzes unvermeidbar sind, und richtet die analytische Frage darauf, welche Möglichkeiten für ländliche Entwicklungsförderung ohne LEADER überhaupt bestünden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass LEADER in verschiedenen Evaluationen und Studien vor Allem als partizipatives Governance-Instrument Mehrwert generiert, indem lokale Akteur*innen selbstverwaltet und strategisch gestalten und Sozialkapital aufgebaut wird. Bisherige Studien zum demokratischen Mehrwert von LEADER für lokale Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse bieten wichtige Anknüpfungspunkte für diese Forschung und verdeutlichen den Bedarf nach der weiteren Untersuchung von konkreten Zusammenhängen zwischen LEADER-Aktivitäten und demokratiefördernden Aspekten. Dafür sollen der verschiedenen Ebenen der LEADER-Prozesse (EU, Land, Region) in der Untersuchung berücksichtigt werden. Um den Begriff Demokratie in Anwendung auf den LEADER-Kontext zu spezifizieren, werden im folgenden Kapitel relevante Auszüge der Demokratietheorie vorgestellt und ein kontextspezifisches Demokratieverständnis entwickelt.

2.2. Grundlagen des Demokratiebegriffs in der Theorie und Praxis

Hoch aktuell, gesellschaftspolitisch umstritten und historisch gewachsen: Der Begriff der Demokratie ist komplex, vielschichtig und dessen Bedeutung verändert sich stetig (Heidenreich, 2025). Diese Wandelbarkeit erklärt sich mit einer Definition des Begriffs des Politikwissenschaftlers Robert A. Dahl: Er benennt die fortlaufenden Responsivität des politischen Systems gegenüber seinen Bürger*innen als wesentliches Merkmal der Demokratie (Dahl, 1971). Zur Herleitung des in dieser Arbeit verwendeten Demokratieverständnis, bedarf es daher eines Blicks in die Historie, der Vorstellung verschiedener demokratietheoretischer Modelle und der Abgrenzung von nicht-demokratischen politischen Systemen.

Demokratie war nie ein eindeutiger und widerspruchsfreier Leitbegriff, sondern bewegte sich stets im Spannungsfeld zwischen machtpolitischen Fragen, Repräsentation und politischer Teilhabe (Heidenreich, 2025). Wörtlich übersetzt aus dem Altgriechischen heißt Demokratie „Volksherrschaft“ und war in Europa bis Anfang des 19. Jahrhunderts mehrheitlich von Ablehnung und Skepsis geprägt, da Demokratie zu dieser Zeit insbesondere mit einem aufständigen und kritischen Volk in Verbindung gebracht wurde (Heidenreich, 2025). In der antiken politischen Theorie erscheint Demokratie ebenfalls nicht als ungebrochenes Ideal: Aristoteles entwickelte sie als Verfassung mit einigen demokratischen Aspekten, jedoch klar begrenzt durch monarchische und aristokratische Prinzipien und von der Bevölkerung vor allem für den Ausdruck von Eigen-, statt Gemeinwohlinteressen genutzt (Heidenreich, 2025; Salomon, 2023). Obwohl die Idee demokratischer Selbstregierung früh ihren Anfang fand, waren große Teile der Gesellschaft, unter anderem Frauen und andere marginalisierte, bedeutet gesellschaftlich strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen, lange von politischer Teilhabe ausgeschlossen (Heidenreich, 2025).

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Forderungen nach umfassender „Demokratisierung der Demokratie“ in allen Bereichen in der Bundesrepublik laut, um einer Rückkehr des Nationalsozialismus entschieden vorzubeugen (Heidenreich, 2025). Geschlechtergerechtigkeit, mediale Vielfalt sowie der Schutz von marginalisierten Gruppen sollten erreicht werden (Merkel, 2021). In den 1950er Jahren untersuchte man in der Politikwissenschaft vermehrt das Verhalten und Handeln in der Demokratie, was zu neuen Betrachtungen in der empirischen Theorie führte (Lembcke et al., 2016). Mit den gesellschaftspolitischen Umbrüchen der Wende 1989 weitete sich der Blick auf Demokratie als rein staatlich-institutionelle Regierungsform aus, viel mehr galt sie als gesellschaftlich und kulturell verankerte Lebensform, die bis in den individuellen Alltag reicht (Himmelmann, 2007). Das zeigt sich auch in den Herausforderungen der aktuellen demokratischen Praxis: Dazu zählt die Diversifizierung der

politischen Akteurslandschaft, in der politische Erfolge zunehmend nicht nur im parlamentarischen System, sondern auch im informellen Austausch sowie in Kooperationen und Netzwerken entstehen und wahrgenommen werden (Lembcke et al., 2016). Dadurch verändern sich die Anforderungen an Regierungen und an die Fähigkeit des Staates, handlungsfähig zu bleiben. Werden diese Anforderungen nicht erfüllt, kann das Vertrauen in die demokratische Politik verloren gehen. In der Politik- und Kulturwissenschaft wurde daher hervorgehoben, dass demokratische Systeme langfristig nur bestehen können, wenn sie auf eine kritische Masse an Unterstützung aus der Bevölkerung zurückgreifen können (Franke et al., 2026).

Für die Demokratietheorie ist dabei zentral, zwischen normativen und empirischen Perspektiven zu unterscheiden. Die empirische Demokratietheorie untersucht, **wie** Demokratie in der politischen Praxis tatsächlich funktioniert, während die normative Demokratietheorie fragt, **welche** Anforderungen eine Demokratie idealerweise erfüllen sollte. Beide Perspektiven stehen im Verhältnis zueinander, da empirische Befunde theoretisch in Kontext gesetzt werden müssen und normative Modelle eine Überprüfung an der politischen Wirklichkeit bedürfen (Lembcke et al., 2016).

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Demokratie zugleich Regierungsform, Verfahren politischer Entscheidung und normativer Maßstab politischer Qualität ist (Heidenreich, 2025; Himmelmann, 2007). Für die Untersuchung von LEADER in Bezug auf Demokratieförderung gilt daher, dass LEADER nicht nur institutionell betrachtet, sondern die demokratische Qualität in der gelebten Form betrachtet werden sollte.

2.2.1. Exkurs: Zum Begriff Sozialkapital

Die Bedingungen für eine funktionierende demokratische Gesellschaft sind vielfältig. Auf der sozialen Ebene spielen der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Verbundenheit der Menschen untereinander eine wesentliche Rolle. Die „Social Capital Theory“ wird in diesem Kontext vielfach angewandt und in LEADER Evaluationen genutzt, daher wird diese hier begrifflich eingeleitet (Christoforou, 2017; Costa et al., 2016; Pisani et al., 2017; Putnam, 2002).

Nach Putnam (2002) bezeichnet Sozialkapital die Gesamtheit sozialer Netzwerke, Normen der Gegenseitigkeit und des Vertrauens, die das Verhalten von Individuen und Gruppen prägen und damit neben dem Zusammenleben auch die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen beeinflussen. Auf individueller Ebene heißt das, wer gute Netzwerke und viele soziale Kontakte hat, bekommt schneller Unterstützung in der Jobsuche oder im Umgang mit psychischen Belastungen und steigert damit seine eigene Produktivität. Sozialkapital kann jedoch auch als öffentliches Gut gesehen werden, da ein kollektiv hohes Sozialkapital in Form sozialer Konnektivität spürbare Effekte für die Gemeinschaft haben kann. Das zeigt sich beispielsweise in einer geringeren Kriminalitätsrate bei besser vernetzter Nachbarschaft. (Putnam, 2002)

Sozialkapital erleichtert Kooperation, Beteiligung und kollektive Problemlösung und trägt damit zu zentralen Voraussetzungen demokratischer Selbstregierung bei. Zugleich zeigt Putnam (2002), dass in den USA der Rückgang insbesondere des traditionellen Sozialkapitals, beispielsweise der Rückgang von Kirchenbesuchen, Gewerkschaftsmitgliedschaften oder Parteizugehörigkeit mit dem Abbau sozialer und kultureller Voraussetzungen einhergeht, die für eine funktionsfähige Demokratie notwendig sind. Er deutet dies als Prozess zunehmender gesellschaftlicher Entkopplung und zivilgesellschaftlicher

Desengagements. Wenn weniger Menschen in dauerhafte Organisationen eingebunden sind, kann das die Bereitschaft zur kollektiven Zielverfolgung mindern und demokratische Institutionen unter Umständen schwächen. Gleichzeitig entstehen durch die Digitalisierung aktuell neue Formen des Sozialkapitals, die wesentlich informeller und dynamischer sind, die jedoch Gefahr laufen, „mehr liberierend, aber weniger solidarisch“ und damit möglicherweise weniger förderlich für die Verfolgung kollektiver Ziele zu sein (Putnam, 2002, S. 412; übersetzt).

Für die Regionalentwicklung bzw. den LEADER-Kontext spielt Sozialkapital damit eine wechselwirkende Rolle: Einerseits kann ein hohes Sozialkapital ein Erfolgsfaktor für die Umsetzung von LEADER in der Region sein, da sich dieses positiv auf ortsbasierte Steuerungsansätze durch die gemeinsame Bündelung an Wissen und Kompetenzen und damit auch auf die Qualität umgesetzter Projekte auswirkt. Andererseits begünstigen wiederum wirkungsvolle Projekte sowie erfolgreiche LEADER-Beteiligungsaktivitäten die Erhöhung des lokalen Sozialkapitals, indem die Zivilgesellschaft, Netzwerke und der Zusammenhalt vor Ort unterstützt werden. (BMEL, 2025; Christoforou, 2017)

Folglich wird ein Maß an sozialem Kapital für eine intakte demokratische Gesellschaft vorausgesetzt. Indikatoren zur Evaluierung von Sozialkapital in LEADER werden daher in die Bewertung des demokratischen Mehrwerts in LEADER einbezogen. Da der Begriff Sozialkapital jedoch vor allem den Nutzen von Vernetztheit für die Regionalentwicklung und weniger die Qualität der Beteiligungsprozesse betrachtet, reicht die alleinige Betrachtung des Sozialkapitals nicht aus, um die demokratische Qualität der LEADER Förderung zu erfassen. Im Folgenden werden daher verschiedene Demokratiemodelle vorgestellt, um das grundlegende Demokratieverständnis dieser Arbeit einzuleiten.

2.2.2. Demokratietheoretische Grundmodelle: Deliberation und Pluralismus

„Wo alles irgendwie eine Demokratie ist, ist nichts mehr wirklich eine Demokratie. Eine wichtige Aufgabe der Wissenschaft besteht folglich darin, Kriterien anzugeben, die eine klare Unterscheidung zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie möglich machen.“
(Heidenreich, 2025)

Verschiedene Regierungssysteme (Governance) unterscheiden sich vor allem in der Art und Weise, wie die Bereiche Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, Privates und Staat miteinander agieren, wie Befugnisse verteilt sind und Entscheidungen getroffen werden (Hanberger, 2009). Moderne Demokratien sind repräsentative Regierungssysteme, in denen Bürger*innen durch Wahlen Repräsentant*innen bestimmen, was für viele den „nahezu einzige[n] Moment direkter Einflussnahme auf staatliches Handeln“ bedeutet (Seim, 2025, S. 11). Zugleich hat sich das Spektrum politischer Beteiligung in den vergangenen Jahrzehnten erheblich erweitert, etwa durch direktdemokratische Instrumente, Bürgermeister*innendirektwahlen oder verschiedene Formen zivilgesellschaftlicher Mitwirkung (Seim, 2025). Demokratie lässt sich deshalb nicht auf Wahlakte reduzieren, sondern umfasst auch öffentliche Beteiligung, Aushandlung und die Herstellung legitimer Entscheidungen in komplexen sozialen Kontexten.

Vor diesem Hintergrund lassen sich drei grundlegende demokratietheoretische Perspektiven unterscheiden: das liberale, das republikanische und das deliberative Modell. Das **liberale Modell** versteht Demokratie vor allem als Verfahren, in durch das individuelle Rechte gesichert und private Interessen geäußert und politisch eingebunden werden. Im Zentrum stehen hier Rechtsstaatlichkeit,

faire Wahlen, Repräsentation und die legitime Herstellung von verbindlichen Entscheidungen (Habermas, 1996; Lembcke et al., 2016). Demokratie meint in dieser Perspektive primär die Ordnungsform, die Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessen institutionell aufgreift und den Wettbewerb um politische Macht regelt. Die Garantie von Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit bilden die Rahmenbedingungen, die diesen demokratischen Wettbewerb ermöglichen. In Bezug auf die Untersuchung von LEADER als der Fördermethode der EU und den Bundesländern untergeordnetes Programm, eignet sich dieses Modell jedoch nicht, um die Ebene kollektiver Aushandlungsprozesse und Kooperationen zu untersuchen, auf der das demokratische Wirkpotential von LEADER liegt.

Demgegenüber hebt das **republikanische Demokratiemodell** die Orientierung am Gemeinwohl und an politischer Selbstbestimmung hervor. Es begreift die politische Öffentlichkeit als Raum gemeinsamer Willensbildung, in dem Bürger*innen nicht nur ihre partikularen Interessen vertreten, sondern an der Formulierung eines gemeinsamen politischen Willens mitwirken (Habermas, 1996; Lembcke et al., 2016). Für Habermas (1996) liegt die Stärke dieser Perspektive darin, dass politische Willensbildung nicht allein als Summe privater Interessen verstanden wird, sondern als kommunikativer Prozess, der auf Verständigung über das Gemeinsame zielt. Zugleich kritisiert er an republikanischen Demokratietheorien, dass sie eine zu starke inhaltliche Einheit der politischen Gemeinschaft voraussetzen können und damit die Pluralität moderner Gesellschaften unterschätzen (Habermas, 1996).

Habermas vergleicht das liberale und das republikanische Demokratiemodell und entwickelt daraus ein drittes, verfahrensorientiertes (deliberatives) Modell, das er als normativ überzeugender darstellt (Habermas, 1996). Das **deliberative Modell** ist zunächst ein normativer Ansatz (Jakobi, 2000) und verbindet beide Perspektiven, indem es die Bedeutung subjektiver Rechte im liberalen Modell mit der Idee der öffentlicher Autonomie im republikanischen Modell verknüpft. Legitimität entsteht demnach nicht allein durch Mehrheitsentscheidungen, sondern durch Verfahren, in denen politische Meinungen und Willensbildungen unter Bedingungen von Gleichheit, Offenheit und gegenseitigem Respekt entstehen (Habermas, 1996). Entscheidungen im demokratischen Prozess sollten nicht allein auf dem Zusammenfügen vorhandener Präferenzen beruhen, sondern deliberativ, das heißt auf ihrer Begründung und Reflexion im öffentlichen Raum. Dadurch verschiebt sich der Fokus von reinen Entscheidungsbeschlüssen hin zur Qualität der vorangehenden Verständigungsprozesse, die beispielsweise über Bürger*innenbeteiligungsverfahren Ausdruck finden können (Lembcke et al., 2016; Seim, 2025; Zago et al., 2014).

Für Habermas ist dabei zentral, dass demokratische Legitimität aus Verfahren hervorgeht, in denen Betroffene an der Bildung politischer Meinungen und des Willens mitwirken können (Habermas, 1996). Öffentliche Kommunikation wird als dialogischer Prozess verstanden, der sich nicht an konkurrierenden Marktlogiken orientieren sollte, sondern ein Prozess des gegenseitigen Verstehens und das Produkt der argumentativen Aushandlung gesellschaftlicher Konflikte sein soll (Habermas, 1996). Damit wird Deliberation zu einem normativen Gegenmodell sowohl zu rein strategischen als auch zu ausschließlich entscheidungsorientierten Demokratietheorien. Für diese Forschungsarbeit ist dieser Zugang relevant, da in LEADER gesellschaftspolitische Entwicklungen mit vielfältigen lokalen Interessensvertreter*innen auf regionaler Ebene parallel zu kommunalen Repräsentant*innen gesteuert werden. Die Qualität der Beteiligung, Einbindung relevanter Interessensgruppen und Grad der Teilhabe an Entscheidungen sind daher entscheidende Kriterien demokratischer Qualität und Legitimität (Seim, 2025; Zago et al., 2014), die auch in Hinblick auf LEADER-Aktivitäten betrachtet werden sollten.

Das deliberative Demokratiemodell wird zusätzlich um einen **pluralistischen Zugang** ergänzt. Dieser geht davon aus, dass moderne Gesellschaften durch unterschiedliche Interessen, Lebenslagen und Perspektiven geprägt sind, die nicht einfach in Konsens gebracht werden können (Lembcke et al., 2016). Die Soziologin Mouffe erweitert das deliberative Modell daher um den Ansatz des „agonistic pluralism“ (Mouffe, 2000). Pluralität im demokratischen System ist in dieser Sichtweise nicht als alleinige Vielfalt von Gruppen und Identitäten zu verstehen, wie in Habermas deliberativen Modell, sondern auch als Anerkennung legitimer Differenz und Ergebnis hegemonialer Machtverhältnisse. Letzteres meint, dass soziale Ordnung immer politisch durch Macht konstruiert wird und zu Ausgrenzung bestimmter Identitäten und Gruppen führen kann (Laclau & Mouffe, 2001; Mouffe, 2000). Eine pluralistische Demokratie beruht auf der Grundannahme, dass Pluralität in Gesellschaften unter anderem durch die Hegemonialität der vorherrschenden politischen Ordnung hergestellt wird. Die pluralistische Demokratie stellt nicht die Frage, wie Macht reduziert werden kann, um Aushandlungsprozesse möglichst offen zugänglich und breit zu gestalten (deliberativ), sondern wie die Existenz von asymmetrischen Machtverhältnissen mit demokratischen Werten vereint werden kann. Mouffe (2000, S. 15) schlägt vor, „Feinde“, also unterschiedlich machtvollen Identitäten mit konkurrierenden Interessen zu „adversary“ (Gegenspielern) zu machen. Die Rechte zur Mitbestimmung dieser Gegenspieler bestehen dauerhaft: Ihr Zugang zu öffentlicher Aushandlung bleibt gewährleistet, ihre Differenzen werden nicht als Störung der demokratischen Ordnung verstanden, sondern sind im Gegenteil die Voraussetzung für einen produktiven Aushandlungsprozess (Mouffe, 2000). Öffentliche Aushandlung wird so zum Verfahren, in dem unterschiedliche Positionen sichtbar, begründbar und gegenseitig kritisierbar werden.

Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Abgrenzung zu antidemokratischen „Demokratievorstellungen“. Dafür sollte diskutiert werden, wer in einer Demokratie zur Partizipation berechtigt ist und warum. Die Antwort bleibt in der Theorie umstritten und wird als Demos-Problem bezeichnet (Seim, 2025). Grundsätzlich haben Staatsbürger*innen einer politischen Gemeinschaft das Wahlrecht, weitere von Entscheidungen betroffene Gruppen wie Kinder oder Menschen ohne jeweilige Staatsangehörigkeit nehmen an staatlichen Entscheidungsverfahren in dem Sinne nicht teil. Verschiedene Inklusionskriterien für wahlberechtigte Bürger*innen werden diskutiert, diese reichen von der Beteiligung aller von Entscheidungen Betroffenen bis hin zur Einbeziehung aller mit einem legitimierten Anliegen (Seim, 2025). Ebenso zentral ist die Frage, für wen Politik gemacht wird. Dahl (1971) beschreibt als grundlegendes Charakteristikum demokratischer Politik, dass diese auf die Wünsche und Anforderungen der Bürger*innen eingeht und dabei alle gleich behandelt. Mouffe (2000) argumentiert hierzu, dass ein demokratisches System einen gewissen Konsens über seine grundlegenden Werte benötigt, der die Gleichheit aller Bürger*innen anerkennt. Das hier genutzte pluralistische Verständnis grenzt sich daher von Demokratievorstellungen ab, die diesem Konsens und damit die Vielfalt einzelner Lebensentwürfe nicht anerkennen. Die alleinige Anwendung von Verfahren kollektiver Willensbildung machen ein System noch nicht demokratisch. Wenn Verfahren nicht allen Menschen, unabhängig von Gender, religiöser Zugehörigkeit und Aussehen, gleichermaßen offenstehen, verstoßen diese Vorstellungen gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung (Bellamy et al., 2019). Akteur*innen, die diese Vorstellungen teilen und eine Gruppenidentität nutzen, die Zusammenhalt auf traditionelle Weise idealisiert und dabei „auf exklusive, vopolitische Quellen gemeinsamer Identität“ verweisen (Groh-Samberg & Schmelzle, 2025) werden als antidemokratisch verstanden. Ein solcher exkludierender Zugriff bleibt hinter dem Anspruch von demokratischer Inklusion und Zusammenhalt zurück, weil er Beteiligung zwar formal ermöglicht, die tatsächliche Reichweite

demokratischer Teilhabe jedoch faktisch beschränkt. Akteur*innen, die diesem Konsens nicht zustimmen, können die Qualität im Sinne der deliberativen Demokratie mindern und nach Mouffe (2000) aus diesem Grund schwierig zu legitimen Gegenspielern transformiert werden.

Für die Analyse von LEADER ist der **deliberativ-pluralistische** Zugang als Grundlage besonders geeignet, weil es nicht nur um institutionelle Partizipation geht, sondern um die Qualität der Aushandlung selbst. Im Zentrum steht damit ein Demokratieverständnis, das repräsentative Strukturen nicht ausblendet, demokratische Legitimität aber vor allem dort verortet, wo Betroffene an öffentlichen Kommunikations- und Entscheidungsprozessen mitwirken können. Im folgenden Kapitel werden aktuelle Herausforderungen der angewandten Demokratie erläutert und in Beziehung zum theoretischen Demokratieverständnis gesetzt.

2.2.3. Demokratie in der Krise: Sozioökonomische und sozialpsychologische Ursachen für fehlendes Demokratievertrauen

„Eine solche existenzielle Krise der Demokratie haben wir in den vergangenen fünf Dekaden in Westeuropa nicht erlebt.“ (Merkel, 2021, p. 4)

Demokratischer Zusammenhalt entsteht durch demokratische Erfahrungen, Verfahren und Prinzipien und ist nicht selbstverständlich gegeben (Bellamy et al., 2019). Autoritäre Machthaber wie Donald Trump machen die Vergänglichkeit und Fragilität demokratischer Ordnungen sichtbar und bestätigen, dass die Qualität und Stabilität eines demokratischen Systems von gesellschaftlicher Unterstützung abhängt (Franke et al., 2026; Fuchs & Roller, 2018; Heidenreich, 2025). Über die USA hinaus zeigt der Freedom House Index⁵, dass demokratische Institutionen und Führung drastisch zurückgehen, während autokratische Mächte zunehmen (Freedom House, 2026).

Der Deutschland-Monitor untersucht seit 2023 jährlich die Veränderungsbereitschaft in Deutschland mithilfe einer repräsentativen Befragung, Fokusgruppen sowie regionalen Studien in nach Strukturschwäche variierenden Landkreisen. Dabei wird die Strukturschwäche auch in Zusammenhang mit demokratischen Einstellungen der Bevölkerung vor Ort gebracht (Franke et al., 2026). Für den Stand der Demokratie zieht die Studie ein ernüchterndes Fazit: Die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nimmt in der gesamten Bevölkerung im Vergleich zu vorangegangenen Erhebungen zu und liegt aktuell bei ca. 40%. Ein großer Teil der unzufriedenen Befragten kritisiert besonders, wie Demokratie aktuell umgesetzt wird. Dabei unterscheiden sich die Gründe der Kritik enorm, was Aufschluss über die gesellschaftlichen Spaltung gibt: „Während einige unter anderem den Ausschluss der AfD aus Mehrheitsbildungsprozessen als problematisch erachten, sehen andere gerade im Aufstieg (rechts)populistischer Kräfte wie der AfD ein Zeichen demokratischer Erosion“ (Franke et al., 2026, S. 106). Diese divergierenden und polarisierenden Einstellungen zeigen sich auch in Wünschen, die

⁵ Freedom House ist eine US-amerikanische NGO, die seit den 1970er Jahren jährlich den Zustand der Freiheit in 195 Ländern mittels des Freedom House Index evaluiert. Die Methodik leitet sich von der Universal Declaration of Human Rights ab und beinhaltet Indikatoren zur Messung politischer Rechte und zivilgesellschaftlicher Freiheiten von Individuen (Freedom House, 2026)

Befragte einer Studie des Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)⁶ in Bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben äußern. Hier wünscht sich die Mehrheit ein „kulturell vielfältigeres Zusammenleben“, während andere wenige „eine stärkere Verwirklichung gemeinschaftlich-traditioneller Formen des Zusammenlebens präferieren“ (Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022, S. 64).

Die Studienergebnisse des Deutschland-Monitors machen deutlich, dass gerade in den letzten Jahren das Vertrauen in demokratische Institutionen wie der Bundesregierung oder kommunalen politischen Entscheidungsträger*innen einbricht und die Rückkopplung der Politik an Bürger*innen nicht zufriedenstellend ist (Franke et al., 2026). Dennoch zeigt die Studie, dass die große Mehrheit sich weiterhin für Demokratie als Form unserer staatlichen Organisation ausspricht und die Verfassung als Grundlage befürwortet, lediglich 2% lehnen Demokratie entschieden ab (Franke et al., 2026).

Nach wie vor werden große Unterschiede der Bewertung von Demokratie in Ost- und Westdeutschland deutlich, wobei Personen mit DDR-Sozialisierung im jungen Alter mit dem, wie Demokratie aktuell organisiert und durchgeführt wird besonders unzufrieden sind (Franke et al., 2026). Auf die Unterschiedlichkeit der Einstellungen in Ostdeutschland wird im nächsten *Kapitel 2.2.5.* genauer eingegangen.

Aktuelle Krisen spielen eine große Rolle im Demokratievertrauen. Der Politikwissenschaftler Merkel (2021) betont, dass es in der Betrachtung von Krisen wichtig ist, zwischen der objektiven und subjektiven Dimension zu unterscheiden. In Bezug auf die COVID19-Pandemie und die „Migrationskrise“ seien die objektiven Auslöser steigende Infektionszahlen und Zunahme an geflüchteten Menschen. Für die Krisenwahrnehmung ausschlaggebend sei jedoch, wie die jeweilige Krise in Politik, Medien, sozialen Gruppierungen oder „politischen Krisenunternehmen“ debattiert und dargestellt wird (Merkel, 2021, S. 7). Demnach werde eine Krise erst dann als solche wahrgenommen, wenn die Mehrheit annimmt, dass politisches Handeln erforderlich sei (Merkel, 2021).

Ressourcenknappheit, Destabilisierung von Weltbildern und institutionelle Handlungsunfähigkeit sind mögliche Folgen von Krisen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt strapazieren können (Groh-Samberg & Schmelzle, 2025). Merkel (2021) bestärkt, dass aktuelle Krisen, wie die Corona-, Migrations- und Klimakrise, „in ihrem Zusammenspiel zu einer Spaltung der demokratischen Gesellschaften beitragen“ (Merkel, 2021, p. 7). Die drei genannten Krisen seien stärker als Wirtschaftskrisen durch Polarisierung, Verwissenschaftlichung und Moralisierung geprägt. Damit ist gemeint, dass es inzwischen gegenüberstehende Diskurslager gibt, die von unterschiedlichen Akteur*innen mit Reichweite (z.B. Politik) mit wissenschaftlichen und moralisierenden Argumenten weiter verschärft würden, wodurch Minderheitsmeinungen und abweichende Positionen oft als amoralisch diffamiert und Verständigungsprozesse zunehmend blockiert würden (Merkel, 2021). Es geht dabei nicht um die Notwendigkeit der Orientierung von Politik an Wissenschaft und Moral, sondern vielmehr darum, ob

⁶ Es handelt sich um eine Pilotstudie des FGZ (Verbund verschiedener Forschungsinstitutionen), die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland untersucht hat. Für diese wurden zwischen April und September 2020 mittels einer Zufallsstichprobe Online- oder Telefon-Interviews mit Privathaushalten durchgeführt. Die Studie diente zur Vorbereitung einer Längsschnittstudie, Ergebnisse sollten aufgrund der geringen Stichprobengröße (N=868) daher begrenzt gesamtgesellschaftlich angewendet werden (Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022)

eine nachvollziehbare, transparente Kommunikation über diese stattfindet. In Folge der Covid-Pandemie beispielsweise wuchs der Trend zur Abwehr der Wissenschaft, da diese als Verursacher für Einschränkungen im eigenen und öffentlichen Leben wahrgenommen wurde (Deutscher Bundestag, 2020). Diese Mechanismen und Folgen aktueller Krisen stehen dem Ideal des deliberativen Demokratiemodells (*Kapitel 2.2.2.*) entgegen, wonach politische Entscheidungen auf Basis von gemeinsam getragenen, wissenschaftlich fundierten und rational diskutierten Gründen in einer offenen, sachorientierten und gleichberechtigten Diskussion getroffen werden sollten. Für die Einbettung der Ergebnisse dieser Forschung soll daher auch diskutiert werden, inwiefern LEADER-Verfahren Transparenz und Nachvollziehbarkeit wahren, um spaltenden Tendenzen entgegenzuwirken.

Staatliche Verschuldung und anfallende Transformationskosten, die für die Bekämpfung und Anpassung an den Klimawandel notwendig sind, werden auch zukünftig zum Bestehen wirtschaftlicher Krisen und Demokratiegefährdung beitragen (Merkel, 2021). Der Deutschland-Monitor zeigt, dass große Veränderungsprozesse wie der wirtschaftliche Strukturwandel für die Bevölkerung spürbar und nachteilhaft (z.B. Arbeitsplatzverlust) sein können. Auch hier werden negative Aspekte des Wandels häufiger in Ostdeutschland wahrgenommen (Franke et al., 2025, p. 83). Viele Befragte des Deutschland-Monitors formulieren deshalb den Wunsch nach einem Staat, der lösungs- und wirkungsorientiert handelt (Franke et al., 2026). Die Einschätzung zur staatlichen Handlungsfähigkeit variiert dabei je nach Strukturschwäche der befragten Region deutlich. Je schlechter die ökonomischen Bedingungen einer Region, desto höher die Unzufriedenheit mit politischen Institutionen (Franke et al., 2026). Diese Unzufriedenheit kann in einem stärkeren Wahlerfolg populistischer Parteien münden, die sich als Gegenentwurf zum vorherrschenden politischen System präsentieren, was die Verbindung zwischen sozioökonomischer Lage und demokratischer Haltung verdeutlicht (Franke et al., 2026). Wo öffentliche Infrastruktur fehlt, werden Chancen beeinträchtigt und die Lebensqualität leidet. Eine lebendige Demokratie braucht daher eine funktionierende Daseinsvorsorge und lebt von Begegnung, die durch Soziale Orte⁷ ermöglicht wird (Vogel, 2025).

In Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigt sich, dass wirtschaftlicher Wohlstand in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt bundesweit gestiegen ist (Bundesregierung, 2024). Jedoch schwindet die Sensibilität für sozioökonomische Unterschiede unter privilegierten Gruppen, womit einhergeht, dass diese Gruppen keinen Bedarf für gerechtigkeitsorientierte Maßnahmen feststellen (Bundesregierung, 2024; Groh-Samberg & Schmelzle, 2025; Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022).

Diesen Zustand beschreibt der Begriff Postdemokratie, der dem politischen System Demokratie angesichts der hohen Vermögensungleichheit aufgrund der kapitalistischen Produktionsweise erhebliche Funktionsdefizite attestiert. Wirtschaftlichen Eliten besitzen durch ihr Vermögen in der aktuellen demokratischen Praxis eine hohe Entscheidungsmacht, wohingegen der Großteil der Bürger*innen in ihren Anliegen und ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement wenig anerkannt, wertgeschätzt oder politisch gehört werden, (Meyer, 2009)

⁷ Soziale Orte bezeichnen Orte, etwa Bibliotheken oder Kultureinrichtungen, die von einer Vielfalt an lokalen Akteur*innen entwickelt und gemeinsam betrieben werden, sich an Bedarfen vor Ort orientieren, auf gesellschaftliche Ziele einzahlen und die offen für verschiedene soziale Gruppen und Milieus sind (Vogel, 2025).

Die genannten Studien zeigen, dass Demokratievertrauen sowohl von verschiedenen politischen Ereignissen, Krisen, der realen Verfügbarkeit von Infrastruktur und Daseinsvorsorge als auch der Wertschätzung von Engagement abhängt. Das Vertrauen in politische Institutionen spielt in Hinblick auf LEADER als ein in der EU-Struktur verortetes Förderprogramm eine große Rolle. Die Frage nach der demokratischen Legitimität, der öffentlichen Wahrnehmung und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen innerhalb des Förderprogramms sollen daher in der Untersuchung des Beitrags zur Demokratieförderung mit untersucht werden.

2.2.4. Gefahren für die Demokratie: Antidemokratische Einstellungen

Wer mit der Demokratie unzufrieden ist, kann anfällig dafür sein, Vertrauen in die Regierungsform schneller zu verlieren und damit auf die Stabilität des demokratischen Systems einzuwirken. Diese Unzufriedenheit ist aber von einer entschieden antidemokratischen Haltung in verschiedenen Punkten zu differenzieren. Antidemokrat*innen kritisieren nicht nur einzelne politische Entscheidungen, sondern die Demokratie als Idee der politischen Ordnung und lehnen dessen Verfassung und demokratische Verfahren grundsätzlich ab. Ein antidemokratisches Weltbild ist damit nicht auf die bloße Ablehnung parlamentarischer Institutionen beschränkt, sondern richtet sich gegen zentrale Prinzipien von Demokratien wie gleichberechtigte Aushandlungsprozesse, Meinungsfreiheit, Recht auf Mitbestimmung und Meinungsäußerung sowie Pluralismus und Minderheitenschutz. Gerade darin liegt das Gefahrenpotential antidemokratischer Positionen: Zwar kann eine abstrakte Zustimmung zur Demokratie bestehen, dies führt nicht zwangsläufig zur Anerkennung der zuvor genannten Prinzipien. Der Deutschlandmonitor zeigt, dass aktuell circa zwei Prozent der Befragten Antidemokrat*innen sind. (Franke et al., 2026)

Antidemokratische Einstellungen finden sich jedoch in verschiedenen Strömungen wieder, beispielsweise im Populismus. Populistische Einstellungen sind durch Antielitismus, Antipluralismus und Antiinstitutionalismus geprägt und beruhen auf der Vorstellung einer homogenen Gesellschaft, die sich in ein moralisch gutes „Volk“ und eine korrupte „Elite“ aufteilen lasse (Franke et al., 2025; Mudde, 2021). Politik im Populismus soll nach dem Willen der Mehrheit gestaltet werden. Damit öffnet sich jedoch ein Spannungsfeld zur liberalen Demokratie: Durch die Gegenüberstellung einer homogenen Gesellschaft und einer Elite werden rechtstaatliche und pluralistische Prinzipien, wie die Existenz von Minderheiten, dessen Rechte und Schutz oder die allgemeine Rechtsstaatlichkeit missachtet (Mudde, 2021). Antidemokratische Strömungen gefährden Demokratie folglich nicht nur durch offene Ablehnung dieser, sondern auch durch die schleichende Delegitimierung demokratischer Institutionen, während autoritäre oder illiberale Demokratievorstellungen aufgewertet werden (Salomon, 2023).

Populist*innen nutzen dabei erfolgreiche Strategien zur Abwertung anderer Gruppen, um eine kollektive Identität und Gemeinschaftsgefühle unter diesen zu stärken. In Krisenzeiten und in Reaktion auf die gegenwärtigen Sorgen vieler Menschen werden einfache Antworten geboten, indem Feindbilder kreiert und als Problemverursacher erklärt werden. In ländlichen Räumen können solche Dynamiken zusätzlich verstärkt werden, wenn Gefühle politischer und sozialer Marginalisierung, Benachteiligung oder des „Abgehängtseins“ aufgegriffen und politisch mobilisiert werden. Akteur*innen wie die Partei Alternative für Deutschland (AfD) verknüpfen solche Erfahrungen mit rassistischen Abwertungen gegenüber Migrant*innen oder politischen Eliten und stabilisieren damit polarisierende Narrative. (Pickel & Pickel, 2020)

Die AfD wird in Brandenburg seit 2025 vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft (Ministerium des Innern und für Kommunales, 2025). In der letzten Europawahl 2024 bekam die Partei 27,5% der Brandenburger Stimmen, was zeigt, dass rechte und demokratiefeindliche Einstellungen im Land weit verbreitet sind (Die Bundeswahlleiterin, 2026a). Grund für die Einstufung waren unter anderem enge Verbindungen und personelle Besetzungen mit klassisch rechtsextremen Akteur*innen sowie der Neuen Rechte. Pfahl-Traugher (2022) bezeichnet die unterliegende Ideologie der Neuen Rechten als intellektuellen Rechtsextremismus, dessen Denken durch Faschismus, Autoritarismus, der Bedeutsamkeit ethnischer Zugehörigkeit und Nationalismus sowie der Ablehnung einer pluralistischen Gesellschaft (Migration) geprägt ist. Wirtschafts- und Sozialpolitik sollen nach solidarischem Prinzip für die dem „Volk“ Zugehörigen gestaltet werden (Pfahl-Traugher, 2022).

In Brandenburg organisieren sich verschiedene rechtsextreme Gruppierungen, beispielsweise „die identitäre Bewegung“ als europaweites Netzwerk, die neonationalsozialistische Partei „Der Dritte Weg“ sowie rechte Kampfsportgruppen, die für den Tag X des Demokratiezerfalls trainieren (Landesregierung Brandenburg, 2026b). Im Spektrum befinden sich weitere Bewegungen, die gerade für den ländlichen Raum relevant sind: Zu nennen ist die vom Verfassungsschutz beobachtete Reichsbürger*innenbewegung, zu der in Brandenburg 600 Reichsbürger*innen zählen und die sich die deutschen Grenzen nach den territorialen Vorstellungen des früheren Deutschen Reichs zurückwünschen (Speit & Krüger, o. J.). Weiterhin befinden sich 5 Projekte der Anastasia-Bewegung in Brandenburg. Diese ist eine in Russland entstandene rechtsextremistische Siedlungsbewegung, die in Deutschland erstmalig in Brandenburg auftrat und antisemitische und demokratiefeindliche Haltungen mit positivem Bezug zum Nationalsozialistischen Regime vertritt sowie viele Beziehungen in die gesamte rechtsextreme Szene pflegt (Arbeitskreis Anastasia, o. J.).

Antidemokratische Strömungen können sich vielfältig zeigen und sind auch in Brandenburg als dauerhafte Herausforderung für die demokratische Kultur zu verstehen. Angriffe auf zivilgesellschaftliche Organisationen nehmen zu und können dazu führen, dass sich Engagierte aus ihren Ämtern zurückziehen (Weiberg & Schöll, 2025). Vor dem Hintergrund dieser zunehmenden Gefahr für die Stabilität demokratischer Systeme und für demokratisch Engagierte vor Ort, zu denen auch LEADER-Akteur*innen gehören können, richtet sich die zweite Forschungsfrage auf den Schutz der Demokratie in LEADER-Prozessen und auf praxisnahen Handlungsmöglichkeiten für LAGn.

2.2.5. Demokratische Teilhabe in ostdeutschen ländlichen Räumen

Im *Kapitel 2.2.3.* wurden unterschiedliche Faktoren benannt, die das Demokratievertrauen in Deutschland beeinflussen. Im Folgenden wird spezifisch auf die noch immer bestehenden starken Unterschiede im Erleben demokratischer Zustände zwischen ost- und westdeutsch sozialisierten Menschen eingegangen, von denen auch die Uckermark als eine in Ostdeutschland gelegene Fallregion mitgeprägt ist. Dabei spielen sowohl anhaltende wirtschaftliche Folgen und sozioökonomische Veränderungen als auch die Sozialisation in der DDR eine wesentliche Rolle. Die tiefere Untersuchung der Unterschiede und der aus der Historie entstandenen Denk- und Handlungsmuster erscheint daher auch in Bezug zur Uckermärkischen Bevölkerung relevant.

Noch immer schneiden ostdeutsche Landkreise in vielen sozioökonomischen Faktoren wie der Vermögensverteilung, Versorgung an Schulen, dem BIP oder Vertretung in machtvollen Positionen schlechter ab als westdeutsche Regionen, wobei die wirtschaftlichen Disparitäten laut dem

Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung⁸ mittlerweile sinken und viele ländliche ostdeutsche Regionen starkes ökonomischen Wachstum aufweisen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2025; Bundesregierung, 2024). In dieser Tendenz zeigt sich zwar, dass es auch in Ostdeutschland große Unterschiede zwischen Bundesländern und Regionen gibt, gleichzeitig ergeben sich aus der gemeinsamen Historie wiederkehrende Muster und Rückschlüsse auf das politische Bewusstsein und Demokratieverhalten, die im Folgenden erläutert werden (Mau, 2024).

Das System in der DDR war von einer starken hierarchischen und kontrollierenden Sozialordnung sowie einem ausgeprägten Arbeitsethos geprägt, die bis heute die Vorstellungen von sozialer Zugehörigkeit und einer Haltung der „einfachen Leute“ mitprägen (Mau, 2019, S. 15). Da Mitbestimmung an politischen Entscheidungen nicht vorgesehen war, wurden demokratische Prozesse von der DDR-Gesellschaft nie erlernt. Mit dem sich ankündigenden Verfall des Systems wuchs die demokratische Aufbruchsstimmung und die Hoffnung nach mehr Selbstbestimmung und Freiheit. Dementsprechend groß war der Frust über die innerdeutschen Entwicklungen nach der Wende, die ostdeutsche Belange, Kultur und Strukturen kaum berücksichtigten und das System der Bundesrepublik mit möglichst wenig Aufwand in den Osten übersetzten. Viele Ostdeutsche fühlten sich in der Folge übergangen, entmächtigt und verloren Vertrauen in demokratische Institutionen, da Führungspositionen fortan von westdeutschen Akteur*innen eingenommen wurden. (Mau, 2024)

Die Auswirkungen der Wiedervereinigung, beispielsweise in der eigenen Existenz nicht anerkannt und an politischen Entscheidungen wenig teilhaben zu können, finden sich noch heute im Politikvertrauen Ostdeutscher wieder (Mau, 2024; Pickel & Pickel, 2020). In Ostdeutschland fühlen sich mehr Menschen nicht von der Politik vertreten, können Parteien weniger vertrauen und haben weniger das Gefühl, dass ihre Perspektiven und Themen sich in der aktuellen Politik widerspiegeln, was man als fehlende Rückkopplungseffekte bezeichnet (Franke et al., 2026; Pickel & Pickel, 2020). Als Hauptgrund für Demokratieunzufriedenheit werden dabei ökonomische Unterschiede genannt (Pickel & Pickel, 2020). Der Prozess der Demokratisierung nach der Vereinigung von DDR und BRD löste im Westen viel Wohlstand aus, in den neuen Bundesländern gingen hingegen 80% der Arbeitsplätze verloren, worauf eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit eintrat (Mau, 2024). Verschiedene Studien belegen, dass Ostdeutsche sich nicht zwangsläufig als Verlierer der Wiedervereinigung, jedoch nach wie vor kollektiv abgewertet und benachteiligt fühlen (Pickel & Pickel, 2020).

Die lang bestehende Annahme, dass die kulturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland mit Generationenwechsel und zunehmender Sozialisierung im vereinten Deutschland in Zukunft wegfallen werden, scheint sich nicht zu erfüllen. Wirtschaftliche Disparitäten, die einschneidenden sozioökonomischen Veränderungen nach der Wende sowie Kultur und Einstellungen Ostdeutscher werden vielerorts weitergegeben und bleiben auch heute noch bestehen (Mau, 2024; Pickel & Pickel, 2020). Auch unter 25-Jährige bezeichnen sich als ostdeutsch und formen aus dieser Identität ein Gemeinschaftsgefühl (Mau, 2019). Demnach argumentiert Mau (2024), dass eine Angleichung auf kultureller Ebene unrealistisch sei und auch nicht das Ziel sein sollte, da „die Sozialstruktur, die

⁸ Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024 untersucht Unterschiede von Lebensverhältnissen in Deutschland, u.a. in den Bereichen Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Klima unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen städtischen und ländlichen Regionen (Bundesregierung, 2024)

Demografie und die Kultur“ Ostdeutschlands langfristig eigene Entwicklungsdynamiken mit sich bringe (Mau, 2024, S. 22).

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eng mit dem Umgang mit großen Transformationen verbunden (Groh-Samberg & Schmelzle, 2025). Vor allem in strukturschwachen ostdeutschen Regionen beeinflussen die negativen Erfahrungen mit großen Veränderungen wie der Wendezeit, die zu Biografiebrüchen und relativen Wohlstandsverlusten in breiten Teilen der Bevölkerung führte, die Bereitschaft, kommende Transformationen mitzutragen: „Wer das Gefühl hat, von politischen Entscheidungsprozessen, Wohlstandszuwächsen und kultureller Repräsentation ausgeschlossen zu sein, erlebt gesellschaftliche Veränderungen häufig als zusätzliche Bedrohung oder Belastung.“ (Franke et al., 2026, S. 95). In Zeiten großer Krisen und anstehender Veränderungen, beispielsweise Klimawandelanpassung, die politisch gesteuert werden müssen, zeigt sich hier eine große Herausforderung für die Demokratie. Das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber politischen Entscheidungen, die gleichzeitig als Benachteiligung erlebt werden, schafft Bedingungen, unter denen sich Populismus leicht verbreiten kann. Skepsis gegenüber Veränderungen und Eliten werden durch Populisten als Antwort auf bestehende Sorgen, Zukunftsängste und Unzufriedenheiten genutzt und verstärkt (Franke et al., 2026).

Aus der realen und wahrgenommenen Benachteiligung ostdeutscher Menschen ergibt sich daher der Forschungsbedarf, Teilhabe und Mitbestimmung sowie das demokratische Verständnis und Vertrauen stärker mit ostdeutschen Perspektiven in Beziehung zu setzen. Für die Untersuchungsregion Uckermark bedeutet dies, dass LAGn als politische Steuerungsebene und Zusammenschluss regionaler Akteur*innen mit individuellen Demokratieerfahrungen nicht unabhängig vom historischen Kontext betrachtet werden können. Erfahrungen aus der DDR, die Umbrüche nach der Wiedervereinigung und bestehende strukturelle Unterschiede prägen bis heute Demokratielernen, Vertrauen in Demokratie und die Bereitschaft zur Mitwirkung. Diese Besonderheiten werden daher bei der Einordnung der Ergebnisse berücksichtigt.

2.3. Demokratische Qualität messen

Deliberativ-pluralistische Demokratie zeigt sich als Regierungsform, als Methode und als gelebte demokratische Kultur auf unterschiedlichen Ebenen. Ihre Verortung im geopolitischen Gefüge, ihre Kontextabhängigkeit und ihre individuelle Erlebbarkeit machen eine mehrdimensionale Herangehensweise erforderlich, um demokratische Systeme zu bewerten und einzuordnen. Zunächst werden verschiedene Ansätze zur Messung demokratischer Qualität vorgestellt, bevor das Analysemodell zur Demokratieförderung für diese Arbeit vorgestellt wird.

Um Demokratie messbar zu machen, braucht es empirisch belegbare Indikatoren, die eine Vergleichbarkeit verschiedener demokratischer Systeme herstellen können. Der Freedom House Index nutzt sieben quantitative Kriterien, die unter anderem die zivilgesellschaftliche Organisation, die Unabhängigkeit der Medienlandschaft und der Justiz, den Schutz von Menschenrechten, Korruption, die Art der Regierungsführung sowie Wahlbedingungen untersuchen (Heidenreich, 2025). Der Index evaluiert seit Jahrzehnten den Stand der Demokratie in Regierungssystemen weltweit (Freedom House, 2026). Das Democracy-Barometer der Universität Zürich betrachtet ähnliche Dimensionen und nutzt für die Beurteilung der Demokratie drei Säulen: Die Säule der Freiheit (individuelle Freiheiten, öffentlicher Raum), der Gleichheit (Transparenz, Beteiligung, Repräsentation) und der Kontrolle (Wettbewerb,

gegenseitige Zwänge, Steuerkapazitäten) (Engler et al., 2020). Eine bedeutende Basis für die Demokratiemessung hat Robert Dahl (1971) entwickelt, indem er den Grad öffentlicher Auseinandersetzung (*wie?*) mit der Inklusivität der Beteiligung, (*wer?*) für ein demokratisches System als messbare Skalen darstellt. Viele der vorgestellten Konzepte zur Demokratiemessung beziehen sich auf die staatlich-institutionelle Ebene und sind damit nur begrenzt für die Untersuchung eines Förderprogramms, dass zwischeninstitutionell auf regionaler Ebene wirkt, geeignet. Hier benötigt es Ansätze, die den Kontext der Förderlogik und des bottom-up Ansatzes miteinbeziehen. Der Begriff der Demokratieförderung und Modelle zur Bewertung dieser werden daher im Folgenden genauer erläutert.

2.3.1. Aktuelle Debatten der Demokratieförderung

In der Demokratieförderung richtet sich der Blick auf die Frage, wie Demokratie jenseits nationalstaatlicher Institutionen in der Fläche auf regionaler, lokaler und individueller Ebene gefördert werden kann. Damit verschiebt sich der Fokus der Analyse von den demokratischen Zuständen hin zu den Bedingungen und Mechanismen ihrer gezielten Stärkung, was mit den Ansätzen des in *Kapitel 2.2.2.* eingeführten deliberativ-pluralistischen Demokratiemodell einhergeht. Demokratieförderung kann somit als ein sich entwickelndes Handlungs- und Praxisfeld bezeichnet werden (Rehse et al., 2025).

Aktuelle Debatten der Demokratieförderung zeigen, dass der Begriff in Förderprogrammen teilweise äquivalent mit „Demokratie stärken“ oder „Demokratiebildung“ verwendet wird und die jeweilige Bedeutung wesentlich vom Demokratieverständnis abhängt (Langner, 2023). Demokratieförderung ist somit nicht als neutraler oder abschließend definierter Politikbereich zu verstehen, sondern als normativ geprägtes Feld, in dem unterschiedliche Zielvorstellungen, Adressierungen und Umsetzungslogiken aufeinandertreffen. Nicht selten erscheint Demokratieförderung implizit als Bestandteil von Präventionslogiken, etwa im Zusammenhang mit der Vermeidung von Radikalisierung. Langner (2023) weist jedoch darauf hin, dass eine solche verkürzte Perspektive problematisch sein kann, wenn Demokratieförderung primär als Reaktion auf Abweichung oder Gefährdung verstanden wird. Eine langfristig wirkungsvolle Demokratieförderung sollte unabhängig von der Gefährdung auf die Stärkung einer Kultur der Gleichwertigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe sowie das aktive Lernen und Erfahren pluraler und demokratischer Aushandlungsprozesse hinwirken (Langner, 2023; Walter & Ehnert, 2022). Denn Demokratie braucht kontinuierliche Lernprozesse ihrer Mitglieder, die durch Demokratieförderung angeregt und institutionalisiert werden können.

Ein weiterer zentraler Aspekt betrifft die Verantwortungsfrage: Wer ist für Demokratieförderung zuständig? Dabei zeigt sich ein Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Steuerungs- und Umsetzungslogik und der Rolle der Zivilgesellschaft, die zugleich Trägerin, Adressatin und Mitgestalterin demokratiefördernder Prozesse ist (Langner, 2023). Dieses Spannungsverhältnis macht deutlich, dass Demokratieförderung nicht allein als staatliches Programm, sondern als geteilte gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden muss.

Bisher gibt es wenige Konzepte, die Demokratieförderung wissenschaftlich und praxisorientiert systematisierbar machen (Walter & Ehnert, 2022). Vor diesem Hintergrund entwickelten ein Wirkungsmodell, welches unterschiedliche Ebenen der Demokratieförderung systematisch zusammenführt und damit einen analytischen Rahmen für die weitere Untersuchung bietet. Das Modell wird im folgenden Kapitel vorgestellt.

2.3.2. Analysemodell zur Demokratieförderung

Für die vorliegende Forschungsarbeit wird das Wirkungsmodell nach Walter und Ehnert (2022) aus der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als methodische Grundlage herangezogen und durch weitere Untersuchungsaspekte ergänzt. Das Programm lief zwischen 2020 und 2024 und setzte bundesweit 30 Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung um. Der Rückgriff auf dieses Modell (*Abbildung 3*) ist neben der kontextuell-inhaltlichen Passung deshalb sinnvoll, weil es durch das Handlungsfeld Demokratieförderung theoretisch fundiert und zum Transfer auf weitere Förderkontexte konzipiert wurde (BMSFSJ, 2019; Ehnert et al., 2021). Diese Übertragbarkeit ist in Bezug auf LEADER besonders relevant, weil hier nicht nur die Wirkung der einzelnen Maßnahmen im Fokus steht, sondern auch die Frage, wie sich demokratiefördernde Wirkungen des Programms auf unterschiedlichen Ebenen systematisch erfassen lassen. Das Wirkungsmodell bietet dafür einen geeigneten Rahmen, da es die Demokratieförderung nicht auf politische Bildung im engeren Sinne reduziert, sondern sie als Zusammenspiel von „Angeboten, Maßnahmen, Strukturen und Verfahren, die zum Erhalt und zur Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur auf Grundlage der Grund- und Menschenrechte und derer Werte beitragen“, versteht (Walter & Ehnert, 2022, S. 8).

Das Modell passt damit zum deliberativ-pluralistischen Demokratieverständnis, das in *Kapitel 2.2.2.* beschrieben wird, da dieses die breite, aktive Teilhabe an politischen Prozessen auch außerhalb der staatlich-institutionellen Ebene als Gelingensbedingung einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft nennt. Demokratische Kompetenzen, Verfahren und Strukturen entwickeln sich daher nicht durch punktuelle Maßnahmen, sondern durch wiederholte Erfahrungsräume und institutionelle Einbettung (Ehnert et al., 2021).



Abbildung 3: Modell zur Demokratieförderung aus der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms "Demokratie leben!" (eigene Abbildung nach Walter & Ehnert (2022))

Das Modell eignet sich für die Analyse von LEADER, obwohl LEADER kein politisches Bildungsprogramm ist, weil der Förderansatz über Beteiligung, Kooperation und regionale Aushandlungsprozesse Bedingungen für demokratierelevante Effekte bietet. Seine demokratiefördernden Potentiale liegen in Hinblick auf die Förderschwerpunkte weniger in der direkten Wissensvermittlung als in der Ermöglichung von Teilhabe, in der Gestaltung partizipativer Verfahren und in der Absicherung regionaler Strukturen. Genau an dieser Stelle setzt das Modell an, indem es Demokratieförderung in drei miteinander verschränkte Dimensionen gliedert:

1. **individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung,**
2. **Verfahrensentwicklung,**
3. **sowie Struktursicherung und -entwicklung** (Walter & Ehnert, 2022, S. 8–9).

Das Wirkungsmodell nach Walter & Ehnert (2022) dient in dieser Arbeit als konzeptionelles Grundgerüst. Da keine Wirkungsanalyse im engeren Sinne vorgenommen wird, sondern demokratiefördernde Beiträge und Aspekte im Fokus stehen, und innerhalb der Dimensionen einzelne Aspekte nicht weiter ausdifferenziert sind, wird das Modell durch theoriegeleitete Aspekte ergänzt und als Analysemodell inhaltlich weiter ausgearbeitet. Im Folgenden werden die einzelnen Dimensionen des Wirkungsmodells näher beschrieben und konkrete Untersuchungsaspekte aus der Demokratieforschung, ausgehend von einem deliberativ-pluralistischen Demokratieverständnis und in Bezug auf den Forschungsgegenstand, ergänzt.

Die erste Dimension, die **individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung**, zielt auf die Bildung „mündiger, urteils- und handlungskompetenter“ Personen ab (Walter & Ehnert, 2022, S. 9). Darunter fällt die Vermittlung von Wissen über politische Institutionen, Grund- und Menschenrechte sowie demokratische Werte und Prinzipien, als auch die Förderung von Urteils-, Kritik- und Widerspruchsfähigkeit. Für die Forschungsarbeit ist dieser Bereich relevant, weil sich auch im LEADER-Kontext Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten eröffnen können, in denen Akteur*innen regionale Entwicklungen einordnen, Positionen entwickeln und vertreten und lokal Verantwortung übernehmen (siehe *Kapitel 2.1.3.*).

Folgende Aspekte aus der Demokratieforschung bestätigen und ergänzen diese Dimension: Unter dem Verständnis, dass Demokratie ein dauerhaftes Lernfeld ist und nicht selbstverständlich gegeben ist, stellt sich in Bezug auf LEADER die Frage, wie Demokratiewissen als Grundlage für Teilhabe, z.B. in Bezug auf Menschenrechte oder Beteiligungsstrukturen, gestärkt und vermittelt wird (Bundesjugendkuratorium, 2017; Himmelmann, 2007; Schmidt, 2008). Geteilte demokratische Werte können zudem Verfahren und Institutionen normativ eine Basis geben und damit demokratischen Zusammenhalt aufbauen (Groh-Samberg & Schmelzle, 2025; Merkel, 2024; Pisani et al., 2017). Politische Selbstwirksamkeit im eigenen Handeln zu spüren, beispielsweise im Äußern der eigenen Meinung in Beteiligungsprozessen oder durch das Eintreten für demokratische Anliegen kann Demokratievertrauen stärken und wird daher bei verschiedenen Akteur*innen im LEADER-Netzwerk untersucht (Seim, 2025). Demokratische Handlungskompetenzen individuell zu entwickeln, ist eine Grundlage für öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse, eine faire Diskussions- und Konfliktkultur und Demokratiebewusstsein (Habermas, 1996; Himmelmann, 2007; Lembcke et al., 2016; Walter & Ehnert, 2022). Im Rahmen der LAGn können Beteiligte in Arbeitskreisen oder an Projektentscheidungen Erfahrungen und Kompetenzen in der politischen Arbeit sammeln, die das Erleben von Selbst- und Gruppenwirksamkeit, Urteilssicherheit und Mitverantwortung fördern können. Daraus können sich wertschätzende Haltungen in Bezug auf demokratische Aushandlungsprozesse, Institutionen und Strukturen ergeben. Es wird demnach untersucht, ob und wie LEADER-Prozesse einzelne Akteur*innen in der Bildung demokratischer Werte und Handlungskompetenzen unterstützen können.

Die zweite Dimension, die **Verfahrensentwicklung**, hat das Ziel, „partizipative und inklusive Verfahren der Beteiligung und der Konfliktbewältigung zu entwickeln“ (Walter & Ehnert, 2022, S. 9). Die Dimension untersucht, inwiefern Verfahren die Beteiligten ermutigen, ihre Rechte einzufordern, sich mit eigenen Perspektiven in relevante Diskurse einzubringen, sich gemeinsam zu engagieren und Konflikte konstruktiv zu lösen. Für LEADER ist diese Dimension besonders wichtig, da über die Prinzipien bottom-up Ansatz, Vernetzung und übergreifende Kooperation regionale Bedarfe ermittelt und gefördert werden (EU CAP Network, 2024). Dafür nutzt das Förderinstrument Verfahren wie die Gremienarbeit in

den LAGn, Beteiligungsprozesse wie die RES-Erarbeitung oder kooperative Projektentwicklung. Für die empirische Untersuchung stellt sich daher die Frage, wie offen, verständlich und wirksam Beteiligung in LEADER tatsächlich organisiert wird.

Aus der Demokratieforschung werden dieser Dimension folgende Aspekte hinzugefügt: Eine spürbare demokratische Legitimität in Verfahren und Entscheidungen für Betroffene herzustellen, sollte zugleich Voraussetzung und Ziel dieser sein (Habermas, 1996). Die Qualität der Beteiligung ist im Sinne der Zumutbarkeit und Zugänglichkeit für Außenstehende sowie in Hinblick auf den Grad der Mitbestimmung zentral zu untersuchen (Habermas, 1996; Jakobi, 2000). Ein qualitatives Merkmal ist die Transparenz und Öffentlichkeit der Entscheidungsprozesse in der Region, da diese Rechenschaftsfragen und Teilhabemöglichkeiten sichtbar macht und das Erreichen von Zielgruppen beeinflussen kann (Coppedge, 2023; Hanberger, 2009). Das Diskursklima, die Konfliktbearbeitung und die Deliberationsqualität zu analysieren, erscheint gerade im Kontext dezentraler Steuerungsprozesse relevant, da politisch relevante Entscheidungen in LEADER über aktive Aushandlung und nicht über das alleinige Abgeben einer Stimme passieren. Dabei können ungleiche Ressourcen, Macht oder die Unterdrückung von Konflikten zu unfairen Prozessen führen (Habermas, 1996; Hanberger, 2009). Zudem erfordert die Annahme, dass demokratische Verfahren so konzipiert sein sollten, dass sie einerseits eine Vielfalt von Akteur*innen, darunter marginalisierte Gruppen, repräsentieren und andererseits ansprechen können, einen Blick auf Reichweite und Inklusion in LEADER-Aktivitäten (Mouffe, 2000; Task Force FGZ-Datenzentrum, 2022).

Die dritte Dimension, die **Struktursicherung und -entwicklung**, bezieht sich auf die Absicherung von Teilhabe und demokratischen Verfahren innerhalb einer Institution. Dabei geht es darum, wie ein Förderprogramm Beteiligungsprozesse und demokratische Prinzipien strukturell verankert und verstetigt, etwa durch Mitarbeitende. Für LEADER ist diese Ebene besonders bedeutsam, weil demokratische Teilhabe dort nicht nur von einzelnen Personen oder Projekten abhängt, sondern von dauerhaft tragfähigen Organisationsformen. Dabei soll genauer betrachtet werden, ob und wie LAGn, regionale Arbeitskreise und begleitende Verwaltungs- und Steuerungsstrukturen Voraussetzungen schaffen, um Beteiligung und einen demokratischen Prozess wiederkehrend, verbindlich und regional zu verankern. So kann untersucht werden, ob LEADER tatsächlich zu einer stabilen demokratischen Infrastruktur in der Region beiträgt oder ob die Beteiligung auf einzelne Verfahren beschränkt bleibt.

Diese Dimension wird weiterhin durch folgende Aspekte gestützt und ergänzt: Vor dem Hintergrund eines sinkenden Demokratievertrauens in ländlichen Räumen und ostdeutscher Historie ist insbesondere zu untersuchen, inwieweit LEADER als demokratische Institution mit langfristiger Verlässlichkeit, institutioneller Verankerung und Ressourcen für demokratische Prozesse wahrgenommen wird (Hanberger, 2009; Lembcke et al., 2016; Mau, 2024; Pisani et al., 2017; SRLE, 2024; Walter & Ehnert, 2022). Die Befähigung („Empowerment“) lokaler Akteur*innen ist zudem spezifisch im LEADER-Projektförderkontext zu untersuchen, da diese das Sozialkapital stärken kann (Pisani et al., 2017, S. 70); *Kapitel 2.2.1*). Zudem stellt sich die Frage nach der Verstetigung demokratischer Strukturen über die Projektförderzeiträume hinaus. Soziale Orte, die Schaffung von beständigen Netzwerken und Kooperationen können lokal Demokratie und Zusammenhalt stärken (Lembcke et al., 2016; Vogel, 2025; Zago et al., 2014) und werden damit zu Untersuchungsaspekten.

Zuletzt beschreiben Walter und Ehnert (2022), dass in allen drei Dimensionen Sensibilität für Diskriminierung, Zugangsbarrieren und das Empowerment benachteiligter Gruppen notwendigerweise

zu untersuchen sind, um Inklusivität als demokratische Qualität zu erfassen. Für die Untersuchung von LEADER ergibt sich daher für alle Untersuchungsdimensionen die Frage, welche Gruppen erreicht und befähigt werden, wo Zugangsbarrieren bestehen und inwiefern die vorhandenen Strukturen tatsächlich inklusiv wirken.

Um die zweite Forschungsfrage nach dem Umgang mit antidemokratischen Akteur*innen und Präventionsmaßnahmen in LEADER zu bearbeiten, wird das Modell um die Dimension **Schutz der Demokratie** erweitert. Auch LAGn können als Orte zivilgesellschaftlicher Organisation und Teilhabe mit antidemokratischer Einflussnahme und Delegitimierung konfrontiert sein (dvs, 2025c). Wirksame Schutzmaßnahmen in Organisationen zu entwickeln ist daher wesentlich, um Demokratieförderung zu sichern (Weiberg & Schöll 2025). Daher untersucht diese Dimension, welche Erfahrungen LEADER-Akteur*innen mit antidemokratischen Einflüssen machen und welche Schutz- und Präventionsmaßnahmen zur Sicherung demokratischer Prozesse in LEADER relevant sind.

Das Wirkungsmodell von Walter & Ehnert (2022) mit den ergänzenden Untersuchungsaspekten bilden den Rahmen, um demokratiefördernde Aspekte von LEADER differenziert zu analysieren. Der Begriff der Demokratieförderung wird auf abgegrenzte Analyseebenen heruntergebrochen und erlaubt damit, individuelle, prozedurale und institutionelle Dimensionen gemeinsam zu betrachten. Im Fokus stehen Bedingungen, unter denen Beteiligung demokratisch wirksam wird, womit auch mögliche Grenzen des LEADER-Ansatzes analytisch fassbar gemacht werden. Das angepasste Analysemodell bietet die theoretische Herleitung der Analyseketten in *Kapitel 3.3.*

3. Methodik

3.1. Qualitatives Forschungsdesign

Dem methodischen Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass bottom-up-Regionalentwicklungsprozesse die Kooperationen zwischen lokalen Initiativen fördern, finanzielle Mittel gemeinwohlorientiert verteilen, Beteiligungsprozesse organisieren und demokratische Prozesse in Regionen stärken können. Subjektive Wahrnehmungen und Erfahrungen mit demokratischen Prozessen sowie das Gefühl von Teilhabe unterliegen dabei oft tieferen Bedeutungsstrukturen, sind komplex und stark kontextabhängig (*Kapitel 2.2.*). Demokratiefördernde Aspekte in LEADER lassen sich nur sehr begrenzt anhand quantitativer Daten erfassen, weshalb ich für diese Forschungsarbeit ein qualitatives Forschungsdesign gewählt habe, wie in *Abbildung 4* dargestellt.

Qualitative Forschung zielt darauf ab, Deutungen, Zusammenhänge und mögliche Wirkmechanismen eines Untersuchungsgegenstandes herzustellen und dient insbesondere der Entwicklung und Präzisierung von Hypothesen sowie weiterführenden Fragestellungen (Flick et al., 1995). Die Wahl qualitativer Forschung eignet sich besonders, wenn bisher wenig über den Untersuchungsgegenstand bekannt ist oder dieser neu exploriert wird (Flick et al., 1995). Das trifft auf die Untersuchung von LEADER und Demokratieförderung zu, da dessen Zusammenhang in Brandenburg bisher unzureichend erforscht wurde.

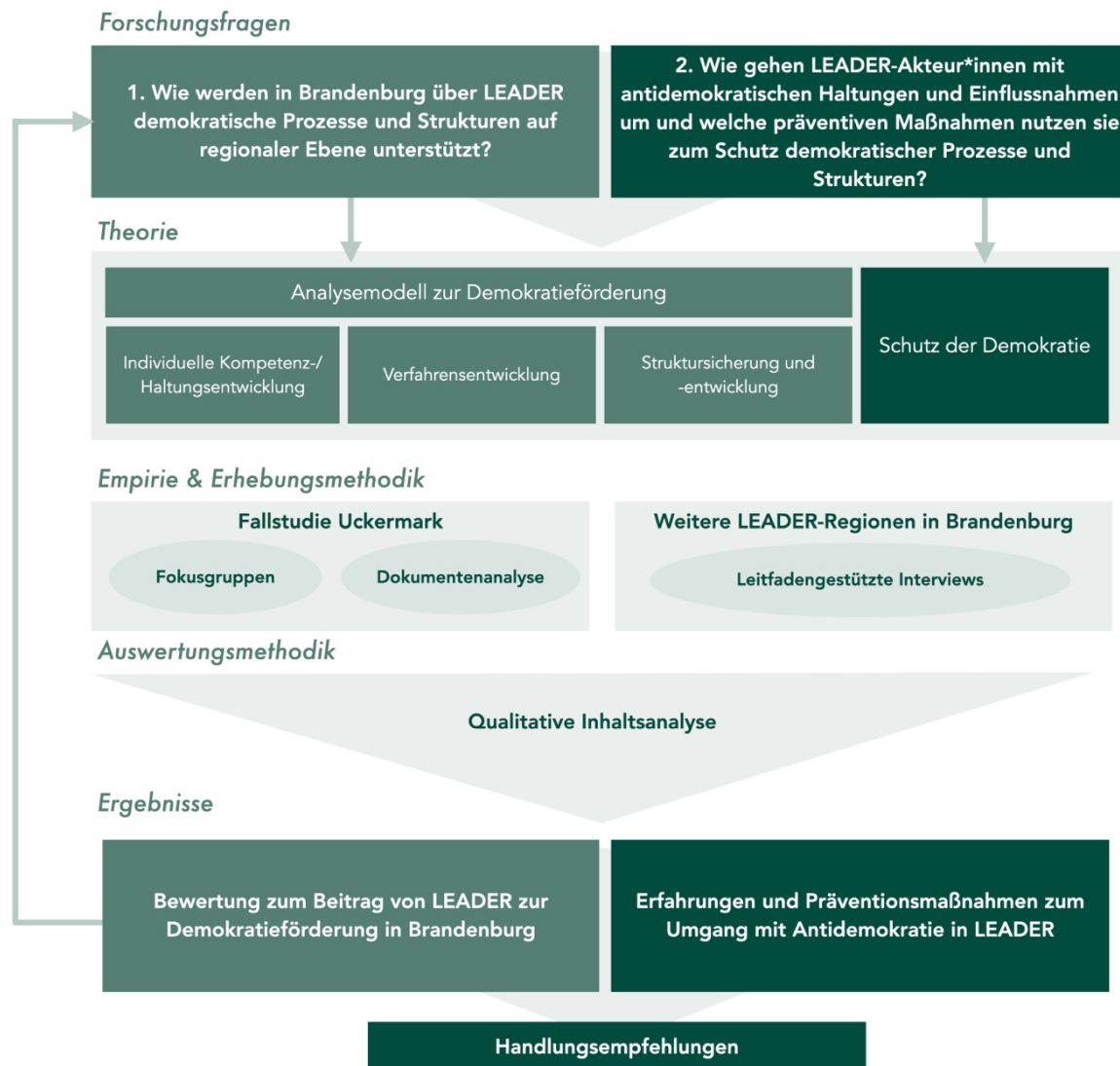


Abbildung 4: Forschungsdesign (eigene Darstellung)

Das Forschungsdesign zielt auf die Beantwortung der folgenden Forschungsfragen ab:

Forschungsfrage 1: Wie werden in Brandenburg über LEADER demokratische Prozesse und Strukturen auf regionaler Ebene unterstützt?

Forschungsfrage 2: Wie gehen LEADER-Akteur*innen mit antidemokratischen Haltungen und Einflussnahmen um und welche präventiven Maßnahmen nutzen sie zum Schutz demokratischer Prozesse und Strukturen?

Für die Beantwortung der beiden Forschungsfragen nutze ich einen Methodenmix aus Fokusgruppen, Dokumentenanalyse und leitfadengestützten Interviews (Abbildung 5). Die verschiedenen Methoden dienen dem Forschungsziel, Demokratieförderung in LEADER sowohl aus theoretisch-formaler als auch aus praxisbezogener Perspektive zu bewerten. Um demokratische Prozesse und Strukturen auf regionaler Ebene zu untersuchen, habe ich Analysekatgeorien entwickelt. Dafür dient das Wirkungsmodell Walter & Ehnert (2022) als Grundlage, die um Aspekte zur Bewertung

demokratiefördernder Aspekte und des Schutzes der Demokratie in LEADER aus der Demokratietheorie und Praxisbedarfen ergänzt wird (*Kapitel 2.3.2.*). Der Prozess der Kategorienbildung ist in *Kapitel 3.3.* beschrieben. Mithilfe der Analysekategorien habe ich die Dokumentenanalyse durchgeführt und ausgehend von den Kategorien Fragen für die Fokusgruppen und Interviews entwickelt. Die Auswertung aller Daten erfolgte mittels **qualitativer Inhaltsanalyse** nach Kuckartz & Rädiker (2024) und ist in *Kapitel 3.7.* beschrieben. In der Arbeit habe ich für verschiedene Arbeitsschritte Künstliche Intelligenz (KI) genutzt, die Erklärung zur Verwendung der KI-Tools ist in *Anhang 1.1.* dokumentiert.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Fallregion Uckermark. Die Methode der Fallstudie wird genutzt, um einen Einzelfall wie eine Organisation in seinem konkreten Kontext zu untersuchen und dabei sowohl Besonderheiten als auch allgemeine Zusammenhänge sichtbar zu machen (Flick et al., 1995). Als Fall wurde daher eine LEADER-Region Brandenburgs ausgewählt, um Handlungsspielräume, Mechanismen und Spannungen der LEADER-Umsetzung auf regionaler Ebene in Bezug auf demokratiefördernde Aspekte zu veranschaulichen (*Kapitel 3.2.*). Im Rahmen der Fallstudie habe ich **Fokusgruppen** mit Akteur*innen aus LEADER-Prozessen der Uckermark (*Kapitel 3.4.*) sowie die **Dokumentenanalyse** (*Kapitel 3.6.*) durchgeführt. Um die Ergebnisse der Fallstudie einzuordnen und mit Erfahrungen anderer LAGn aus Brandenburg zu ergänzen, habe ich weitere Regionalmanagements in **leitfadengestützten Interviews** (*Kapitel 3.5.*) befragt. Der Untersuchungszeitraum bezog sich in allen Erhebungsmethoden auf die aktuelle und letzte Förderperiode (2014–2022 und 2023–2027), von 2014 bis zur Gegenwart. So konnten einerseits abgeschlossene Projekte und Evaluationen miteinbezogen, als auch aktuelle Erfahrungen von LEADER-Akteur*innen für Handlungsempfehlungen betrachtet werden. Zudem sind Demokratiewirkungen über lange Zeiträume besser einschätzbar (Rehse et al., 2025).

Mithilfe des Methodenmixes sollen vier Analyseebenen adressiert werden, um Demokratieförderung in LEADER-Prozessen ganzheitlich zu erfassen:

- **EU-Strukturen und Länderrichtlinien:** Übergreifender rechtlicher und politischer Rahmen
- **Regionale Entwicklungsstrategie (RES):** Lokal erarbeitete Strategie und Zielsetzung der Region
- **LAG-Prozesse:** Partnerschaftsstruktur, Entscheidungsprozesse und Netzwerkbildung
- **Projektebene:** durch LEADER geförderte Vorhaben

Die Analyseebenen beziehen die Einbettung von LEADER in verschiedene Politikebenen ein, die institutionelle, rechtliche und verfahrensbezogene Rahmenbedingungen für die LEADER-Umsetzung setzen. Sie orientieren sich an den vom EU CAP Network identifizierten Prozessen, die zur Entstehung des LEADER-Mehrwerts beitragen, insbesondere an der Umsetzung der RES, den Regularien des GAP-Strategieplans und den Aktivitäten und *capacity building* in LAGn (EU CAP Network, 2024, S. 4). Die Projektebene habe ich ergänzend aufgenommen, um den Antragsprozess und die Wirkungen von LEADER-Projekten auf regionaler Ebene einzubeziehen. *Abbildung 5* zeigt einen Überblick über die genutzten Erhebungsmethoden, die die Ebenen unterschiedlich stark adressieren. Im Folgenden werden die methodischen Bausteine näher beschrieben, zunächst folgt die Fallstudie.

Methode	Datengrundlage	n	Methodisches Ziel	Adressierte Analyseebenen
Dokumenten-analyse	• RES 2014-2020 Uckermark • RES 2023-2027 Uckermark • Abschlussevaluierung der RES (2021) • Aktionsplan Regionalbudget LAG Uckermark 2025 (nicht veröffentlicht) • Abrechnung Regionalbudget LAG Uckermark 2024 (nicht veröffentlicht) • Projektübersicht LAG Uckermark 2014-2023 (nicht veröffentlicht) • LEADER-Richtlinie konsolidierte Fassung (2024) • Hinweise und Begriffsbestimmungen der LEADER-Richtlinie (2024) • LEADER-Richtlinie konsolidierte Fassung (2015)	8	• Identifikation der in Richtlinien, Strategien, Evaluationen und Projektdokumenten programmatisch verankerten Bedingungen, Indikatoren und Ansatzpunkte von Demokratieförderung in LEADER (z.B. demokratischen Prinzipien, Beteiligungsmechanismen, Transparenzanforderungen)	• EU-Strukturen und Richtlinien • Regionale Entwicklungsstrategie (RES) • LAG-Prozesse • Projektebene
Fokusgruppen	• Fokusgruppentranskripte	2	• Erfahrungen, Wahrnehmungen und Aushandlungsprozesse zentraler Akteursgruppen in der Uckermark erfassen, um Wirkungsmechanismen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von LEADER in Bezug auf Demokratieförderung sichtbar zu machen • Innen- und Außenperspektive von LAG-/RAK-Akteure, Projektträger:innen und kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren	• LAG-Prozesse • Projektebene
Leitfaden-gestützte Interviews	• Interviewtranskripte	2	• Einordnung und Erweiterung der Fallstudienresultate durch vergleichende Perspektiven anderer Regionalmanagements in Brandenburg sowie Identifikation übertragbarer Einschätzungen und Praxiserfahrungen	• LAG-Prozesse • Projektebene

Abbildung 5: Übersicht der Erhebungsmethoden, Datengrundlage, Anzahl der Daten (n), methodischen Ziele und der jeweils adressierten Analyseebenen (eigene Darstellung)

3.2. Fallstudie Uckermark

3.2.1. Fallauswahl

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist die LEADER-Region Uckermark. Sie dient exemplarisch als Fallstudie für eine der 14 LEADER-Regionen in Brandenburg. Die LEADER-Region Uckermark wurde ausgewählt, weil die LAG Uckermark einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Themenbereiche Demokratie und Schutz vor Antidemokratie legt und der Feldzugang so erleichtert wurde (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024; Auskunft Regionalmanagement 06.12.2025). Zudem sprechen die Organisationsstruktur mit regionalen Arbeitskreisen sowie die gesellschaftspolitischen Besonderheiten der Uckermark, insbesondere das gleichzeitige Vorhandensein einer engagierten Zivilgesellschaft und demokratiefeindlicher Einstellungen, für die Auswahl der Region als Fallstudie. Im Folgenden werden Aspekte der Fallauswahl und -abgrenzung näher erläutert, indem die Uckermark geografisch und sozioökonomisch als Region in Brandenburg eingeordnet und die LEADER-Strukturen der Region vorgestellt werden.

3.2.2. Räumliche und strukturelle Einordnung der Uckermark

Die Uckermark ist flächenbezogen der größte Landkreis Brandenburgs und bildet zugleich die LEADER-Fördergebietskulisse (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024). Sie liegt im Nordosten des Landes, grenzt im Norden an Mecklenburg-Vorpommern, im Osten an Polen und liegt etwa 80 Kilometer nördlich von Berlin. Mit 116.763 Einwohnenden (Stand 31.08.2025) gehört sie zu den am dünnsten besiedelten Regionen Deutschlands. Die Bevölkerungsdichte liegt bei rund 38 Einwohnenden je Quadratkilometer. (Landkreis Uckermark, 2020b)

Nur 7% der Fläche entfällt auf Siedlung und Verkehr, der Rest ist durch über 500 Seen, Moore, Wälder und offene Landschaften gekennzeichnet (Die Bundeswahlleiterin, 2026b; Landkreis Uckermark, 2020b). Der Nationalpark Unteres Odertal im Osten, das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin im Norden und der Naturpark Uckermärkische Seen im Westen gehören zu wichtigen Schutz- und Erholungsgebieten der Region. Die starke naturräumliche Prägung der Uckermark machen die Region einerseits zu einer beliebten Tourismusregion und erschweren andererseits die flächendeckende Daseinsvorsorge (Landkreis Uckermark, 2020b; Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024).

Historisch ist die Uckermark stark von ihrer Lage als Grenz- und Durchgangsraum geprägt. Bedeutsame Ereignisse waren unter anderem Zerstörungen der Städte Schwedt, Prenzlau und Gartz im Zweiten Weltkrieg sowie Gebietsreformen während der DDR-Zeit und in den 1990er Jahren (Landkreis Uckermark, 2020). Der heutige Landkreis Uckermark entstand 1993 aus der Zusammenlegung von mehreren Altkreisen und der Stadt Schwedt/Oder. Diese Verwaltungsneugliederung war Teil größerer Transformationsprozesse nach der Wiedervereinigung (Landkreis Uckermark, 2020a).

Sozioökonomisch ist die Uckermark landwirtschaftlich und industriell geprägt. Kleine und mittlere Unternehmen spielen eine tragende Rolle in der Wirtschaftsstruktur, besonders die Sektoren produzierendes Gewerbe durch den großen Mineralöl- und Papierindustriestandort Schwedt, der Tourismus, sowie die Landwirtschaft bringen hohe Wertschöpfung ein, wobei letztere auch für Brandenburg von überregionaler Bedeutung ist (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024).⁹ Gleichzeitig verzeichnet der Landkreis zwar eine sinkende, aber weiterhin vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote von 10,6% Ende 2023 (Die Bundeswahlleiterin, 2026b). Vor allem demografische Veränderungen und Fachkräftemangel durch Abwanderung fordern den Arbeitsmarkt besonders heraus (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024).

Eine gesicherte Daseinsvorsorge und der Ausbau öffentlicher Infrastruktur zählen zu weiteren Herausforderungen in der regionalen Entwicklung. Die große Fläche und die geringe Bevölkerungsdichte erschweren den Ausbau und die Aufrechterhaltung der öffentlichen (Verkehrs-)Infrastruktur. Zwar werden der Schienen- und Busverkehr sowie Breitband weiter ausgebaut, jedoch bleiben in dünn besiedelten Teilen der Region Versorgungslücken bestehen (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024). Auch die medizinische Versorgung, Bildung und soziale Infrastruktur ist nicht ausreichend

⁹ Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung Brandenburgs im land- und forstwirtschaftlichen Bereich beträgt 10,9% (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024, S. 20)

gedeckt, Ursachen sind Abwanderung¹⁰ und Alterung, die räumliche Konzentration von Einrichtungen, fehlende finanzielle Spielräume der kommunalen Haushalte und eine im Bundesvergleich geringe wirtschaftliche Wertschöpfung (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e. V., 2024). Die Städte Prenzlau, Angermünde, Schwedt/Oder und Templin übernehmen als Mittelzentren zentrale Funktionen für Daseinsvorsorge und Verwaltung in der Region (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024).

Trotz ihrer strukturellen Schwächen entwickelt die Uckermark in mehreren Bereichen Innovations- und Zukunftspotentiale. Dies zeigt sich etwa in der Vorreiterfunktion in der regionalen Energieversorgung, die zu 86% aus erneuerbaren Energien gespeist wird (Landkreis Uckermark, 2022, S. 7). Projekte zu innovativen Energiespeicheroptionen und Biokreislaufökonomie sollen die Uckermark als Energieregion nachhaltig stärken. In der Landwirtschaft werden regionale Vermarktung, Ökolandbau und kleine Verarbeitungs- und Absatzstrukturen gezielt gefördert, wirtschaftlich setzt die Region auf nachhaltige Tourismuskonzepte und die Schaffung von Anreizen für Existenzgründungen junger Unternehmer*innen. Die Region ist beliebter Zweitwohnsitz für Städter*innen, was einerseits positiv für die Belegung ungenutzter Häuser ist, andererseits Konflikte zwischen Zugezogenen und Einheimischen birgt und temporäre Leerstände bringt. (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024)

Die Region profitiert von einem breiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk an Akteur*innen, die sich aktiv an regionalen Entwicklungsprozessen beteiligen und sich für den Zusammenhalt vor Ort einsetzen (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024). Nach Potsdam besitzt der Landkreis die zweithöchste Vereinsdichte Brandenburgs mit über 800 Vereinen pro 100.000 Einwohnenden, sowie auf die Fläche gesehen eine sehr hohe Anzahl an engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen, wie z.B. Freiwilligenagenturen (Priller et al., 2013). Gleichzeitig sind rechtspopulistische bis rechtsextreme Akteur*innen in der Uckermark organisiert, die versuchen, ihr rechtsextremistisches Gedankengut zu verbreiten (Klein et al., 2022; Landesregierung Brandenburg, 2026b). Ein Beispiel dafür ist ein Vorfall völkischer Landnahme von Reichsbürgern und Anhängern der Anastasia-Bewegung in Rutenberg, einem Ortsteil von Lychen (Klein et al., 2022; Körting, 2023).

3.2.3. Organisationsstruktur- und verfahren der LAG Uckermark

Als spezifischer Untersuchungsgegenstand wird im Folgenden die vor Ort verankerte LEADER-Struktur vorgestellt, da diese für die kontextspezifische Einordnung der Ergebnisse relevant ist.

LEADER wird in der Uckermark bereits seit fast zwei Jahrzehnten als Instrument zur Regionalentwicklung genutzt. 2007 gründete sich die Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V. als Zusammenschluss von Akteur*innen aus Wirtschafts- und Sozialpartnern und kommunalen Vertreter*innen. Im Rahmen der LAG wurde in der Uckermark eine zusätzliche Organisationsebene eingeführt: Aufgrund der großen Fläche der LEADER-Gebietskulisse haben sich drei regionale Arbeitskreise (RAK) gegründet, namentlich

¹⁰ Seit 2011 verzeichnet der Landkreis einen Bevölkerungsrückgang von minus 4,8%, Stand 2022 (Wegweiser Kommune, 2026).



Abbildung 6: Regionale Arbeitskreise der LAG Uckermark (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., o.J.-c)

die Naturparkregion Uckermärkische Seen im Westen, zentral die UckerRegion und im Osten die Nationalparkregion Unteres Odertal (Abbildung 6).

In den RAKs sind jeweils ca. 10-15 weitere Akteur*innen zusätzlich zur LAG aktiv. Aktuell hat die LAG Uckermark 19 Mitglieder. Der Vorstand ist mit fünf Personen besetzt, jeweils eine Vertretung aus den drei regionalen Arbeitskreisen, der Sparkasse Uckermark sowie des Landkreises Uckermark. Der Verein arbeitet nach den sieben grundlegenden Prinzipien von LEADER (Abbildung 1), die auch in der Satzung verankert sind. Die LAG beschäftigt drei Regionalmanager*innen, die in ihren jeweiligen RAK-Regionen als Projektleitung fungieren. Sie beraten Antragstellende, kommunizieren mit der Bewilligungsstelle sowie der Öffentlichkeit und unterstützen die Gremienarbeit von LAG und RAK. (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024).

Seit 2025 gibt es in der Uckermark die Young-LEADER-Gruppe, in der junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren in der LAG mitbestimmen, eigene Projekte wie Veranstaltungen umsetzen, sich mit Jugendlichen in der Region und anderen europäischen Young LEADER-Gruppen vernetzen und über die LAG Unterstützung bei der Projektförderung erhalten. (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., o. J.-b)

Für die aktuelle Förderperiode 2023-2027 stehen der LAG 13,8 Mio. € EU-Fördermittel für den regionalen Einsatz bereit (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., o.J.-a). Gefördert wird nach den folgenden thematischen Handlungsfeldern, die in der RES der aktuellen Förderperiode festgehalten sind:

- **Lebensqualität und Teilhabe:** Die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe, Daseinsvorsorge, attraktiver und zukunftsfähiger Dörfer
- **Regionale Produkte und Wertschöpfung:** Die Förderung regionaler Wirtschaft und Vermarktung regionaler Produkte
- **Nachhaltiger Tourismus:** Die Förderung touristischer Infrastruktur und touristischer Angebotsqualität (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024, S. 44)

Um eine effektive Mittelverteilung zu gewährleisten, hat sich die LAG zudem räumliche Förderschwerpunkte für die Handlungsfelder gesetzt: Die Umsetzung der Handlungsfelder Regionale Produkte und Wertschöpfung sowie die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe beziehen sich auf die gesamte LAG-Region, wohingegen die Förderung von Daseinsvorsorge und attraktiven Dörfern primär in regionalplanerisch festgelegten grundfunktionalen Schwerpunktorten unterstützt wird. Im Handlungsfeld Tourismus werden touristische Achsen und die Nationalen Naturlandschaften räumlich fokussiert (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024). Zudem wurden schwerpunktübergreifende Aufgaben im Sinne eines integrativen Ansatzes festgelegt: „Integration und Inklusion, Kooperation, Innovation, Digitalisierung sowie Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“ sollen in allen Projekten im Blick behalten werden und das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024, S. 48).

Entsprechend der definierten Handlungsfelder können sowohl „große“ LEADER-Projekte mit hohen Mittelsummen als auch kleinere Projekte mit bis zu 12.000€ im Rahmen des Regionalbudgets gefördert werden (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., o. J.). Über das Regionalbudget wird seit 2024 eine „engagierte, aktive und eigenverantwortliche Entwicklung im ländlichen Raum der Uckermark durch die Förderung von Kleinprojekten unterstützt“ (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024, S. 79). Dabei können über ein niedrigschwelliges Antragsverfahren Investitionsausgaben für gemeinwohlorientierte nichtwirtschaftliche Zwecke gefördert werden, vor allem Projekte mit Bezug auf den Schwerpunkt Lebensqualität und Teilhabe (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024; MLUK, 2024a). Für das Regionalbudget stellte die LAG 2024 und 2025 jeweils 100.000€ für Projekte bereit (Aktionsplan Regionalbudget 2024 und 2025).

Das Projektauswahlverfahren und die Zuständigkeiten sind in der Geschäftsordnung der LAG Uckermark geregelt. Zweimal im Jahr finden Projektaufrufe statt, in denen Projektanträge im Rahmen von LEADER gestellt werden können. Das Regionalmanagement berät Antragstellende. Eingehende Anträge werden zunächst auf Mindestkriterien, wie der Präsenz eines*r Projektträger*in, örtlichen Passung zur Gebietskulisse, Nachweis des Eigenanteils und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit sowie der Achtung von Demokratie und Menschenwürde vom Regionalmanagement geprüft. Danach werden 16 Kriterien angewendet, nach denen der Beitrag des Projekts zur regionalen Entwicklungsstrategie bewertet wird. Alle Kriterien sind öffentlich und transparent in der regionalen Entwicklungsstrategie einsehbar. Eingehende Projektanträge werden nach dem jeweiligen Projektstandort in den zuständigen regionalen Arbeitskreisen (RAK) durch das Regionalmanagement vorgestellt und anhand der Projektauswahlkriterien diskutiert. Die RAKs geben eine Empfehlung zur Projektbewertung an die LAG

weiter, die dann final abstimmt und den RAK über die Entscheidung informiert. Nach einem positiven Votum stellt der/die Projektträger*in den Antrag bei der Bewilligungsstelle in Prenzlau. (Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V., 2024)

Die Organisationsstruktur der LAG Uckermark setzt die Rahmenbedingungen, unter denen demokratiefördernde Aspekte auftreten können und trägt zum Verständnis der Analyseebenen bei. Zunächst wird die Bildung der Kategorien beschrieben, anhand derer die Fallregion Uckermark analysiert wird.

3.3. Kategorienbildung

Die Kategorienbildung folgt dem Prozess der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz & Rädiker (2024) und dient einer strukturierten und nachvollziehbaren Erhebung, die die Vergleichbarkeit der verschiedenen Daten sichert. Dafür habe ich ein deduktiv-induktives Vorgehen gewählt: Zunächst wurde auf Grundlage von Theorie und Forschungsstand ein Kategoriensystem entwickelt, das als Bezugsrahmen für die induktive Bildung von Kategorien aus dem Datenmaterial dient (Kuckartz & Rädiker, 2024). Dieses Vorgehen stellt sicher, dass die Datenauswertung theoriegeleitet abläuft, aber gleichzeitig offen für neue Aspekte bleibt. Zunächst wurden Analysekategorien zur Untersuchung einzelner Aspekte der Demokratieförderung entwickelt. In *Kapitel 2.3.2.* ist die Herleitung dieser Kategorien auf Grundlage des Modells von Walter & Ehnert (2022) beschrieben: Die Einteilung der Dimensionen **Individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung**, **Verfahrensentwicklung** und **Struktursicherung und -entwicklung** habe ich übernommen und um eine vierte Dimension, dem **Schutz der Demokratie** in LEADER zur Beantwortung der zweiten Forschungsfrage ergänzt. Unter diesen Dimensionen habe ich breit gefasste Hauptkategorien deduktiv abgeleitet, basierend auf dem deliberativ-pluralistischen Demokratieverständnis (*Kapitel 2.2.1*), fallorientiert in Bezug auf die Förderstruktur von LEADER (*Kapitel 2.1.*) und theoriegeleitet anhand ausgewählter Aspekte der Demokratietheorie und empirischen Studien (*Kapitel 2.3.2.*). Zusätzlich ergänze ich die Kategorie Verständnis von Demokratie (H0), um sowohl die Vielfalt demokratischer Verständnisse als auch normativer Anforderungen von befragten Akteur*innen an Demokratie abzubilden und Ergebnisse kontextuell einzuordnen. Subkategorien habe ich induktiv während der Kodierung aus dem Material entwickelt (*Kapitel 3.7.*). Die deduktiven Kategorien sind in *Tabelle 1* dargestellt, eine ausführliche Darstellung der Kategorien mit Definitionen, Quellenverweisen und Ankerbeispielen sind im Codebook in *Anhang 1.2.* aufgeführt.

Tabelle 1: Kategorien zur Messung der Demokratieförderung in LEADER

Nr	Hauptkategorie	Definition
H0	Verständnis von Demokratie	Wie Akteur*innen Demokratie sprachlich fassen und verstehen (Demokratie als Beteiligung, Ordnung, Staatsform; demokratischen Zusammenhalt als Harmonie vs. als konfliktfähige Solidarität etc.).
Individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung		
H1	Demokratiewissen	Äußerungen und messbare Veränderungen oder Beschreibungen über den Wissenszuwachs von an LEADER Beteiligten über Demokratie, Grund- und Menschenrechte, (politische) Beteiligungsmöglichkeiten und kommunale Entscheidungsstrukturen, Rechte von Kindern/Jugendlichen etc.
H2	Selbstwirksamkeit	Äußerungen und messbare Veränderungen oder Beschreibungen über die Beteiligungsbereitschaft von an LEADER aktiv Beteiligten (z.B. Projektträger*innen), eigene Selbstwirksamkeit, ausgelöst durch LEADER Prozesse (z.B. LEADER-Förderantrag stellen). Darunter fallen auch Initiativen, die von Teilnehmenden angestoßen wurden (z.B. Projektvorschläge, Stellungnahmen, Teilnahme an Sitzungen).
H3	Demokratische Handlungskompetenzen	Selbstberichtete oder beobachtete Fähigkeit, eigene Rechte einzufordern, Konflikte konstruktiv auszuhandeln, Widerspruch zu äußern. Bereitschaft, eigene Positionen in Frage zu stellen, Perspektiven zu erkennen oder zu wechseln, Gründe anzuerkennen und Kompromisse zu schließen.
H4	Demokratische Werte	Äußerungen und messbare Veränderungen oder Beschreibungen zur Entwicklung oder Stärkung demokratischer Werte und Haltungen, wie der Akzeptanz von Vielfalt, Inklusion, Meinungsvielfalt, Bedeutung von Beteiligung, Anerkennung von Kinderrechten.
Verfahrensentwicklung		
H5	(Wahrgenommene) demokratische Legitimität	Äußerungen dazu, ob Entscheidungen der LAG bzw. LEADER Prozesse als „gerecht“, „repräsentativ“ und an die öffentliche Meinung rückgebunden erlebt werden. Zudem Prozesse und Transparenz, die zur Legitimierung von Entscheidungsträger*innen beitragen.
H6	Qualität der Beteiligung	Äußerungen und Berichte zum Gefühl und Grad der Mitbestimmung (Information, Konsultation, Mitentscheidung) in LEADER-Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen. Zudem werden Transparenzindikatoren vermerkt (öffentliche Einladung, Dokumentation, Rückkopplung von Ergebnissen). Bewertungen der Verfahrensgestaltung im Sinne der Frage, ob deliberative Beteiligung für die beteiligten Akteur*innen praktikabel („zumutbar“) ist, z.B. Zeitaufwand, Verständlichkeit, Ressourcen, Moderationsqualität.
H7	Transparenz und Öffentlichkeit der Entscheidungsprozesse in der Region	Außenwahrnehmung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit der LEADER Entscheidungsprozesse in der Region, darunter Transparenz des Projektauswahlverfahrens, Bekanntmachung von Entscheidungen.

H8	Diskursklima, Konfliktbearbeitung und Deliberationsqualität	Aussagen oder Berichte darüber, wie mit Konflikten in Beteiligungsverfahren umgegangen wurde (z.B. moderierte Runden, Mediation, Kompromisslösungen). Selbsteinschätzungen zu Konfliktlösungs- und Aushandlungskompetenzen im Rahmen von LEADER. Hinweise darauf, ob bestimmte Gruppen systematisch die Debatte dominieren bzw. ob marginalisierte Gruppen sich äußern können (Redeanteile, Unterbrechungen, Moderationsstrategien). Äußerungen und Beobachtungen zur Qualität der Argumente und zum fairen Gehört-Werden verschiedener Positionen (z.B. Begründungspflicht, Bezug auf gemeinsame Probleme, Reflexion eigener Interessen).
H9	Reichweite & Inklusion	Anzahl und Vielfalt der beteiligten Akteursgruppen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Herkunft, Organisationsform) in LEADER-Gremien, Beteiligungsformaten, Workshops. Hinweise oder Anteile bisher unterrepräsentierter Gruppen, die neu einbezogen werden (z.B. Jugendverbände, Migrant*innenorganisationen, kleine Vereine).

Struktursicherung: institutionelle Verankerung

H10	Institutionelle Verankerung und Ressourcen intern	Institutionelle Verankerung von Demokratieförderung / Bürgerbeteiligung intern in LAG-Arbeit: Zahl und Typ neu geschaffener bzw. weiterentwickelter Gremien, Beiräte, Arbeitsgruppen mit demokratischem Mandat (z.B. Jugendbeteiligung im LEADER-Kontext, Kooperation mit Demokratiebündnis/Partnerschaft für Demokratie). Verstetigung: Aufnahme in Satzungen, Geschäftsordnungen, Förderrichtlinien oder regionale Entwicklungskonzepte. Stabilität und Kontinuität von geschaffenen Beteiligungsstrukturen im Zeitverlauf
H11	Befähigung lokaler Akteur*innen zur Selbstorganisation	Verfügbarkeit von Beratung und Unterstützung für lokale Akteur*innen bei zivilgesellschaftlichen Vorhaben oder Projektentwicklung, besonders derer mit demokratischem Fokus.
H12	Institutionelle Verankerung: Aufbau von sozialen Orten und Ressourcen extern	Durch LEADER Prozesse ausgelöste institutionelle Verankerung (z.B. durch Projektverstetigungen) oder Gründung von demokratiefördernden Gruppen/Netzwerken. Zivilgesellschaftlicher Kapazitätsaufbau durch neue Kooperationen oder neue Orte der Demokratie und Begegnung, Soziale Orte. Hinweise auf fest verankerte Verfahren, Ergebnisse aus Beteiligungsprozessen, die sich in spätere Entscheidungen rückkoppeln.

Schutz von Demokratie in LEADER

H13	Umgang mit Antidemokratie	Äußerungen und Berichte zum bisherigen Umgang mit antidemokratischen Projektträger*innen, Haltungen oder Vereinnahmungsversuchen. Erfahrungen, welche Mittel und Maßnahmen in LAGs genutzt werden, um in Konfliktsituationen mit Antidemokratie „funktionsfähig“ zu bleiben und den demokratischen Schutz zu wahren, wie Probleme sichtbar gemacht und kommuniziert werden.
H14	Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Demokratie vor Extremismus	Präventive Maßnahmen (z.B. Administrative Ansätze wie Satzungsänderung, Anpassung der Projektauswahlkriterien, Themensetzung in der RES oder Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkaufbau, Sensibilisierung und Weiterbildung) zum Erkennen und Umgang mit antidemokratischen Inhalten, Akteur*innen und Narrativen in der LAG und LEADER-Prozessen.

3.4. Fokusgruppen

Zur Erhebung der Perspektiven auf das Forschungsthema in der Fallregion Uckermark habe ich zwei Fokusgruppen durchgeführt. Die Fokusgruppe ist eine Erhebungsmethode aus der qualitativen Sozialforschung, die Daten durch die Interaktion innerhalb der Gruppe zu einem vom Forschenden festgelegten Thema gewinnt (Bär et al., 2020; Morgan, 1997). Fokusgruppen bieten den Vorteil, einen alltagsnahen Diskussionsraum zu schaffen, der soziale Repräsentationen, gemeinsame Wirklichkeiten sowie Aushandlungsprozesse abbilden kann, die in Einzelinterviews weniger zugänglich wären. In der Fokusgruppe geht es im Gegensatz zur Methode der Gruppendiskussion mehr um den Entstehungs- und Veränderungsprozess der Inhalte, als um die Gruppendynamiken (Gruppendiskussionen) oder um eine strukturierte Befragung (Gruppeninterviews) (Bär et al., 2020). Die Methode eignet sich für die Forschungsfrage besonders, da im Sinne eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses eine hohe Anzahl an Teilnehmenden befragt und Themenblöcke aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden können.

Entsprechend Breiling (2000) wurden Realgruppen zusammengestellt, was bedeutet, dass Teilnehmende bereits einen gemeinsamen Hintergrund teilen und sich überwiegend kennen, in diesem Fall über regionale oder LEADER-bezogene Zusammenarbeit. Realgruppen haben den Vorteil, dass Diskussionen häufig leichter in Gang kommen können, da keine „kulturellen oder statusmäßigen Barrieren überwunden werden müssen“ (Breiling, 2000, S. 49). Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte gezielt über die direkte Ansprache relevanter Akteur*innen und nicht über ein Vollständigkeits- oder Quotenverfahren (Breiling, 2000). Damit alle Teilnehmenden die Möglichkeit zur Beteiligung während der Fokusgruppe bekommen, wurde die Gruppengröße auf maximal zehn Personen begrenzt (Breiling, 2000). Ein Kriterium für die Auswahl der Teilnehmenden war, verschiedene Blickwinkel auf das Programm LEADER und damit sowohl Innen- als auch Außenperspektiven auf die regionale Entwicklung einzubeziehen, die die heterogene Akteurslandschaft der Fallregion abbilden. Dabei wurde folgende Zusammensetzung an Teilnehmenden angestrebt:

- **Fokusgruppe 1 (Innenblick):** Mitglieder der LAG Uckermark sowie der regionalen Arbeitskreise zur Analyse der internen Demokratieförderung.
- **Fokusgruppe 2 (Außenblick):** Projektträger*innen, Zivilgesellschaft zur Analyse der Wahrnehmung der Demokratiewirkung von außen.

Ziel beider Fokusgruppen war es, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Aushandlungsprozesse zentraler Akteursgruppen in der Uckermark erfassen, um Wirkungsmechanismen, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse von LEADER in Bezug auf Demokratieförderung sichtbar zu machen.

Beide Fokusgruppen habe ich Ende Januar in Präsenz in Räumlichkeiten der Stadt Lychen jeweils über zwei Stunden durchgeführt und moderiert. Durch die Standortwahl und damit einhergehende Erreichbarkeit, Verfügbarkeit von Kontakten und zur Eingrenzung eines überschaubaren Untersuchungsgebiets wurde sich in den Fokusgruppen primär auf den regionalen Arbeitskreis „Uckermärkische Seen“ fokussiert. Der Ablauf von Fokusgruppen charakterisiert sich durch Informationsinputs, die thematisch strukturierte Diskussionen anregen und ausreichend Raum für Gruppenprozesse bieten (Breiling, 2000). Für einen aktiven Einstieg wurde jeweils eine Übung zur Bedeutung von LEADER und Demokratie genutzt. Danach gab es drei Diskussionsrunden zu verschiedenen Themenblöcken, die sich an den Analysedimensionen und -kategorien orientieren. Die

detaillierten Abläufe beider Fokusgruppen sind im *Anhang 1.3. und 1.4.* zu finden. Bei der Auswahl und Anfrage der Teilnehmenden unterstützte das Regionalmanagement. An beiden Fokusgruppen nahm eine Person aus dem Regionalmanagement als aktive*r Teilnehmer*in sowie ein Vertreter der KBS als beobachtender Teilnehmer teil.

Fokusgruppe 1

Die erste Fokusgruppe fand am 27.01.26 mit neun Teilnehmenden statt (*Abbildung 7*). Darunter waren Vertreter*innen der Young LEADER Gruppe (2), RAK-Mitglieder (5), LAG-Mitglieder (2), Projektträger*in (1), Presse (1), wobei einige Teilnehmende sowohl in LAG als auch im RAK Mitglied sind. Im ersten Themenblock ging es um die Außenwirkung von LEADER sowie Fragen zur Beteiligungsstruktur und Transparenz, die Erkenntnisse für die Dimensionen Verfahrens- und Struktursicherung bringen sollten. Der zweite Block thematisierte LAG-interne Strukturen und Prozesse (Verfahrenssicherung) sowie durch die Arbeit in den Gremien ausgelöste Lerneffekte Einzelner (individuelle Kompetenz- und Handlungsentwicklung). Eine Karikatur leitete diesen Block als Diskussionsanreger ein (*Anhang 1.5.*). Im dritten Block ging es um den Schutz der Demokratie in LEADER mit der Frage nach Erfahrungen mit antidemokratischen Einflüssen in der LAG und genutzten und gewünschten Maßnahmen zur Prävention/Abwehr dieser. In der Abschlussrunde wurden Botschaften an die Verwaltung und Landespolitik gesammelt.



Abbildung 7: Eindrücke der Fokusgruppe 1 am 27.01.26 in Lychen

Fokusgruppe 2

Die zweite Fokusgruppe fand am 28.01.26 mit sechs Teilnehmenden statt. Darunter waren Projektträger*innen (2), Vertreter*innen aus der Verwaltung des Landkreis Uckermark (2) und eine Person eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses für Demokratie (1). Der Ablauf ähnelt der ersten Fokusgruppe mit Abweichungen in der thematischen Fokussierung der Diskussionsrunden. Nach der Einstiegsübung folgte ein Kurzinput, indem ich die Grundlagen von LEADER in der Uckermark erklärt habe, um einen gemeinsamen Wissensstand unter Teilnehmenden mit unterschiedlichen Berührungspunkten zu LEADER zu gewährleisten. Der erste Themenblock fokussierte die Wahrnehmung von LEADER und Beteiligungsmöglichkeiten in der Region (Struktur- und Verfahrenssicherung). Im zweiten Themenblock wurden Erfahrungen, Lernprozesse & Selbstwirksamkeit in Bezug auf das Programm abgefragt (Individuelle Kompetenzen und Verfahrenssicherung). Themenblock drei thematisiert die Frage nach dem Umgang mit antidemokratischen Vorfällen oder Situationen aus der Außenperspektive und die Frage, was demokratische Kultur in der Uckermark stärkt (Schutz der Demokratie).

Die Fokusgruppen habe ich nach Einverständnis der Teilnehmenden (Muster der Einverständniserklärung in *Anhang 1.6.*) aufgenommen, über die Software UniScribe (VanCode LLC, 2026) vortranskribiert und manuell nachbearbeitet. Folgende Transkriptionsregeln wendete ich dabei an: Es wurde wörtlich transkribiert, wobei die Sprache geglättet wurde, etwa durch die Anpassung von Dialekten, die Reduktion von Füllwörtern und die Kürzung von Wortwiederholungen. Die

Anonymisierung erfolgte in Anlehnung an Meyermann & Porzelt (2014) durch die Ersetzung von Namen von Personen, Projekten und Orten durch Platzhalter, die inhaltlich kenntlich gemacht wurden, zum Beispiel <NAME>. Nicht anonymisiert wurden nach Rücksprache mit einzelnen Teilnehmenden der Fokusgruppen Projekt- oder Ortsnamen, die nicht im Bezug zu interviewten Personen stehen, da diese zur Analyse beitragen. Die Auswertung der Interviews ist in *Kapitel 3.7.* dargestellt.

3.5. Leitfadengestützte Interviews

Zusätzlich wurden weitere Interviews mit Regionalmanagements aus drei verschiedenen Regionen Brandenburgs für jeweils 30-45 Minuten online durchgeführt. Die Methode des leitfadengestützten eignet sich, weil sie offene, vorstrukturierte Gespräche ermöglicht und die Befragten dazu anregt, ihr Erfahrungs- und Handlungswissen in eigenen Formulierungen zu teilen (Flick et al., 1995). Regionalmanager*innen wurden als Interviewpartner*innen ausgewählt, da sie an der Schnittstelle zwischen Akteur*innen vor Ort, LAG und Verwaltungsebenen verortet sind, wodurch sie viel Wissen und Erfahrungen über Dynamiken und Prozesse der LEADER-Region besitzen.

Das erste Interview fand am 19.02.2026 mit drei Regionalmanager*innen¹¹ aus zwei verschiedenen LEADER-Regionen statt, das zweite Interview am 09.04.2026 mit einer Person aus dem Regionalmanagement einer weiteren LEADER-Region. Ziel der Interviews war es, die regionsspezifischen Ergebnisse der Fokusgruppen in den Brandenburger Kontext zu setzen, um Erfahrungen anderer LAGn zu ergänzen oder zu kontrastieren und eine fallübergreifende Vergleichbarkeit herzustellen. Für die Auswahl der Interviewpartner*innen war eine geografische Verteilung in Brandenburg, eine Varianz in der sozioökonomischen Struktur und Entfernung zu Großstädten wichtig.

Tabelle 2: Übersicht über ausgewählte LEADER-Regionen für leitfadengestützte Interviews

Region	Lage	Regionale Merkmale	LEADER-Status
Region A	Angrenzend an Großstadt	Gemischte Struktur, städtische Zentren	LEADER-Region seit über 10 Jahren
Region B	Ländlich-peripher	Strukturschwach, geringe Besiedelung, höhere Arbeitslosigkeit	LEADER-Region seit über 5 Jahren
Region C	Umland an Großstadt	Starkes West-Ost-Gefälle: Berlin-naher Westen vs. peripherer Osten, Pendlerverkehr	LEADER-Region seit über 10 Jahren

Interviewt wurden vier Regionalmanager*innen aus (1) einer großstadtnahen Region mit gemischter Struktur (Region A), (2) einer strukturschwachen, peripheren Region (Region B) und (3) einer Region mit starkem inner-regionalem Gefälle (Region C) (*Tabelle 2*). Alle drei Regionen sind wie die Uckermark etablierte LEADER-Gebiete, was zur Übertragbarkeit der Ergebnisse beiträgt.

Für den Interviewleitfaden (*Anhang 1.7.*) wurden die Themenblöcke und Leitfragen der ersten Fokusgruppe mit LEADER-internen Akteur*innen genutzt und minimal angepasst, um Aussagen zu den

¹¹ Transparenzhinweis: Am ersten Interview nahm zudem ein*e Mitarbeiter*in des mit dem Regionalmanagement beauftragten Büros in beobachtender Funktion teil (Sprecher*in 2).

gleichen Themen vergleichen zu können. Die Interviews wurden nach Einverständnis der Teilnehmenden aufgenommen und nach den in *Kapitel 3.4.* genannten Regeln transkribiert.

3.6. Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse diente dazu, die in den LEADER-Prozessen verankerten Bedingungen und Aspekte der Demokratieförderung zu identifizieren, sowohl in Hinblick auf die formalen Möglichkeiten innerhalb der Brandenburger Richtlinie als auch auf deren Umsetzung in der Uckermark. Damit stellt die Dokumentenanalyse eine wichtige Ergänzung zu den Fokusgruppen und Interviews dar, da sie die LEADER-Rahmenbedingungen in Bezug zur praktischen Umsetzung von LEADER setzt.

Das Vorgehen folgt dem Prozess der qualitativen kategorienbasierten Inhaltsanalyse nach Kuckartz & Rädiker (2024) und wird im folgenden *Kapitel 3.7.* detailliert beschrieben. Kriterien für die Auswahl der Daten waren die Datenverfügbarkeit und der Bezug zur Förderperiode 2014-2022 und 2023-2027. Die ausgewählten Dokumente sind in *Abbildung 5* und im *Anhang 3.1.* in ausführlicher Form dargestellt. Die Analyse der Richtlinie von 2015 für die Förderperiode 2014-2022 sowie der Regionalen Entwicklungsstrategie von 2014 erfolgte primär unter Einbezug der wesentlichen Änderungen gegenüber der Richtlinie und RES der aktuellen Förderperiode 2023-2027. Bis auf die aktuelle RES 2023-2027 (öffentlich einsehbar) wurden die regionsspezifischen Daten vom Regionalmanagement der LAG Uckermark bereitgestellt. Aus Datenschutzgründen werden aus den Dokumenten Aktionsplan, Abrechnung und Projektdokumentation nur die Gesamtzahlen, Projektarten und Beispielprojekte in den Ergebnissen dargestellt.

3.7. Auswertung über kategorienbasierte Inhaltsanalyse

Die Auswertung aller erhobenen Daten erfolgte anhand der kategorienbasierten Inhaltsanalyse nach Kuckartz & Rädiker (2024). Die Analyse dient der strukturierten Verarbeitung von Inhalten durch Kategoriensysteme, um eine nachvollziehbare Interpretation qualitativer Daten zuzulassen (Kuckartz & Rädiker, 2024). Die Software MAXQDA unterstützte in der Analyse, da mit dieser hohe Mengen an Datenmaterial regelgeleitet aufbereitet und zusammengebracht werden können (VERBI Software, 2026). Diese Auswertungsform eignet sich besonders in Hinblick auf die Anwendbarkeit auf unterschiedliche Datenquellen, die aus dem Methodenmix hervorgehen. Die Analyse erfolgte anhand folgender Schritte:

1. **Initiierende Textarbeit:** Explorierende Phase zur Erfassung der wichtigsten Inhalte in Bezug auf Forschungsfrage und der intensiven Auseinandersetzung mit den einzelnen Daten; wichtige Gedanken wurden über das Erstellen von Memos festgehalten.
2. **Zweistufiger Codierungsprozess** nach Kodierregeln (*Anhang 1.2.*): Zuordnung der Textstellen zu den deduktiven Hauptkategorien (*Tabelle 1*) im ersten Durchlauf; Entwicklung von induktiven Subkategorien aus den Daten; Zuordnung der Textstellen zu Subkategorien im zweiten Durchlauf
3. **Analyse:** Entlang der Hauptkategorien wurden Ergebnisse in tabellarischer Übersicht zusammengetragen (*Anhang 4.*)

Fokusgruppentranskripte, Dokumente und Interviewtranskripte wurden nach diesem Schema nacheinander ausgewertet und in tabellarische Form gebracht, wobei Ergebnisse aus den Interviews nachträglich gesondert dargestellt werden.

4. Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Dokumenten-, Fokusgruppen- und Interviewanalyse dargestellt. Der Ergebnisteil ist entsprechend der Beantwortung der beiden Forschungsfragen in zwei Blöcke gegliedert. Zunächst wird der Beitrag von LEADER zur Demokratieförderung in Brandenburg entlang der ersten drei Dimensionen - **individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung, Verfahrensentwicklung** und **Struktursicherung und -entwicklung** - dargestellt. Danach folgt die Darstellung der Ergebnisse der vierten Dimension **Schutz der Demokratie**. Innerhalb aller Dimensionen wurden die Daten quellenübergreifend anhand der Kategorien zur Messung von Demokratieförderung in LEADER ausgewertet (*Kapitel 3.3.*) und miteinander in Beziehung gesetzt.

Im Mittelpunkt steht dabei die Fallregion Uckermark. Die Ergebnisse dieser Region werden zunächst für jede Dimension separat dargestellt und anschließend durch Ergebnisse aus den Interviews mit weiteren Regionalmanagements aus Brandenburg eingeordnet.

Vorangestellt sei ein Ergebnis aus den Fokusgruppen, das den wahrgenommenen Mehrwert von LEADER für die Fallregion Uckermark beschreibt. Auf die Frage, was LEADER für die Befragten in der Region bedeute, folgten die Antworten: Selbstwirksamkeit, Vielfalt, Verbindung (2x), Netzwerk, Bottom-up-Entscheidung in der Region, Entwicklung, Gewinn (2x) (*Anhang 5.1.*). Die Antworten geben bereits einen Hinweis auf die partizipativen und kooperativen Stärken des Programms, die für die Demokratieförderung in allen Dimensionen ausschlaggebend sind.

Die Datenreferenzen werden aus Lesbarkeitsgründen folglich abgekürzt: Angaben aus dem Transkript der ersten Fokusgruppe mit LEADER-Akteur*innen werden mit F1 und der zweiten Fokusgruppe mit LEADER-Netzwerk mit F2, die Interviewtranskripte mit IT1 und IT2, sowie die Sprecher*innen mit Spr. abgekürzt. Referenzen aus der Dokumentenanalyse werden mit direktem Bezug auf das jeweilige Dokument dargestellt.

4.1. LEADER und Demokratieförderung in Brandenburg

4.1.1. Individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung

LEADER ist programmatisch auf Beteiligung, Mitbestimmung und Vernetzung ausgerichtet. Die Daten zeigen, dass auf individueller Ebene in verschiedenen LEADER-Prozessen vor allem demokratische Handlungskompetenzen praktisch gelernt und Selbstwirksamkeitserfahrungen gestärkt werden.

Verständnis von Demokratie (H0): Die in *Abbildung 8* dargestellten Antworten aller Fokusgruppenteilnehmenden und Interviewten zur Bedeutung von Demokratie zeigen, dass Demokratie sich für diese an Werten orientiert („Toleranz“, „Gemeinsam“, „Meinungsvielfalt“), sowie auf persönlichen Handlungsebene wirkt („Aktive Mitgestaltung von Prozessen“, „Anstrengend“, „Austausch auf Augenhöhe“).



Abbildung 8: Zusammengefasste Antworten der Teilnehmenden der Interviews und Fokusgruppen zur Frage "Was bedeutet Demokratie für dich?"

Individuelles Wissen über Demokratie (H1)

LEADER stärkt individuelles Wissen über Demokratie in der Uckermark in erster Linie für LAG- und RAK-Mitglieder, indem Beteiligungsmöglichkeiten und -verfahren sowie kommunale Entscheidungsstrukturen erlernt werden. Ein*e Projektträger*in berichtet zudem, die eigene Motivation bei der LAG mitzumachen, sei vor allem die positiven und konstruktiven Diskussionen bei den Projektvorstellungen in Gremiensitzungen, die zur Beteiligung an Prozessen der Regionalentwicklung anregen (F1, 1:15:57, Spr. 4). Eine weitere Projektträger*in berichtet, dass durch die kooperativen Anforderungen in der Antragsstellung strategisches und netzwerkendes Denken gelernt werden konnte (F2, 1:08:15, Spr. 1).

Selbstwirksamkeit und Empowerment (H2)

Die Daten liefern Hinweise auf gestärkte Selbstwirksamkeit, wenn Akteur*innen erleben, dass sie Prozesse aktiv mitgestalten können. Empowerment und Selbstwirksamkeit von Antragssteller*innen werden vor allem durch Austausch- und Netzwerkmöglichkeiten, beispielsweise im Rahmen der Projektreise gestärkt (F2, 51:25, Spr. 1; F1, 20:05, Spr. 11). Insbesondere das Regionalbudget spielt für die Wirksamkeit des eigenen Tuns und Handelns der Akteur*innen eine wichtige Rolle und kann dem Gefühl einer Entscheidungslosigkeit und des Nicht-Gehört-Werdens entgegenwirken. Die Förderung

kleiner Initiativen wird als „Vertrauensvorschuss, den die nicht mehr gewöhnt sind zu bekommen“ beschrieben (F1, 37:40, Spr. 5). Eine Projektträger*in berichtet:

„Dass die Leute merken, da gibt es was für uns. Da kümmert sich wer um uns. Das, was wir an Ideen haben, wird wertgeschätzt. Und wir kriegen eine aktive Unterstützung. Und wir sind alle dabei.“ (F1, 37:40, Spr. 5)

Die „Unterstützung einer engagierten und aktiven eigenverantwortlichen ländlichen Entwicklung sowie Stärkung der Identität vor Ort in Form eines Regionalbudgets“ ist in der Richtlinie in allen LAGn umzusetzen (LEADER-Richtlinie 2024, S. 20).

Bestimmte Gruppen werden über die Projektförderung gezielt in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt: Die RES der Uckermark nennt insbesondere Klein- und Kleinstunternehmer*innen¹², die Förderung von Frauen durch Bereitstellung von „Kooperations- und Vernetzungsstrukturen“ sowie die gezielte Unterstützung Ehrenamtlicher und von ehrenamtlichem Engagement (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 36-37). Zudem steigern kooperativen Maßnahmen, die im Rahmen der Projektentwicklung mit potentiellen Nutzer*innen entstehen, die lokale und individuelle Verantwortungsübernahme. Der Ausbau eines Jugendraums im Keller eines Gebäudes in Templins wird als erfolgreiches Beispiel herangezogen, bei dem die gemeinsame Sanierung mit den Jugendlichen als zukünftige Nutzer*innen in Eigenleistung dazu geführt hat, dass die Jugendlichen sich für die Räumlichkeiten mehr verantwortlich fühlen und sich um diese besser kümmern (F1, 46:59, Spr. 5). Wenn in der RES ermittelte Bedarfe in der Region zur Entstehung neuer Projekte führen und LAG-Mitglieder mit der Koordination beauftragt werden, können selbstwirksame Erfahrungen für diese entstehen. Ein LAG-Mitglied beschreibt beispielsweise zur Expertin des Themas vollmobile Schlachtung geworden zu sein, was sie als wertvolle Lernerfahrung erlebt (F1, 1:23:29, Spr. 9).

Demokratische Handlungskompetenzen (H3)

Besonders die Fokusgruppen zeigen, dass demokratische Kompetenzen unter LAG- und RAK-Mitgliedern durch die Teilnahme am LEADER-Prozess gestärkt werden. Der Vorstand und LAG-Mitglieder berichten, dass sie einen multiperspektivischen Blick durch regelmäßige Sitzungen und Aushandlungen lernen, beispielsweise in der Projektbewertung, die erfordert, potentielle Wirkungen von Projekten sowohl für die Kommunen als auch für einzelne Menschen vor Ort zu betrachten und abzuwägen (F1, 1:18:59, Spr. 6; F1, 1:26:05, Spr. 3; F1, 1:27:51, Spr. 11). Zudem berichten LAG- und RAK-Mitglieder, konstruktive Diskussionsführung, Konfliktaushandlung und lösungsorientiertes Denken über die Arbeit in den Gremien zu erlernen (F1, 1:15:57, Spr. 4; F1, 1:27:51, Spr. 11). Insbesondere das Moderieren der Sitzungen sei ein neuer Lernzuwachs, berichtet ein Vorstandsmitglied (F1, 1:26:05, Spr. 3). Als weiterer Lerneffekt wird von Regionalmanagement und LAG/RAK-Mitglied genannt, dass sie

¹² Kleinunternehmen sind Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden und einem Umsatz oder einer Bilanzsumme von höchstens 10 Mio. Euro; Kleinstunternehmen beschäftigen weniger als 10 Personen und erreichen einen Umsatz oder eine Bilanzsumme von höchstens 2 Mio. Euro (Hinweise und Begriffsbestimmungen LEADER-Richtlinie 2024, S. 8).

durch die kooperativen Prozesse in LEADER andere Meinungen besser wertschätzen und lernen weniger schnell urteilen (F1, 1:01:26, Spr. 9; F1, 1:22:35; Spr. 5).

Die Förderung von Demokratiekompetenzen ist zudem in der RES im Handlungsfeld Gesellschaftliche Teilhabe verankert, über das Impulse gegeben werden sollen, „die aktive Mitgestaltung demokratischer Prozesse und die Möglichkeiten für eine demokratische Teilhabe“ zu unterstützen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 50). Zudem können Projektvorhaben, die demokratische Prozesse direkt fördern in der Bewertung zusätzliche Punkte erhalten (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 78).

Demokratische Werteverankerung (H4)

Die Young LEADER-Gruppe der Uckermark hat explizit demokratische Werte wie Zusammenhalt, Toleranz und Antifaschismus für sich festgehalten (F1, 1:48:08, Spr. 2). Ein LAG-Mitglied befürwortet eine solche Werteverankerung auch auf der LAG-Ebene und hält eine Diskussion darüber für nötig (F1, 1:49:05, Spr. 5). Pluralistische Werte sind in der RES angestrebt: „Das Leitbild beschreibt die Vision einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Entwicklung als Region, die das gemeinschaftliche, generationenübergreifende Zusammenarbeiten und das Vorsorgedenken über Gemeindegrenzen hinweg in den Mittelpunkt stellt. Dafür sollen alle Gruppen der Bevölkerung umfassend und transparent an Entscheidungsprozessen der LAG beteiligt werden“ (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 43). Zudem sind explizit Inklusions- und Integrationsaspekte verankert, die Teilhabe aller Gruppen ermöglichen „Jung und Alt – in der Region geboren und geblieben, zugezogen oder zurückgekehrt“ (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 50). Die sieben Prinzipien, nach denen alle LAGn europaweit arbeiten, enthalten auch deliberative demokratische Werte, z.B. der bottom-up Ansatz sowie den Anspruch, vernetzend und kooperativ zu arbeiten (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 68). Weiterhin stecken in den Zielen der EU für ländliche Entwicklung demokratische Werte im Sinne der Teilhabe und Inklusion: „Bildung sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ sowie die „Querschnittsziele der nachhaltigen Entwicklung und der Chancengleichheit“ (RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 34).

Erfahrungen anderer Regionalmanagements

Ergebnisse aus den Interviews zur Dimension Individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung

Die Interviews mit weiteren Regionalmanagements greifen die in der LAG Uckermark sichtbaren Lernprozesse in der Kategorie *individuelle Handlungskompetenzen* auf. Genannt werden insbesondere Perspektivwechsel, das Aushalten und Wertschätzen unterschiedlicher Meinungen und lösungsorientiertes Zusammenarbeiten, wobei diese Aspekte primär mit der Arbeit von Vorständen und in Gremien verknüpft werden (IT2, 26:00; IT1, 9:30; IT2, 26:41; IT1, 20:00; IT2, 27:00).

Das Regionalbudget wird in beiden Interviews als Förderansatz beschrieben, der Selbstwirksamkeit und -organisation unterstützt und eigene Mitgestaltung vor Ort niedrigschwellig ermöglicht (IT1, 10:36; IT2, 05:06). Ergänzend wird auf die Bedeutung junger Zielgruppen verwiesen: LEADER als EU-Fördermittel vor Ort kann die EU für Schüler*innen sichtbar und verständlich machen. Als Beispiel werden Workshops an Schulen genannt, in denen es gelinge, Lehrer*innen und Schüler*innen die konkreten Aktivitäten der EU erlebbar zu machen (IT1, 15:20). Die Beteiligung junger Menschen an Projektmittelvergaben und Projektentwicklungen wird als weitere Möglichkeit beschrieben, Kenntnisse über Förderlogiken und kollektive Entscheidungsprozesse zu erwerben (IT1, 13:34). Außerdem wird das Regionalmanagement als vermittelnde Instanz beschrieben, die Akteur*innen an Netzwerke verweist und dadurch

Selbstwirksamkeit stärkt (IT2, 06:59). Zugleich wird die LEADER-Methode in einem Interview aufgrund ihrer Grundprinzipien als demokratiefördernd wahrgenommen, weil der bottom-up Ansatz die verbreitete Vorstellung relativiert, politische oder regionale Entwicklung werde ausschließlich „von oben“ gemacht. Stattdessen ermögliche LEADER die lokale Beteiligung an Regionalentwicklung und mache so sichtbar, was Menschen aus der Region selbst leisten und gestalten können (IT1, 10:36). Ergänzend wird auf aktivierende Effekte zivilgesellschaftlicher Projektumsetzung verwiesen. Wenn etwa die Wiederbelebung einer alten Schule durch eine zivilgesellschaftliche Vereinigung als Projekt mit der Einbringung von Eigenarbeit umgesetzt wird, stärkt das die kollektive Verantwortung und Eigeninitiative der Projektträger*innen vor Ort (IT2, 02:23).

4.1.2. Verfahrensentwicklung

Um die demokratische Qualität in Beteiligungs- und Aushandlungsprozessen von LEADER zu untersuchen, habe ich verschiedene Analyseebenen betrachtet: die Projektebene (zwischen Antragstellenden und LAG/RM), die Zusammenarbeit, Zusammensetzung und das Diskursklima in RAK/LAG sowie Beteiligungsprozesse mit der lokalen Bevölkerung. Zunächst wird betrachtet, wie die demokratische Legitimität des LEADER-Verfahrens hergestellt und wahrgenommen wird.

Demokratische Legitimität (H5)

Formale demokratische Legitimität: Die demokratische Legitimität der Verfahrensgestaltung der LEADER-Methode ist über mehrere institutionelle und prozessuale Elemente abgesichert, was sich in den untersuchten Dokumenten widerspiegelt. Die Regionale Entwicklungsstrategie formuliert „messbare und überprüfbare Indikatoren in Form von SMART-Zielen“ zur Erreichung der Handlungsfelder (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 43). Zudem legitimieren sich die Kernziele und Projektauftrags durch die Entsprechung mit übergeordneten landes- und EU-politischen Zielsetzungen. Auf lokaler Ebene sind die thematischen Schwerpunkte mit regionalen Planungen durch die Einbindung der LAG in kommunale Planungsprozesse und Modellvorhaben (z.B. Mitarbeit der LAG am „Leitbild 2030, Raumstruktur, Siedlungsentwicklung, Daseinsvorsorge, Verkehr“ der Regionalen Planungsgemeinschaft) abgestimmt (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 31-33, S. 44, S. 43). Für die Zusammensetzung der LAG ist eine paritätische Begrenzung vorgesehen. Die zweite Änderung der LEADER-Richtlinie¹³ schreibt vor, dass kommunalen Vertreter*innen max. 49% der Stimmanteile haben dürfen, was die Mehrheit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in den Gremien als kompetentes Entscheidungsgremium rechtfertigt (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 68). Die Aushandlung und Umsetzung der Entwicklungsstrategie erfolgt in der Mitgliederversammlung, in den regionalen Arbeitskreisen und in Kooperation mit weiteren regionalen Akteur*innen, wobei diese Strukturen in der Abschlussevaluierung als effizient und hilfreich beschrieben werden (RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 66; RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 68; Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 8). Die Projektauswahl erfolgt anhand transparenter Kriterien (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 70). Der Auftrag für das Regionalmanagement wird von der LAG öffentlich ausgeschrieben und erfordert

¹³ Die zweite Änderung der LEADER-Richtlinie vom 23. Februar 2024 wurde an dieser Stelle ergänzt, obwohl sie nicht Teil der ursprünglichen Dokumentenauswahl war, da diese Vorgaben zur LAG-Zusammensetzung in Brandenburg enthält, die für formale Legitimität relevant erschien (MLUK, 2024b).

einschlägige Qualifikationen und Kompetenznachweise im Bereich Regionalentwicklung und Projektmanagement (RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 20, S. 81). Die regelmäßige Überprüfung durch Monitoring und Evaluierungen lässt zu, Ziele fortlaufend anzupassen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 82).

Erlebte demokratische Legitimität: In den Fokusgruppen wird die demokratische Legitimität der LEADER-Strukturen in Hinblick auf die Transparenz der Verfahren und Offenheit zur Beteiligung an LAG/RAK bestätigt (F1, 1:12:42, Spr. 11), jedoch auch hinterfragt: Ein LAG-Mitglied berichtet, dass Kreistagsmitglieder, die bisher nicht in LEADER-Prozesse oder der LAG involviert sind, in der Vergangenheit darauf hinwiesen, dass die LAG über größere Mittel verantworte als der Kreistag selbst an Investitionsmitteln habe (F1, 04:09, Spr. 3; F1, 04:56, Spr. 6). Dem wird in den Interviews entgegengehalten, dass diejenigen Akteur*innen über Maßnahmen entscheiden sollten, die von diesen am stärksten betroffen sind oder sie am unmittelbarsten nutzen (F1, 14:43, Spr. 5). Zugleich wird als Vorteil der partnerschaftlichen Steuerung die Stabilität und Verlässlichkeit der LEADER-Strukturen über siebenjährige Förderperioden hinweg benannt, im Unterschied zu den regulären kürzeren Legislaturperioden (F1, 2:10:48, Spr. 5).

Mehrere Befragte benennen zudem Anforderungen des Verfahrens, die die Legitimität und Nahbarkeit von LEADER aus ihrer Sicht einschränken. Eine befragte Person weist darauf hin, dass der hohe Kontrollaufwand zur Sicherstellung der korrekten Mittelverwendung sowie die damit verbundenen Verwaltungskosten LEADER-Mittel binden, wodurch für die lokale Ebene weniger Mittel zur Verfügung stehen. Dies könne die Glaubwürdigkeit für Bürger*innen vor Ort verringern (F2, 49:45, Spr. 4). Projektträger*innen berichten zudem, dass ihnen zunächst Sanktionsbestimmungen vorgelegt würden und sie sich dadurch schnell unter Druck gesetzt, frustriert oder verunsichert fühlten (F1, 1:12:42, Spr. 11; F1, 2:00:55, Spr. 4+5). Als weitere Hemmnisse werden die Länge der Verfahren und der aufwendige Antragsprozess genannt, die zugleich zu einem hohem Beratungsaufwand des Regionalmanagements führen. Die Beratungsleistungen durch das Regionalmanagement können den Antragsprozess dabei aber erleichtern (F1, 1:10:42, Spr. 3; F2, 1:16:49, Spr. 3; F2, 44:11, Spr. 2; F2, 37:49, Spr. 7). In der Folge gab es laut einer Aussage in der Uckermark phasenweise vor allem kommunale Anträge, während private Projektträger*innen seltener auftraten (F2, 59:53, Spr. 2). Parallel dazu wird der Wunsch nach Vereinfachungen und nach einer unbürokratischeren Ausgestaltung im Sinne der früheren LEADER+ Richtlinie geäußert (F2, 35:43, Spr. 2; F2, 1:10:31, Spr. 7).

Qualität der Beteiligung (H6)

Die Qualität der Beteiligung wird unter Berücksichtigung der Analyseebenen in Hinblick auf verschiedene Akteursgruppen (RAK/LAG-Mitglieder, Projektträger*innen, Bürger*innen) und Beteiligungsebenen analysiert.

Beteiligung in den RAK und LAG: Die Arbeit in Regionalen Arbeitskreisen, in denen bis zu 40 weitere Akteur*innen eingebunden sind, wird in den RES sowie der Abschlussevaluierung mehrfach als bewährtes Instrument zur effizienten Umsetzung des bottom-up Prinzips und zur breiten Beteiligung beschrieben (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 8, S.47; RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 18; RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 13, S. 72). In den Fokusgruppen wird die dezentrale Arbeit der drei RAK als besonderer struktureller Vorteil beschrieben, weil sie Beteiligung durch räumliche Nähe und Informationszugang erleichtert und die lokale Verantwortung und den Austausch stärkt. Durch die

Transparenz und Nahbarkeit der Arbeitskreisebene wird der bottom-up-Prozess als „unterstützender kollegialer Entscheidungsprozess im Vorhinein“ wahrgenommen (F1, 1:43:51, Spr. 4,5). Ein LAG-Mitglied bewertet LEADER als Gewinn für die Region, da die Aushandlungsprozesse in den Gremien Akteur*innen wie kommunale Vertreter*innen und Projektträger*innen unterschiedlicher Art zusammenbringen, „die sonst nicht immer miteinander zu tun haben. Aber eigentlich viel miteinander zu tun haben müssten“ und so die gemeinsamen Entscheidungen für die regionale Entwicklung ermöglichen (F1, 17:00, Spr. 3). Dieser Vorteil des bottom-up Ansatzes bestätigt sich auch in der Abschlussevaluierung: RAK- und LAG-Mitglieder bewerten die Verlagerung der Entscheidung auf die regionale Ebene gerade in Hinblick auf die „lokale Mitbestimmung von möglichst vielen interessierten privaten und öffentlichen Akteur*innen“ positiv (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 51).

*Bürger*innenbeteiligung:* Auf Ebene der regionalen Bevölkerung lässt sich die demokratische Qualität von LEADER-Prozessen am Beispiel einzelner Beteiligungsverfahren messen. Die Erarbeitung der RES ist die Basis der LAG-Arbeit und ein in allen LAGn durchgeführter Beteiligungsprozess. Daher wurde dieser als exemplarischer Beteiligungsprozess herangezogen.

Beteiligung lokaler Bevölkerung: RES-Erarbeitungsprozess

Die Erarbeitung der RES stellt die Weichen für die Verwendung der LEADER-Mittel der Uckermark am Beginn der Förderperiode. Der Beteiligungsprozess zur Fortschreibung der RES erreichte in der LAG Uckermark in beiden Förderperioden eine breite Zielgruppe: Für die derzeitige Förderperiode wird die pandemiebedingte Verlagerung in Online-Formate als Anlass beschrieben, der die Mitwirkung von Bürger*innen und Fachbeteiligten „in großer Breite aus dem gesamten Gebiet der LEADER-Region“ ermöglichte (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 38). Über die LAG-Webseite und verschiedene Medien wurde ein öffentlicher Ideenwettbewerb initiiert, zu dem Interessierte ihre Projektideen einreichen konnten (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 38). Zusätzlich fanden zwei öffentliche Workshops mit insgesamt 75 Teilnehmenden statt, die ausdrücklich „niedrigschwelliger konzipiert“ waren, um auch Menschen ohne feste Ideen anzusprechen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 39). Die Workshops beinhalteten unter anderem Informationen zur LEADER-Umsetzung vor Ort, Gruppendiskussionen zu Schwerpunktthemen, Beispiele von umgesetzten Maßnahmen sowie eine Sammlung neuer Projektideen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 38-39). Der Bericht hält fest, dass dadurch „ein breites Bild an Meinungen, Ideen und Anstößen“ für die RES gewonnen werden konnte (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 40). Teilnehmende am RES-Prozess bekundeten Interesse daran, sich an weiteren Gremien der LAG oder thematischen Arbeitsgruppen zu engagieren (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 40).

Über den RES-Prozess 2013 wird hervorgehoben, dass die Strategieerarbeitung mit dem Ziel „höchstmögliche[r] Öffentlichkeit“ unter anderem über einen Ideenwettbewerb, Strategieworkshops in allen Teilregionen, „Stadt-Umland-Gespräche“ sowie einem öffentlichen Zukunftsworkshop organisiert wurde (RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 18). Beteiligt waren dabei rund 100 aktive Mitglieder aus der gesamten Uckermark, darunter weit über 50 Prozent Wirtschafts- und Sozialpartner*innen (RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 17). Zudem brachten sich weitere „regionale Akteursnetzwerke“ aus Wirtschaft, Kommune, Tourismus und Naturschutz in die Erstellung der RES ein (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 41; RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 18).

Neue Beteiligungsinteressierte können zudem über interessante Themen und konstruktive Diskussionskultur für die Mitarbeit an LEADER-Prozessen aktiviert werden. Ein*e Projektträger*in berichtet, dass das „Maß an konstruktiven Gesprächen über Regionalentwicklung“ in den Arbeitskreisen diese*n dazu gebracht hat, sich im RAK zu engagieren (F1, 1:15:57, Spr. 4). Gleichzeitig wird von Bürger*innen mit einer bestehenden Abwehrhaltung zu LEADER berichtet, die durch die Wahrnehmung von EU-Institutionen als „die da oben“ begründet wird (F1, 1:14:05, Spr. 11, 3, 7).

Beteiligung in der Projektentwicklung: Fokusgruppenteilnehmende kritisieren am Beispiel der Sanierung von Dorfgemeinschaftshäusern, dass Vereine und Nutzer*innen mit geringen eigenen finanziellen Mitteln vor Einführung des Regionalbudgets keine Möglichkeit hatten, die von ihnen genutzten und weiterzuentwickelnden Räume fördern zu lassen. Dadurch planten Kommunen Sanierungsmaßnahmen über LEADER teils an den Nutzungsansprüchen der Betroffenen vorbei (F1, 47:22, Spr. 4; F1, 50:56, Spr. 5, 7, 3). Das Regionalbudget (Einführung 2018 unter dem Namen *Kleine Lokale Initiativen*) habe diese Möglichkeit verändert. Projekte unter diesem Förderrahmen sind besonders breitenwirksam, weil Vorhaben über das Regionalbudget zu 100 Prozent gefördert werden und damit auch lokale Vereine mit wenig Eigenkapital Projekte umsetzen können (LEADER-Richtlinie 2024; F1, 28:26, Spr. 3). Da zudem nur Investitionsmittel gefördert werden, ist mehr Eigenleistung erforderlich, was Beteiligung, gemeinsame Verantwortungsübernahme und den Projekterfolg stärkt (F1, 28:26, Spr. 3; F1, 37:40, Spr. 5; F1, 46:59, Spr. 5).

*Zusammenarbeit mit Projektträger*innen:* Die meisten in der Evaluierung der letzten Förderperiode befragten Projektträger*innen zeigten sich vom LEADER-Ansatz überzeugt, würden erneut einen Antrag stellen und haben eine hohe Zufriedenheit mit dem Regionalmanagement (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 51; Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 57). Sie fühlten sich durch Diskussionen in Arbeitskreisen ermutigt (F1, 1:15:57, Spr. 4). Dennoch überraschen die Vielzahl an Voraussetzungen, die ein Projekt erfüllen muss und die Dauer des Antragsverfahrens Projektträger*innen und schreckt diese teilweise ab, Anträge zu stellen (F1, 1:10:42, Spr. 3).

Einbettung in Verwaltung und Richtlinienbindung: In beiden Fokusgruppen wird von LAG-Mitgliedern und Projektträger*innen über Misstrauen der zuständigen Bewilligungsbehörde berichtet, die als Hemmnis für einen demokratiestärkenden Prozess wahrgenommen werden. Hier besteht der Wunsch nach einer Haltung der Bewilligungsstellen als Möglichmacher*innen und wohlwollende Dienstleister*innen, statt warnender Kontrollinstanz (F1, 1:42:05, Spr. 3; F1, 1:45:49; F1, 1:57:00, Spr. 11; F1, 1:44:09, Spr. 4; Spr. 5; F2, 1:45:43, Spr. 7). In der Abschlussevaluierung zeigt sich zudem, dass sich die Brandenburger Richtlinie als „erschwerend für eine regions- und bedarfsspezifische, modellhafte Umsetzung von Projekten“ erweist (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 50).

Transparenz und Öffentlichkeit der Entscheidungsprozesse in der Region (H7)

Formale Transparenz und Öffentlichkeit der Entscheidungsprozesse werden in den Dokumenten und Fokusgruppen vor allem über Informationsvermittlung, öffentliche Zugänglichkeit und nachvollziehbare Verfahrensregeln beschrieben: Die LAG informiert Interessierte niedrigschwellig über Möglichkeiten und Abläufe von LEADER, etwa durch unverbindliche Einladungen zu RAK-Sitzungen, den

Regionalmarkt¹⁴ als öffentlichkeitswirksames Format sowie die regelmäßige Veröffentlichung von Projektaufrufen auf der Webseite, das Regionalmanagement übernimmt dabei die organisatorische Schnittstelle für diese Öffentlichkeitsarbeit (F1, 1:11:52; RES 2023–2027 Uckermark 2024, S. 41, 72, 79; Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 68). Beim Projektauswahlverfahren legt die LAG nach den Dokumenten eindeutige Regeln zu „Interessenskonflikten, Veröffentlichung und Dokumentation von Entscheidungen, Einhaltung des Quorums und eine klare Definition von Zuständigkeiten bei der Projektauswahl“ fest, die der Korruption und der unfairen Mittelbeschaffung vorbeugen (RES 2023–2027 Uckermark 2024, S. 70). Die RAKs beraten die Anträge und geben Empfehlungen an die LAG, bei negativem Votum werden Antragstellende über die Gründe informiert und können erneut einreichen (RES 2023–2027 Uckermark 2024, S. 71, S. 79). Stimmberechtigtes Mitglied bei der LAG kann jede natürliche oder juristische Person werden, die die Ziele und den Satzungszweck des Vereins unterstützt und ihren Wohnsitz im Fördergebiet hat (RES 2014–2020 Uckermark 2014, S. 67). Dafür muss ein Antrag gestellt werden, über den der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit entscheidet. Die Bedingungen zur Mitarbeit in regionalen Arbeitskreisen werden durch diese selbst geregelt (RES 2014–2020 Uckermark 2014, S. 68).

*Erlebte Transparenz und Entscheidungsprozesse von Projektträger*innen:* In den Fokusgruppen wird der Projektbewertungsprozess als transparent und mit konstruktiver Diskussion und einem aktiven Erwartungsmanagement gegenüber den Antragstellenden verbunden beschrieben (F1, 1:01:26, Spr. 9; F1, 1:15:57, Spr. 4; F2, 1:16:49, Spr. 2). Antragstellende können öffentliche Sitzungen der RAKs besuchen, sind am Entscheidungsprozess selbst jedoch nicht beteiligt (F1, 55:23, Spr. 3).

Herausforderungen in der Projektbewertung in RAK/LAG: Als Herausforderung in der Projektbewertung wird die Vergleichbarkeit von Projektanträgen thematisiert. Zum einen bestehe diese durch die unterschiedlichen Projektarten: „wir müssen Äpfel mit Birnen vergleichen, wir müssen Pflichtaufgaben sozusagen der Kommunen ins Verhältnis setzen mit unternehmerischen, innovativen Ideen, wo noch nicht ganz klar ist, welche Effekte“ eintreten (F2, 59:03, Spr. 2). Die starke Beanspruchung von LEADER-Mitteln durch Kommunen¹⁵ wird als Dilemma wahrgenommen, da es wenig alternative Töpfe zur Förderung ländlicher Entwicklung für Kommunen gibt (F1, 28:26, Spr. 3; F2, 59:39, Spr. 2). Daher werden die Projektauswahlkriterien „Arbeitsplatzrelevanz“ und „Regionale Wertschöpfung“ höher bepunktet, um einen Bewertungsausgleich zwischen privaten und kommunalen Projekten und damit mehr Chancengerechtigkeit für private Antragssteller*innen zu erreichen (F1, 35:43, Spr. 3, 6; RES 2023–2027 Uckermark 2024, S. 77). Die Abschlussevaluierung verweist darauf, dass die balancierte Beurteilung großer und kleiner Projekte sowie die objektive Bewertung weiter zu berücksichtigen sind (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 55).

Verantwortung für Herstellung zur Transparenz und Öffentlichkeit im Regionalmanagement: Das Regionalmanagement übernimmt durch möglichst transparente Projektberatung, Bereitstellung von

¹⁴ Der Regionalmarkt der Uckermark findet seit 2012 jährlich am bundesweiten „Tag der Regionen“ statt, koordiniert von der LAG. Auf dem Markt bieten regionale Akteur*innen und Produzent*innen ihre Produkte und Dienstleistungen an, 2021 kamen 4.000 Besucher*innen (RES 2023–2027 Uckermark 2024, S. 74).

¹⁵ In der letzten Förderperiode 2014–2022 gingen 65% der Fördermittel in öffentliche und 35% an private Projektträger*innen (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 30).

Informationen, technische Unterstützung und Hilfe bei der Fördermittelakquise während der Antragstellung eine wichtige Funktion für ein faires Erwartungsmanagement zum Verfahren gegenüber den Antragstellenden (F2, 1:15:15; Spr. 2; F2, 1:16:04; Spr. 2; Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 57). Die Abschlussevaluierung bewertet die Öffentlichkeitsarbeit als passend zur Herstellung von Transparenz im Verfahren und verweist zugleich daraufhin, dass die Kapazitäten des Regionalmanagements durch dessen starke Einbindung in verwaltungstechnische Aufgaben begrenzt sind und dies zulasten der strategischen Netzwerkarbeit zur Erreichung einer breiteren Öffentlichkeit geht (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 68, S. 57).

Diskursklima, Konfliktbearbeitung und Deliberationsqualität (H8)

Diskursklima: In den Fokusgruppen wird eine offenere Diskussionskultur und wohlwollende Grundhaltung im RAK durch Zusammensetzung, Nähe und Vertrauen unter Mitgliedern beschrieben. Das zeigt sich auch in der Abschlussevaluierung, wo der Umgang im RAK als fair wahrgenommen wird (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 50). Vor allem in der ersten Fokusgruppe wird von verschiedenen Mitgliedern RAK betont, dass ein wertschätzender Umgang besteht, der die verschiedenen Hintergründe und Expertisen anerkennt (F1, 1:22:35, Spr. 5; (F1, 1:05:48, Spr. 3, 7). Die Diskussionskultur in der LAG UM wird als weniger offen und zeitweise konfliktreich beschrieben. Als Grund werden größere Meinungsverschiedenheiten und Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen Mitgliedern sowie die Priorisierung von Interessen Einzelner genannt (F1, 54:07, Spr. 3; F1, 53:58, Spr. 7, 3; F1, 1:03:07, Spr. 7; F1, 1:04:37, Spr. 5,7; F1,1:31:16, Spr. 3). Grundsätzlich bestätigen RAK- und LAG-Mitglieder in der letzten Abschlussevaluierung dennoch, dass auch die LAG „von einer langjährigen, gewachsenen Zusammenarbeit“ und der Organisationsstruktur profitiert (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 49).

Konfliktbearbeitung: Bei kontroversen Diskussionen innerhalb der RAKs über die Projektauswahl wird im Zweifel auf die zugrundeliegende regionale Entwicklungsstrategie, das Einholen weiterer Daten und die Projektauswahlkriterien zurückgegriffen (F1, 1:01:26, Spr. 9). Gegenseitiges Vertrauen der Akteur*innen seien zudem wichtig, um Konflikte und die Gefahr des Missbrauchs von LEADER aufgrund von Einzelinteressen zu verringern (F1, 1:03:07, Spr. 7). Zudem berichtet ein LAG-Mitglied über persönliche Differenzen: „Es sind viele Menschen nicht in der Lage, die Sache von der Person zu trennen“ (F1, 44:06, Spr. 3).

Machtdynamiken: In den LEADER-Gremien RAK und LAG wird, wie in den vorherigen Abschnitten erwähnt, von Meinungshoheiten und dominanten Einzelinteressen berichtet, die in unterschiedlicher Intensität Raum einnehmen. Über die LAG sagt ein Mitglied: „finde ich schon schwierig manchmal, so Machtverhältnisse, die da ausgespielt werden“ (F1, 1:04:38, Spr. 7). Teilnehmende berichten, dass insbesondere die Moderation der Gremien die Verantwortung trägt, sicherzustellen, dass diese dominanten Stimmen nicht zu viel Raum einnehmen und alle Perspektiven in die Diskussion eingebracht werden, wobei insbesondere die Regionalmanager*innen als „Hüter des Verfahrens“ bezeichnet werden (F1, 59:44, Spr. 5; F1, 1:15:21, Spr. 3).

Reichweite und Inklusion (H9)

Vielfalt in der Gremienzusammensetzung: Die LAG setzt sich zu überwiegenden Teilen aus Wirtschafts- und Sozialpartnern, sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zusammen, hinzu kommen Vertreter*innen der öffentlichen Verwaltung (*Tabelle 3*). Aktuell liegt der Frauenanteil in der LAG bei 37%. Es wird angestrebt, mehr Frauen für das Engagement in der LAG zu gewinnen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 69). Sowohl in den Fokusgruppen als auch in der Abschlussevaluation der letzten Förderperiode wurde die LAG als vielfältig und als aus relevanten Akteur*innen zusammengesetzt wahrgenommen (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 52; Fokusgruppentranskript 1, 28:26, Sprecher*in 3).

Tabelle 3: Zusammensetzung der LAG Uckermark der Förderperioden 2014-2020 und 2021-2027 nach öffentlichen und Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie Bereichen (eigene Darstellung nach RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 13-14; Auskunft vom Regionalmanagement Uckermark vom 01.06.26)

Bereich	RES 2014–2020	RES 2023–2027
Öffentliche Akteur*innen gesamt	7	7
Kommunale Vertretung (Landrät*in, Bürgermeister*innen, Amtdirektor*in, Verwaltung, Städte- und Gemeindebund)	6	5
Planungsgemeinschaften	-	1
Umwelt- und Klimaschutz (Nationalparkleitung)	1	1
Wirtschafts- und Sozialpartner gesamt	10	12
Sparkasse	1	1
Tourismus (Tourismus Marketing Uckermark GmbH)	1	1
Privatperson	1	1
Handwerk (Kreishandwerkerschaft Uckermark)	1	1
Landwirtschaft (Bauernverband)	1	1
Wirtschaft (IHK, Unternehmervereinigung)	2	2
Kirche	-	1
Soziales (LIGA/Paritätische)	1	1
Kulturagentur	1	1
Regionale Vereine/Stiftungen (Bürgerstiftung)	1	2
Gesamt	17	19

Diskriminierungsfreiheit ist als Grundsatz in der LEADER-Richtlinie verankert (LEADER-Richtlinie 2024, S. 5). In der aktuellen RES sind Integration und Inklusion als Querschnittsaufgabe benannt, dabei geht es konkret um „Barrierefreiheit, Integration von Geflüchteten und Zugezogenen, Bildung für Alle, digitale Teilhabe, Leben im Alter, Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 48).

Reichweite: Die Reichweite wird innerhalb der LAG dokumentiert, analysiert und daraufhin Strategien entwickelt, um weitere Zielgruppen zu erreichen. Laut RES bestehe „Bedarf an Beteiligungsangeboten, die unterschiedliche Personengruppen einbinden, sowie bislang nur schwer zu mobilisierende Menschen aktiv ansprechen, vor allem auch junge Leute, und in Selbstwirksamkeitserfahrungen

münden“ (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 37). Die Reichweite von LEADER-Projekten wird dann als besonders groß wahrgenommen, wenn Projekte einen hohen Nutzen für verschiedene Zielgruppen haben (F2, 1:43:13; Spr. 5). Ein*e Fokusgruppenteilnehmer*in betont den „Zusammenhang zwischen Infrastruktur, Chancen der Menschen und der Förderung“ und verweist darauf, dass LEADER für die Aufrechterhaltung von Strukturen der Daseinsvorsorge wichtig sei und sich ein Wegfall solcher Förderung auch auf das politische Wahlverhalten auswirkt (F2, 1:53:07; Spr. 3). Von Veranstaltungen wie dem Regionalmarkt, dem Regionalbudget sowie von Daseinsvorsorge- und Infrastrukturprojekten profitieren viele Menschen und Personengruppen (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 59; F2, 1:14:33, Spr. 5; F2, 1:04:51, Spr. 4, 7; F2, 1:05:50, Spr. 4, 2). In der letzten Förderperiode flossen 72% der Fördermittel der LAG Uckermark in das Handlungsfeld „Lebensqualität und Teilhabe“ und damit größtenteils in Projekte öffentlicher Daseinsvorsorge (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 8). Zu einer hohen Reichweite tragen auch die Vorgaben in den Richtlinien bei, die vorsehen, dass alle Projekte öffentlicher Träger kostenfrei zugänglich sein müssen und eine Barrierefreiheit in allen Projekten angestrebt wird (Hinweise und Begriffsbestimmungen LEADER-Richtlinie 2024, S. 4+9).

Als Herausforderung für eine große Reichweite wird genannt, dass die Förderung über LEADER zwar öffentlich kommuniziert, aber oft nicht als solche wahrgenommen und im Prozess verstanden wird (F2, 38:09, Spr. 7). Die Berichterstattung über LEADER steht im Spannungsfeld einer „zerschnittenen Presselandschaft“ der Uckermark (RES 2023–2027 Uckermark, 2024, S. 72), wo Lokalzeitungen „kein Veröffentlichungsorgan der EU“ sein möchten (F2, 40:55, Spr. 2). Die hohe Komplexität des Prozesses erfordert Zeit, um das Förderprogramm nachvollziehbar „runterzubrechen“, was eine „Herausforderung für den Lokaljournalismus“ darstellt (F1, 1:27:51; Spr. 11).

Schwer erreichbare Zielgruppen: Neben der Öffentlichkeitsarbeit sind projekttragende Vereine wichtige Multiplikatoren für die Reichweite von LEADER. Ein*e Projektträger*in beschreibt in der Fokusgruppe, dass dessen Verein den LEADER-Antrag für ein Kulturprojekt in einem offenen Prozess erarbeitet und mehrfach in der Mitgliederversammlung vorgestellt hat und somit bisher unzugängliche Zielgruppen erreichen konnte (F2, 1:12:42, Spr. 1). Die Relevanz von Multiplikator*innen für die Etablierung von LEADER findet sich auch in der RES wieder (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 72). Auch durch den RES-Erarbeitungsprozess konnten Menschen adressiert werden, die mit LEADER bisher wenig Berührungspunkte hatten (siehe Kategorie *Qualität der Beteiligung: Bürger*innenbeteiligung*).

Kinder- und Jugendbeteiligung: Vor allem die Einbindung junger Zielgruppen in Entwicklungsprozesse und in der LAG-Arbeit wird durch zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen gezielt angestrebt (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 14; RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 50). Kinder- und Jugendbeteiligung sowie die Ermächtigung junger Menschen, eigene Anliegen anzubringen und umzusetzen ist zwar gewollt, aber mit Herausforderungen verbunden: Das Vertrauen von LAG-Mitgliedern in Jugendliche müsse erstmal wachsen, die Young-LEADER-Akteur*innen wünschen sich mehr Vertrauen der erwachsenen LEADER-Akteur*innen sowie bessere Sichtbarkeit für Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in regionaler Mitgestaltung (F1, 42:07, Spr. 5; F1, 1:21:36, Spr. 7; F1, 1:53:53, Spr. 10).

Die im letzten Jahr gegründete Young LEADER-Gruppe mit ca. 15 Mitgliedern berichtet, dass ihr gemeinsames Ziel, Veränderung und Entwicklung anzuregen, die Gruppe motiviert und harmonisiert (F1, 1:19:49, Spr. 2; F1, 1:20:40, Spr. 2). Durch einen europäischen Austausch mit einer finnischen Young LEADER Gruppe haben sie die Möglichkeiten von selbstverwalteten Jugendtöpfen erlebt und trotz der

geografischen Distanz ähnliche Problemlagen des Lebens im ländlichen Raum erkannt (F1, 42:07, Spr. 2)

Erfahrungen anderer Regionalmanagements

Ergebnisse aus den Interviews zur Dimension Verfahrensentwicklung

Ein Regionalmanagement betont, dass LEADER-Verfahren demokratiefördernd wirken, indem Sie über das bottom-up Prinzip Beteiligungsverfahren festlegen und Diskussionsräume schaffen (IT1, 10:36). Zugleich zeigt sich, dass eine formale Beteiligungsstruktur nicht gleichzeitig eine hohe Beteiligungsqualität sichert und von Region zu Region unterschiedlich ist: Der RES-Prozess lief in zwei Regionen, ähnlich wie in der Uckermark, sehr breitenwirksam ab und konnte unterschiedliche Zielgruppen erreichen, eine andere Region berichtet von deutlich weniger Beteiligung, begründet durch die Post-Covid-Zeit. Hier beschreibt das Regionalmanagement eine Beteiligungsmüdigkeit und eine fehlende Sichtbarkeit von LEADER in der Region (IT1, 08:58; IT2, 08:41).

Zugleich zeigen die Interviews, dass Entscheidungsfindungsprozesse wie die Projektbewertung in den LAGs sehr unterschiedlich organisiert sind: In einer LAG entscheidet der Vorstand, in einer anderen wird über Konsent entschieden, die Diskussionskultur variiert je nachdem, wie viel Zeit der offenen Aushandlung beigemessen wird (IT1, 20:26; IT1, 23:41; IT2, 22:56). Ein Regionalmanagement berichtet, dass eine vielfältige Zusammensetzung des Vorstandes noch nicht automatisch zu vielfältiger Diskussion führe, aber die Grundlage für eine vielfältige Diskussion bietet, wenn sie aktiv genutzt wird (IT1, 17:14). In diesem Zusammenhang wird auch sichtbar, dass einzelne Meinungsbildner in unterschiedlichen LAGs eine Rolle spielen können (IT1, 23:41).

Die Interviews bestätigen, dass eine zentrale Voraussetzung für gelingende Beteiligung beim Regionalmanagement liegt. Diese haben eine hohe Verantwortung für Beteiligungsprozesse, Konfliktlösung und eine balancierte Diskussionskultur, wobei Weiterbildungen, etwa als Mediatorin, diese Aufgabe unterstützen können (IT1, 19:37; IT2, 25:30). Ein befragtes Regionalmanagement versteht dessen Rolle dabei auch als eine, die Akteur*innen „gestärkt in die Prozesse reingehen können“ lässt (IT2, 7:00). Für die Reichweite und Inklusion wird zugleich sichtbar, dass junge Perspektiven in der LAG nicht nur in der Uckermark, sondern auch in anderen Regionen fehlen, obwohl Kinder- und Jugendbeteiligung in zwei Regionalmanagements eine wichtige Rolle spielt, etwa über die Förderung junger Antragsteller*innen und organisierte Beteiligung in größeren LEADER-Projekten (IT2, 10:46; IT2, 12:35; IT1, 13:34). Teilhabe kann dabei helfen, junge Menschen an die Region zu binden, so Abwanderung zu verhindern und Investitionen für diese zugänglich zu machen (IT1, 08:58). Das andere Regionalmanagement setzt stärker auf die Zusammenarbeit mit Trägern und Netzwerken, regionale Vernetzungstreffen und eigene LAG-Projekte, um weitere Zielgruppen zu erreichen (IT2, 10:46; IT2, 5:28; IT2, 18:13; IT2, 13:35). In einem Interview wird zudem betont, dass Teilhabe in nicht-investiven Projekten überwiegend demokratiefördernd wirke, während sie in investiven Vorhaben wie Baumaßnahmen mit hohen Investitionen eine geringere Rolle spiele (IT1, 3:41; IT1, 5:11).

4.1.3. Struktursicherung und -entwicklung

LEADER verankert demokratische Strukturen sowohl intern (innerhalb der LAG- und Entscheidungsstrukturen) als auch extern (durch Projektumsetzungen, Netzwerk und Kooperationen).

Institutionelle Verankerung, Ressourcen und Verstetigung intern (H10)

Institutionelle Verankerung und Ressourcen: Die interne institutionelle Verankerung der Demokratieförderung zeigt sich in der Uckermark vor allem darin, dass LEADER über LAG, RAK, Regionalmanagement und Satzung bereits seit 2008 dauerhaft organisiert ist und die Zusammenarbeit zwischen Akteursgruppen und Verwaltung strukturell abgesichert wird. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip werden demokratische Zielsetzungen auf regionaler Ebene umgesetzt. Regelmäßiges Monitoring, Jahresberichte und Evaluationsschleifen sichern dabei ein transparentes und richtlinienkonformes Verfahren (F1, 1:00:20, Spr. 5; RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 52). Auch die in der Vereinssatzung festgehaltenen sieben Leitprinzipien der LAG verweisen auf eine demokratische Verfahrensllogik (RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 67). In der aktuellen RES wird diese institutionelle Verankerung weiter ausgebaut. So ist eine engere Zusammenarbeit mit der Partnerschaft für Demokratie¹⁶ vorgesehen und die Zusammenarbeit mit dem Mobilen Beratungsteam Angermünde¹⁷ bereits auf den Weg gebracht (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 32). Zugleich wird Transparenz, der bottom-up Ansatz und Partizipation im Leitbild ausdrücklich verankert, indem „alle Gruppen der Bevölkerung umfassend und transparent an Entscheidungsprozessen der LAG beteiligt werden“ sollen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 47). Mit der Young LEADER-Gruppe gibt es seit letztem Jahr ein eigenständige Jugendgremium, das Projekte für junge Menschen in der Uckermark umsetzt (F1, 42:07, Spr. 2). Das Regionalmanagement übernimmt als Schnittstelle zwischen LAG, RAK, Antragstellenden und regionalen Akteursnetzwerken eine zentrale Rolle für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen. In der Förderperiode 2014–2020 führte es 424 Erstberatungen durch, 129 Projekte wurden bewilligt, dazu kamen 43 bewilligte GAK-Projekte (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 46).

Verstetigung: Die Verstetigung demokratierelevanter Zielsetzungen in der Fallregion wird beispielsweise dadurch sichtbar, dass in der RES 2023 erstmals ein Mindestkriterium zur Achtung demokratischer Werte und zur Einhaltung des Grundgesetzes in die Projektauswahl aufgenommen wurde (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 76). Darüber hinaus können Lösungsansätze gesellschaftlich-relevanter Probleme über die gemeinsame RES-Erarbeitung als institutioneller Bestandteil verstanden werden: Der demografische Wandel und die fehlende Versorgungsinfrastruktur wird etwa mit Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Teilhabe adressiert, darunter der flächendeckende Ausbau des ÖPNV sowie die Schaffung von Kita- und Schulplätzen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S.

¹⁶ Die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Uckermark ist der Lokale Aktionsplan Demokratie (LAP), wird seit 2007 über das Bundesprogramms „Demokratie leben!“ umgesetzt und aktuell von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark koordiniert. Sie unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement und demokratisches Zusammenleben über niedrigschwellige Fördermöglichkeiten, Veranstaltungen und Vernetzung (Neels, 2023).

¹⁷ Das Mobile Beratungsteam Angermünde berät bei rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen sowie zu Fragen demokratischer Konfliktbearbeitung. Träger der Mobilen Beratungsteams in Brandenburg ist das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung demos (Bundesverband Mobile Beratung, 2026).

35). Auch themenübergreifende Herausforderungen wie Integration oder Klimaschutz sind als Querschnittsaufgaben verankert (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 48). Mit der Schwerpunktsetzung „Lebensqualität und Teilhabe“ werden zudem demokratiestärkende Ziele explizit festgelegt, etwa die Förderung von Initiativenprojekten, multifunktionalen Treffpunkten, Bürgerbeteiligungsmaßnahmen und Rahmenbedingungen für demokratische Teilhabe (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 52). Im Vergleich zur vorherigen RES zeigt sich damit ein Entwicklungsprozess, in dem Teilhabe stärker und tiefer verankert wurde. Soziale Teilhabe und Bildung werden in der neuen RES als Voraussetzungen im Schwerpunkt „Lebensqualität und Teilhabe“ aufgenommen (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 13). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den selbst gesetzten Indikatoren wider: Bis 2028 sollen mindestens zwei Angebote zur Förderung demokratischer Teilhabe, etwa Informationsveranstaltungen, umgesetzt werden, zudem sollen zehn kleine Initiativen oder lokale Projekte zur Engagementförderung unterstützt werden (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 59).

Befähigung lokaler Akteur*innen (H11)

Ein zentraler demokratiestärkender Effekt ist die Befähigung von Engagierten, komplexe oder kostenintensive Projekte selbst zu initiieren und umzusetzen, die den RES-Kriterien entsprechend auf einen regionalen Mehrwert abzielen. Dabei werden sie durch „Informationsaustausch und Qualifizierung unterstützt“ (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 33). Zudem trägt die „nachhaltige Weiterentwicklung von Vereinsarbeit, Einrichtungen und deren Angeboten“ sowie die Bemühung, „ehrenamtliche Strukturen zu stärken und zu vernetzen“ (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 50) zu beständigen Dorfstrukturen bei, die indirekt demokratische Wahrnehmung fördern. Die RES sieht in der Förderung kleinteiliger, lokaler Initiativen über das Regionalbudget den wirkungsvollsten Hebel für bürgerschaftliches Engagement (RES 2023–2027 Uckermark, 2024, S. 52), um eigenverantwortliche Entwicklung und Teilhabe zu stärken. Das Regionalbudget zielt insbesondere auf den Schwerpunkt „Lebensqualität und Teilhabe“ ab, um Beteiligungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen, inklusive schwer mobilisierbarer, wie z.B. Jugendliche, zu schaffen und Selbstwirksamkeitserfahrungen anzuregen (RES 2023–2027 Uckermark, 2024, S. 37, 79).

Institutionelle Verankerung: Aufbau von sozialen Orten und externen Ressourcen (H12)

Netzwerkförderung: LEADER-Prozesse in der Uckermark wirken in Netzwerken von der lokalen bis zur überregionalen Ebene. Dass „nationale und transnationale Kooperationen lokaler Aktionsgruppen sowie Vorbereitung von Kooperationen“ im Rahmen der Richtlinie ausdrücklich förderfähig sind, unterstreicht die institutionelle Bedeutung von Vernetzung in LEADER (LEADER-Richtlinie 2024, S. 12). In den Fokusgruppen wird der Netzwerkeffekt häufig und von unterschiedlichen Akteur*innen genannt: Projektträger*innen, Young-LEADER-Vertreterinnen und LAG-Mitglieder berichten, dass LEADER den Austausch zwischen Akteursgruppen erleichtert und Verbindungen über einzelne Projekte hinaus aufbaut (F2, 51:25, Spr. 1; F2, 54:17, Spr. 7; F1, 12:39, Spr. 2; F1, 1:09:34, Spr. 7; F1, 17:00, Spr. 3). Ergänzend stärken regionale Kooperationen der LAG mit Partner*innen aus Wirtschaft, Naturschutz und Tourismus sowie die Mitarbeit in Projekten den Austausch über Themen der Regionalentwicklung. Ein Beispiel bietet das Modellvorhaben „Fahrtziel Natur“, in dem die LAG mit der Tourismus Marketing Uckermark GmbH kooperiert und dort im Nachhaltigkeitsbeirat vertreten ist (Auskunft Regionalmanagement 01.06.2026; RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 14). Überregional ist die LAG Uckermark Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft der Lokalen Aktionsgruppen Deutschland (BAG LAG), im „Forum ländlicher Raum - Netzwerk Brandenburg“ und zudem in brandenburgweiten LEADER-Gruppen

zum Erfahrungsaustausch sowie in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit eingebunden (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 59–60; RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 49; *Tabelle 4*).

Schaffung und Sicherung sozialer Orte: Neben der Engagement- und Netzwerkförderung werden über LEADER die Entstehung und Sicherung sozialer Orte gefördert. Die Richtlinie sieht investive Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität für die lokale Bevölkerung ausdrücklich vor und nennt dabei Begegnungszentren wie Jugend- und Seniorenclubs, Vereins- oder Dorfgemeinschaftshäuser sowie Investitionsvorhaben zur Schaffung, Erhaltung oder zum Um- und Ausbau von Mehrfunktionshäusern (LEADER-Richtlinie 2024, S. 14). In der letzten Förderperiode wurden 12 multifunktionale Bürgereinrichtungen gefördert (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 33). Zudem trägt das Regionalbudget zur Schaffung und Sicherung Sozialer Orte bei: 2024 wurden 13 Kleinprojekte umgesetzt, darunter Sanierungen und Ausstattungen von Gemeindehäusern, Sportstätten, Jugendtreffpunkten und Dorftreffs. Beispiele sind Arbeiten am Gemeindehaus Klaushagen, der Jugendtreffpunkt Thomsdorf oder die Parkettsanierung der Sporthalle Gneisenau. Insgesamt gab die LAG für diese Kleinprojekte Fördermittel im Wert von 105.271,53 € (Abrechnung Regionalbudget 2024). 2025 standen 100.000€ im Regionalbudget zur Verfügung. 45 Anträge wurden zum Projektauftrag gestellt, aus denen elf Projekte für die Förderung ausgewählt wurden, darunter ein Jugendclub als Dorfzentrum, eine offene Werkstatt, ein Atelier, eine Tanzfläche und eine Boulebahn (Aktionsplan Regionalbudget 2025). Die Fokusgruppen bestätigen, dass dadurch feste Orte geschaffen werden, die Lücken füllen und Menschen zusammenbringen. Als Beispiel wird der Spielplatz am See in Lychen genannt, der das Wohlbefinden der Einwohnenden, die Attraktivität des Ortes und die Bedingungen für Kinder verbessert hat (F1, 27:04, Spr. 7; F1, 28:26, Spr. 3; F1, 42:07, Spr. 2; F1, 37:40, Spr. 5). Ein*e Projektträger*in berichtet zudem, dass dessen Kulturprojekt durch die Förderung für mehr Menschen zugänglich gemacht werden konnte als zunächst geplant (F2, 1:08:15, Spr. 1).

Regionale Kooperationen und Neugründung von Initiativen: Als struktureller Effekt werden zudem neue oder stabilisierte Kooperationen sichtbar. Dazu gehört etwa die Einbindung von LEADER in Planungen auf Kreisebene sowie die Vertretung des Landkreises in der LAG durch die aktuelle Landrätin (RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 34). Beispiele dafür sind die Mitinitiierung von fünf Pilotinitiativen zu Projekten der Daseinsvorsorge sowie die Miterarbeitung des Kurortentwicklungskonzept der Stadt Templin 2012 in der letzten Förderperiode (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 33; RES 2014-2020 Uckermark 2014, S. 22). Die Rückkopplung von LAG-Ergebnissen in weitere Planungsprozesse verweist darauf, dass LEADER nicht nur einzelne Projekte fördert, sondern auch als Schnittstelle zwischen Förderpraxis und regionaler Planung wirkt. Über die Förderung bestehender Strukturen hinaus unterstützt LEADER damit die Entstehung neuer Initiativen und lokaler Konzepte. In der Projektübersicht zeigen sich beispielsweise Beteiligungs- und Planungsprojekte zur gemeindlichen Entwicklung, lokale Konzepte wie „Smarter Landkreis Uckermark“ sowie Sensibilisierungs-, Schulungs- und Informationsvorhaben mit Konzepterarbeitung, etwa zur Etablierung des Hugenotten- und Waldenserpfades (*Tabelle 4*). Inhaltlich verweist dies darauf, dass LEADER nicht nur materielle Infrastruktur schafft, sondern auch neue Formen lokaler Selbstorganisation, Planung und Projektinitiierung anstößt. Die Abschlussevaluierung bestätigt, dass LEADER in der Uckermark als Motor für die Neugründung kleiner, regional verankerter Vorhaben wirkt (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 33). Aussagen aus den Fokusgruppen deuten zudem darauf hin, dass LEADER eine regionale Infrastruktur für Kooperation und Informationsaustausch bereitstellt und zum Beispiel Dorfgemeinschaften durch umgesetzte Projekte reaktiviert und inspiriert werden können.

Tabelle 4: Übersicht der geförderten Projekte der LAG Uckermark 2014-2025 (Stand 30.09.2025). Zu beachten ist hier, dass die Projekte überwiegend der letzten Förderperiode zuzuordnen sind, da zu Beginn einer Förderperiode (hier ab 2024) aufgrund der Bewilligungs- und Umsetzungszeit wenige Projekte bereits umgesetzt sind (Auskunft Regionalmanagement 30.09.2025).

Anzahl an Projekten 2014 - 2025	Fördergegenstand	Beispielprojekt
2	Beteiligung/ Erarbeitung von Plänen zur gemeindlicher Entwicklung	Leitbilderstellung zur Sicherung der Daseinsvorsorge, Verbesserung der Lebensqualität und Stärkung der regionalen Wirtschaft im deutsch-polnischen Wirtschaftsraum Unteres Odertal
2	Lokale Konzepte	Strategieentwicklung "Smarter Landkreis Uckermark"
3	Sensibilisierungs-, Schulungs-, Informationsvorhaben sowie Konzepterarbeitung	Erarbeitung eines Konzeptes zur Etablierung des Hugenotten- und Waldenserpfades (Wanderweg)
4	Regionalmanagement für jeweils 2 Jahre	
1	LAG Uckermark e.V. - Kleine Lokale Initiativen 2018	Garten für Alle in Lychen – Initiative des Mehrgenerationenhaus
2	Ländliche Infrastruktur außerhalb des Ortes	Erneuerung der Straßenverbindung Warnitz - Neuhoof - Blankenburg
12	Dorfentwicklung - privat (4) - gemeinnützig (8)	Umbau des ehemaligen Ratseck zu einem Gemeinschaftshaus - Erneuerung der Außenhülle und Außenanlagen in Lychen
19	Lebensqualität - Erhalt Kulturerbe - gemeinnützig (5) - privat (6) - öffentlich (8)	Sanierung der Dorfkirche „Grüne Kirche Kummerow"
21	Lebensqualität - öffentl. Freizeit- und Tourismusinfrastruktur	Erneuerung und Sanierung der Steganlage des Strandbades Wolletzsee
48	Lebensqualität - öffentliche Grundversorgung	Soziokulturelles Zentrum Gut Kleinow; Erweiterungsbau der Jugendeinrichtung "JugendKella" der ev. Kirchengemeinde Templin; Modernisierung Ärztehaus Passow - Umbau einer Wohnung zur Erweiterung Zahnarztpraxis
60	Regionale Wirtschaft	Café "Dornröschen" - Neubau Bildungs- und Begegnungsstätte in Karlstein
174	Gesamt	

Das zeigen die Effekte eines umgesetzten LEADER-Projekts eines/einer privaten Projektträger*in in einem kleinen Dorf, worauf eine Projekthäufung folgte, Leerstand belebt und das Dorf reaktiviert wurde (F1, 47:22). Ein*e Sprecher*in eines Bündnisses für Demokratie äußerte dennoch den Wunsch nach engerer und strukturierter Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Bündnissen, um demokratiefördernde Prozesse über LEADER langfristig zu stärken und dem bottom-up Prinzip gerecht zu werden (F2, 1:28:03, Spr. 3).

Erfahrungen anderer Regionalmanagements

Ergebnisse aus den Interviews zur Dimension Struktursicherung und -entwicklung

Die Ergebnisse der Fallstudie Uckermark werden durch die Aussagen der beiden weiteren Regionalmanagements in mehreren Punkten ergänzt. Bereits in der Uckermark wird der Beitrag von LEADER zur Stärkung von Begegnungsorten, zur Förderung von Engagement, zur Unterstützung lokaler Vereine sowie zur Stabilisierung regionaler Kooperationen und Netzwerke sichtbar. Zudem wird das Regionalbudget als Instrument der lokalen Mitgestaltung beschrieben. Die zusätzlichen Interviews greifen diese Befunde auf und konkretisieren sie mit Blick auf die Rolle der Regionalmanagements als initiiierende, vermittelnde und qualifizierende Akteur*innen.

Die Initiierung von Dörfernnetzwerken wird als weitere Möglichkeit der Stabilisierung regionaler Netzwerke genannt, wobei das Einbringen von Wissen und Prozesskompetenzen durch das Regionalmanagement hierbei Treiber ist (IT2, 15:31). Auch die Befähigung von Engagierten zur eigenen Projektinitiierung und -umsetzung wird hervorgehoben, zusätzlich werden die Förderung lokaler Vereine, die Verstetigung von Projekten in beständige Strukturen und die Vermittlung von Ansprechpersonen als struktursichernde Effekte genannt (IT2, 2:30; IT2, 4:30; IT2, 28:36). Ein Projekt zur Qualifizierung Ehrenamtlicher wird ebenfalls als demokratiefördernd erwähnt und ergänzt den Schwerpunkt der Engagementförderung in der Uckermark (IT1, 12:30).

Auch die Aussagen zum Regionalbudget schließen an die Ergebnisse der Fallstudie an. In den Interviews wird das Regionalbudget als Chance, „kleine Dinge zu verändern und selbst mitzugestalten“ bezeichnet und als „indirekte Demokratieförderung“, vor allem durch die geforderten Kooperationen und den Netzerkausbau (IT1, 10:30). Damit wird ein Befund aus der Uckermark bestätigt, wonach LEADER über die Projektfinanzierung hinaus Austausch- und Beteiligungszusammenhänge unterstützt.

Ergänzend nennen die Regionalmanagements LEADER als Beitrag für Themen, die auf kommunaler Ebene nicht oder nur unzureichend bearbeitet werden, etwa im Bereich der Ehrenamtsförderung (IT2, 17:00). Ein weiterer Aspekt betrifft die überregionale Ebene: LEADER wird als Möglichkeit benannt, die Stimme und die Bedarfe des ländlichen Raums nach außen zu tragen und damit wichtige Lobbyarbeit zu leisten (IT2, 37:30; IT2, 38:00).

4.2. Schutz der Demokratie in LEADER

Erfahrungen mit Antidemokratie in LEADER (H13)

In der Uckermark werden antidemokratische Bestrebungen vor allem in Form von Projektanträgen beschrieben. Demnach gab es in der Vergangenheit Projektanfragen aus dem Umfeld der Anastasia-Bewegung und der Reichsbürger*innen-Bewegung (Auskunft Regionalmanagement 30.09.2025; F1, 1:33:24, Spr. 3). In der Regel berät das Regionalmanagement jede*n Interessierten vor deren Antragsstellung und lernt diese kennen. Daher wird die Verantwortung des Regionalmanagements, die Absichten der Antragstellenden früh einzuschätzen, als hoch bewertet, wobei LAG/RAK diese beratend begleiten (F1, 1:34:09). Ein*e Sprecher*in der Fokusgruppe betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der intensiven Projektberatung für die Achtung der Demokratie in LEADER, die durch die erhöhte Aufgabenlast des Regionalmanagements in Form von verwaltungstechnischen Aufgaben erschwert wird (F2, 1:37:01, Spr. 2). In der ersten Stufe der Projektbewertung wird zunächst geprüft, ob

die Mindestanforderungen erfüllt sind. Zu diesen hat die LAG in Reaktion auf Projektanträge aus der rechtsextremen Szene im letzten Jahr eine Anforderung hinzugefügt, die die Achtung von Demokratie und Menschenwürde und den Ausschluss von Extremismus und Diskriminierung des Projektvorhabens erfordert (F1, 1:34:09, Spr. 5; F2, 1:31:15, Spr. 2; RES 2023-2027 Uckermark 2024, S. 76). Nach der Prüfung werden Projektanträge zunächst im jeweiligen RAK diskutiert, welcher daraufhin Empfehlungen zur Projektbewertung an die LAG weitergibt, die in der Mitgliederversammlung die abschließende Votierung vornimmt (Informationen zum Projektauswahlverfahren der LAG Uckermark siehe *Kapitel 3.2.3*). Teilnehmende der Fokusgruppen betonten die Wichtigkeit der Bekanntmachung und Vorstellung von Projektanträgen in öffentlichen LAG- und RAK-Sitzungen, in denen durch Diskussion und kritische Rückfragen an die Antragstellenden mögliche „Unschärfen aus dem Projektantrag“ sichtbar werden (F1, 1:06:55, Spr. 3, 5; F2, 1:31:15, Spr. 2).

In beiden Fokusgruppen wird diskutiert, wo die Grenze zwischen politisch problematisch und tatsächlich antidemokratisch zu ziehen ist (F1, 1:40:06, Spr. 3; F2, 1:41:17, Spr. 2, 4). Grundsätzlich ist es den Teilnehmenden wichtig, Antragstellende mit „nicht regelbasierten Interessen“, rechtsextremen Ansichten oder mit Interesse an reinen „Mitnahmeeffekte[n]“ frühzeitig zu enttarnen (F1, 1:36:30, Spr. 5; F1, 1:40:06, Spr. 3). In der zweiten Fokusgruppe wurde zudem um Vorsicht gebeten, allen Antragstellenden, die die Mindestanforderungen erfüllen, d.h. Demokratie achten, unabhängig von weiteren politischen Einstellungen, gleiche Chancen auf Förderung zu ermöglichen und keiner „Gesinnungsprüfung“ zu unterziehen (F2, 1:38:10, Spr. 4).

Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Demokratie in LEADER (H14)

Aus der Darstellung der Erfahrungen mit Antidemokratie wird deutlich, dass die LAG Uckermark bereits Maßnahmen nutzt, die im Umgang mit Akteur*innen mit antidemokratischen Absichten helfen. Diese werden folglich näher beschrieben.

Verankerung im Projektbewertungsprozess: Die Berufung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne der Achtung von Demokratie und Menschenwürde und dem Ausschluss von Extremismus und Diskriminierung ist als Mindestkriterium und im Projektblatt verankert, und bietet einen Schutzmechanismus und Ausschlussreferenz bei auffälligen extremistischen Inhalten von Projektträger*innen (F2, 1:40:58, Spr. 7; (F1, 1:51:06, Spr. 3, Spr. 5, Spr. 6, Spr. 7). Das Kriterium gibt der LAG die Möglichkeit, Antragstellende aufgrund der Nichtachtung auszuschließen und sichert diese im Falle eines Widerspruchs von Antragstellenden vor Verleumdung ab (F2, 1:40:26, Spr. 2). Außerdem werden die Vorstellung von Projektvorhaben im Rahmen von RAK- und LAG-Sitzungen, an denen teilweise lokale Pressevertreter*innen teilnehmen, als wirkungsvoller demokratischen Schutzmechanismus und (De)legitimierungsmöglichkeit von Projektvorhaben durch eine breite Öffentlichkeit genannt (F1, 1:06:55, Spr. 3, 5; F2, 1:31:15, Spr. 2). Die Moderation von Sitzungen habe zudem eine hohe Verantwortung, einen demokratischen und fairen Aushandlungs- und Projektbewertungsprozess zu koordinieren (F1, 1:41:15, Spr. 3).

Vernetzung und Austausch: Betont wird zudem der bundesweite Austausch und die Vernetzung mit anderen LAGn zum Thema Antidemokratie und LEADER, um gemeinsam Informationen, Handlungsmöglichkeiten und Maßnahmen zu finden (F2, 1:31:15, Spr. 2). Die Zusammenarbeit mit der Partnerschaft für Demokratie und dem Mobilen Beratungsteam Angermünde bietet das Potential Präventions- und Schutzmaßnahmen für die LAG zu unterstützen, unter anderem durch

Konfliktberatung bei Vorfällen mit antidemokratischen Akteur*innen in LEADER-Prozessen sowie durch die Sensibilisierung für antidemokratische und rechtsextreme Einzelpersonen und Akteursnetzwerke in der Region. Unklar bleibt jedoch, ob die damit verbundenen Potentiale für Prävention und Schutz in der bisherigen Zusammenarbeit bereits genutzt werden, wobei eine engere Zusammenarbeit angestrebt wird (RES 2023–2027 Uckermark 2024, S. 32).

Demokratisches Werteverständnis: Die Verankerung gemeinsamer Werte sowie von Umgangs- und Arbeitsweisen kann eine wichtige Grundlage für die Aufnahme neuer Mitglieder und eine Handlungsorientierung für bestehende Mitglieder geben und zugleich vor der Unterwanderung der LAGn durch antidemokratische Akteur*innen schützen. Wie bereits in der Kategorie *Demokratische Werteverankerung (H4)* erwähnt, hat die Young-LEADER-Gruppe diesen Prozess bereits durchlaufen (F1, 1:48:08, Spr. 2). Die LAG nutzt bislang vor allem ihr Leitbild und sieht weiterhin Bedarf an der Erarbeitung von Umgangsregeln sowie an der Verankerung demokratischer Prinzipien im Leitbild und in der Geschäftsordnung (F1, 1:49:05, Spr. 5; F1, 1:49:39, Spr. 7, 3).

Erfahrungen anderer Regionalmanagements

Ergebnisse aus den Interviews zur Dimension Schutz der Demokratie

Neben einer Projektanfrage von Aktiven der AfD berichtet ein Regionalmanagement einer anderen LAG Brandenburgs von einem Unterwanderungsversuch eines rechtsextremen Akteurs, der sich als Vorstandsmitglied in der LAG beworben, jedoch nicht gewählt wurde (IT1, 27:20, Spr. 1, IT1, 33:00, Spr. 4). Die Aussage eines Regionalmanagements einer anderen LAG in Brandenburg bestätigt die Wichtigkeit, die Absichten und die Vernetztheit von Antragstellenden frühzeitig zu erkennen, auch um über LEADER keine Konflikte anzuregen (IT2, 34:52). Zudem spielt die Frage, wo die Grenze zu Rechtsextremismus liegt eine Rolle, ebenso wie die nach dem Umgang mit der AfD und ihren Unterstützer*innen (IT2, 30:00).

Die zusätzlichen Interviews ergänzen die in der Fallstudie Uckermark bereits sichtbaren Präventionsmaßnahmen zum Schutz demokratischer Verfahren um weitere regionale Beispiele, wobei die Wahl der Maßnahmen zur Sicherstellung demokratischer Prozesse unter LAGn variiert.

Im zweiten Interview wird die Initiierung der Umsetzung einer Partnerschaft für Demokratie über LEADER als zusätzlicher Präventionsansatz genannt (IT2, 15:31). Ebenfalls ergänzt werden die Ergebnisse der Fallregion durch Hinweise auf die Unterstützung durch Mobile Beratungsteams sowie auf Stärkung einer lokalen Willkommenskultur als Auswahlkriterium (IT2, 31:30, 33:30). Zudem müssen Projektvorhaben in dieser LAG mit der/dem jeweiligen Bürgermeister*in und dem Ortsbeirat abgestimmt und deren Einverständnis eingeholt werden. Durch dieses Mindestkriterium soll sichergestellt werden, dass Maßnahmen auf kommunaler Ebene mitgetragen werden und potenziell konfliktträchtige Vorhaben mit geringen regionalen Anschlusschancen frühzeitig ausgeschlossen werden können (IT2, 33:30).

Die im ersten Interview befragten Regionalmanagements benannten darüber hinaus ebenfalls die Bekennung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Mindestkriterium für die Projektauswahl in beiden LAGn (IT1, 28:23). Auch die öffentliche Vorstellung von Projektvorhaben in LAG-Sitzungen wird bestätigt und als Mittel beschrieben, um das Einschätzungsvermögen bei schwer zu beurteilenden Anträgen zu verbessern. Genannt werden hier insbesondere erweiterte Vorstandssitzungen, in denen

Vorhaben vor einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden (IT1, 28:23; IT1, 30:47; IT1, 36:03). In konfliktreichen Situationen helfen Sachthemen, um Diskussionen konstruktiv zu halten (IT2, 28:36). Ergänzend wird der bundesweite Austausch über das Thema als wichtig hervorgehoben, ebenso transparente Projektberatungen und die Recherche zu Antragstellenden bei Verdacht auf antidemokratische Absichten (IT1, 29:32; IT1, 35:21).

5. Diskussion

Im vorliegenden Kapitel erfolgt die Diskussion der Forschungsergebnisse der Fallstudie Uckermark und der Interviewergebnisse. Deren Interpretation erfolgt unter Rückbezug auf die in *Kapitel 1.1.* formulierten Forschungsfragen und der Einordnung in den in *Kapitel 2* erarbeiteten Forschungsstand sowie weiterer Studien, um Gemeinsamkeiten und Widersprüche herauszuarbeiten.

5.1. Demokratischer Mehrwert von LEADER

Forschungsfrage 1: Wie trägt LEADER zur Förderung demokratischer Prozesse in Brandenburg bei?

Zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage zeigen die Ergebnisse, dass LEADER das Potential hat, in den drei Dimensionen individuelle Haltungs- und Kompetenzentwicklung, Verfahrenssicherung und Struktursicherung zu Demokratieförderung beizutragen. Die einheitliche Verankerung von Beteiligungsprozessen und des bottom-up Prinzips über die Richtlinien wie der RES-Erarbeitung, stellen dafür eine wichtige Voraussetzung dar. Die regionalen Handlungsspielräume in der Umsetzung und Verfahrensgestaltung der LEADER-Methode führen dazu, dass die Wirkung von LEADER auf demokratiefördernde Aspekte in den LAGn unterschiedlich ausgeprägt sind: Dazu führen eine Unterschiedlichkeit in regionalen Bedarfen sowie in Entscheidungsfindungsprozessen und Diskussionskulturen innerhalb der LAGn. Diese Erkenntnis ergänzt sich mit Ergebnissen von Pollermann et al. (2020), die belegen, dass LEADER abhängig von sozioökonomischen, administrativen und institutionellen Faktoren in Regionen ausgestaltet wird. Wo in der Uckermark die demokratische Gremienarbeit mit Mitbestimmung und Befähigung lokaler Akteur*innen zur Umsetzung regional wirksamer Projekte fokussiert werden, wird in anderen LAGn Brandenburgs Priorität auf Kinder- und Jugendbeteiligung oder die Stärkung von Akteur*innen über Netzwerke gelegt.

Aspekte der Demokratieförderung über LEADER finden sich dabei auf allen Analyseebenen wieder: In demokratiestärkenden Wirkungen von Regionalbudgetprojekten (Projektebene), Projektförderschwerpunkten und Projektauswahlkriterien zur gezielten Stärkung demokratischer Infrastruktur und Teilhabe (RES), der Durchführung von wirksamen Beteiligungsprozessen und Förderung einer demokratischen Kultur des Miteinanders in Gremien (LAG-Governance) sowie in den formalen Rahmenbedingungen, die diese Handlungsspielräume ermöglichen (Richtlinie).

In allen vier untersuchten Dimensionen wird deutlich, dass das Regionalmanagement eine hohe Verantwortung für die Umsetzung aller LEADER-Prozesse trägt, die die demokratische Qualität beeinflussen. Sie beraten Projekte und erfassen dabei, ob diese gegen die Grundwerte der LAG verstoßen, sie koordinieren die Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligungsprozesse und haben so direkten Einfluss auf die Reichweite und Transparenz der LEADER-Prozesse. Durch die Moderation der Sitzungen der LAG liegt bei Ihnen auch die Verantwortung, eine offene Diskussionskultur sicherzustellen. Dadurch beeinflussen sie die Ausschöpfung dieser demokratiefördernden Potentiale.

Inklusive regionale Mitgestaltung statt bloßer Repräsentation

Die Ergebnisse zeigen, dass der demokratische Mehrwert von LEADER weniger in repräsentativer Legitimation liegt als in der Offenheit der Mitarbeit in Prozessen und Gremien, gemeinsamer Aushandlung und erfahrbarer Selbstwirksamkeit. In der Uckermark zeigt sich dies besonders deutlich in der Struktur der regionalen Arbeitskreise sowie in der breitenwirksamen RES-Erarbeitung. Dort entsteht demokratisches Potential vor allem durch die Sicherstellung eines transparenten Verfahrens und wirksamer Beteiligung, dessen Ergebnisse sich in regionalen Entwicklungsprozessen rückkoppeln. LEADER stärkt damit nicht in erster Linie die repräsentative Demokratie, sondern eine prozedurale Form demokratischer Praxis vor Ort. Das stärkt das in *Kapitel 2.2.2.* hergeleitete deliberativ-pluralistische Demokratieverständnis, wonach demokratische Qualität nicht allein über formale Repräsentation, sondern auch über Beteiligung, Verfahren und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu fassen ist.

Über die Gremienarbeit, die Beteiligung an der RES, das Regionalbudget sowie teilweise im Projektantragsverfahren erfahren LEADER-Beteiligte Selbstwirksamkeit durch die Möglichkeit, regionale Entwicklung mitzugestalten. Die partizipative RES-Erarbeitung kann in dem Sinne als Angebot zur regionalen Identitätsstärkung betrachtet werden, da sie das gemeinsame Erleben demokratischer Beteiligungsverfahren ermöglicht und damit eine zentrale Voraussetzung für demokratischen Zusammenhalt stärkt (Groh-Samberg & Schmelzle, 2025). In der letzten Förderperiode haben in Brandenburg über 3.600 Menschen an Veranstaltungen zur Entwicklung der RES in den 14 LEADER-Regionen teilgenommen (Schwarz & Welz, 2019).

Beteiligungsprozesse über LEADER leisten durch die formale Verankerung (RES-Prozess, regionale Kooperationen, Projektaufrufe) eine verlässliche und kontinuierliche Möglichkeit, sich einzubringen, erreichen aber nicht automatisch alle Zielgruppen. Ergebnisse der Kategorie Reichweite und Inklusion zeigen in Bezug auf die LAG Uckermark, dass zwar eine Interessens- und Perspektivenvielfalt innerhalb der LAG gegeben und Inklusion in Strategie und Richtlinie verankert ist, marginalisierte Gruppen jedoch fehlen und junge Perspektiven bisher unzureichend vertreten und herausfordernd einzubinden sind. Die anderen interviewten Regionalmanagements in Brandenburg sowie die Literatur bestätigen die Unterrepräsentanz von schwer erreichbaren Zielgruppen in LEADER-Prozessen, unter anderem begründet durch steigenden Verwaltungsaufwand für LAGn, der Kapazitäten für Aushandlung und Beteiligung einnimmt (BMEL, 2025; Navarro et al., 2015; Pisanni et al., 2017). Das deutet auf eine Ambivalenz des bottom-up Ansatzes hin: Die Langwierigkeit und der verwaltungstechnische Aufwand, der insbesondere dem Regionalmanagement obliegt, z.B. regelmäßiges Reporting der LAG an Verwaltungsbehörden und Protokolldokumentationen von LAG-Sitzungen, erzeugen einerseits eine hohe Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Prozessen. Andererseits gehen diese zu Lasten der Kapazitäten des Regionalmanagements, sodass diese für Vernetzungs- und Unterstützungsarbeit und Aktivierung regionaler Akteur*innen fehlen. Zudem werden die bürokratischen Vorgaben als Hürden wahrgenommen, die abschreckend wirken und zu impliziten Selektionsmechanismen führen. Beteiligung zu ermöglichen, bedeutet daher nicht gleich Inklusion. Die Berücksichtigung sozialer und kultureller Verhältnisse, von Wissen, Zeit, Ressourcen und institutioneller Nähe Einzelner sind für die Gestaltung von inklusiven Verfahren in LEADER zentral. Relevant für inklusive Bürgerbeteiligungsverfahren sind zudem eine klare Definition des Ziels der Inklusion und der Rolle der zu beteiligenden Gruppen in Folgeprozessen (Seim, 2025). In der Brandenburger Evaluierung der letzten Förderperiode wird die Notwendigkeit für die zielgruppenspezifische Ansprache und die Verbesserung einer breitenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit bereits betont (Schwarz & Welz, 2019). Für LEADER in

Brandenburg stellt sich angesichts der Ergebnisse zusätzlich die Frage, inwiefern die formale Verankerung von Inklusion in Hinblick auf die Kapazitäten der LAGn vor Ort tatsächlich umsetzbar ist. Nousiainen & Mäkinen (2015) argumentieren daher, dass in zukünftigen Evaluationen neben Beteiligungszahlen auch die soziale Reichweite der Beteiligung erhoben werden sollten.

Die in *Kapitel 2.2.2.* erklärte Frage nach dem Recht verschiedener Gruppen auf demokratische Responsivität (Demos-Problem) kann aus den Ergebnissen der Fallstudie für LEADER so beantwortet werden, dass Beteiligung in LEADER grundsätzlich für alle Menschen, auch ohne Wahlrecht, möglich ist.

Förderung von Wirtschaft und öffentlicher Infrastruktur als Demokratiefaktor

Die Ergebnisse der untersuchten Dimension Struktursicherung und -entwicklung zeigen, dass die Förderung von öffentlicher Infrastruktur und Wirtschaft demokratiefördernd wirken kann (*Kapitel 4.1.3.*). Über die in den Richtlinien definierten Fördergegenstände werden über LEADER in Brandenburg regionale Wirtschaft- und öffentliche Infrastrukturprojekte gefördert. Die für die Projektumsetzung erforderliche Stärkung der RES-Entwicklungsziele sowie die Rückkopplung von Ergebnissen aus Beteiligungsverfahren in regionale Planungsverfahren haben das Potential für eine hohe Akzeptanz für LEADER-Vorhaben in der regionalen Bevölkerung (Schwarz & Welz, 2019). Diese Beobachtung wird durch die Fallstudie bestätigt: Die Schaffung öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge über Projektförderungen wird als wichtiger demokratiestärkender Aspekt hervorgehoben, da diese eine breite Zielgruppe erreichen und sichtbar gemacht wird, dass EU-Mittel in der Region für sinnvolle Projekte ankommen. Insbesondere über das Regionalbudget werden Begegnungsorte aufgebaut, die als Soziale Orte über ihre Gemeinwohlorientierung, Anknüpfung an lokale Bedarfe, Stärkung des Engagement und dessen kollektiven Aufbau lokale Demokratie stärken (Vogel, 2025). Die Niedrigschwelligkeit des Regionalbudgets ist zentral, da Beantragung und Abwicklung aus Sicht der Antragstellenden leichter zu bewältigen sind und auch zivilgesellschaftlichen Vereinen und Organisationen mit geringen Eigenmitteln die Umsetzung von Projekten ermöglichen. Zudem bestätigt auch die Literatur, dass die Einbindung von Nutzer*innen in die gesamte Projektplanung und -umsetzung zu „passenden Angeboten und Verantwortungsübernahme“ beiträgt (Fynn & Pollermann, 2022, S. 1). Der demokratiestärkende Effekt liegt laut der Ergebnisse auch in der Erfahrung, dass regionale Entwicklung gestaltbar ist und nicht ausschließlich von außen bestimmt wird. Dies ist besonders relevant in strukturschwachen Räumen, in denen wirtschaftliche Unsicherheit, fehlende Infrastruktur und das Gefühl des Abgehängtseins häufig mit politischer Unzufriedenheit verbunden sind (Franke et al., 2026). Daraus entwickelt sich folgende These, die weitere Untersuchung bedarf: Wo Menschen erleben, dass Gelder in peripheren Räumen regionale Defizite füllen können, kann dies die Wahrnehmung politischer Gleichwertigkeit stärken. Das ist auch in Hinblick auf die in *Kapitel 2.2.5.* beschriebenen Transformationserfahrungen Ostdeutscher relevant, aufgrund derer positive Demokratieerfahrungen besonders wichtig werden. Zudem unterstreicht eine Studie zu politischen Einstellungen in Brandenburg, dass der Ausbau von Infrastruktur und die Entwicklung gemeinsamer Zukunftsvisionen zentrale Antworten auf finanzielle Sorgen, Vertrauensmangel in die Politik und Zukunftsängste sein können, die auch von rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur*innen zur Mobilisierung genutzt werden (Faus et al., 2024).

Durch die Schwerpunktsetzung der LAG auf regionale Wertschöpfung werden in der Uckermark neue Akteursnetzwerke sowie Wohlstand gefördert. Dabei kann ein Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung im Rahmen von LEADER und demokratischen Effekten hergestellt werden. Die

Verantwortung für hohe Summen an Fördermitteln wird Akteur*innen vor Ort übertragen, die ansprechbar und nahbar sind und Investitionen realisieren, von denen Regionen langfristig profitieren. Das stärkt die regionalpolitische Steuerungs- und Handlungsfähigkeit und damit möglicherweise auch das Vertrauen in demokratische Entscheidungsgremien. Auch die Literatur spricht dafür, LEADER als Schnittstelle zwischen ökonomischer und demokratischer Entwicklung zu verstehen. Zago et al. (2014) betonen, dass lokale Partnerschaften Synergien zwischen Sektoren erzeugen und regionale Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. Costa et al (2016) und Pisani et al. (2017) verweisen darauf, dass solche Netzwerke nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Wirkungen entfalten. Diese Wirkung bestätigt sich in der Uckermark, wo die Projektförderung Akteur*innen zum Engagement für regionale Entwicklung im RAK brachte. Gleichzeitig wird in der Fallstudie und in Evaluationen mehrfach die Hochschwelligkeit des Antragsverfahrens benannt, die die Zugänglichkeit der LEADER-Förderung einschränkt (Schwarz & Welz, 2019). Zudem wird von Akteur*innen aus der Uckermark sowie der weiteren befragten Regionalmanagements deutlich, dass durch LEADER geförderte Projekte aufgrund mangelnder Sichtbarkeit und Kompliziertheit des Programms in der öffentlichen Wahrnehmung häufig nicht in Zusammenhang mit EU-Förderung gebracht werden. Das macht eine Verbesserung einer niedrigschwelligen und regional passenden Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsstrategien notwendig.

Die Ergebnisse erlauben keine eindeutige Aussage, ob über das Vertrauen in regionale Handlungsfähigkeit hinaus auch das Vertrauen in demokratische Institutionen wie der EU über LEADER gestärkt werden kann. Angesichts des sinkenden Vertrauens der deutschen Bevölkerung in politische Institutionen (Franke et al., 2026) und in den Ergebnissen benannte Abwehrrnarrativen gegenüber LEADER als EU-Förderprogramm macht sich hier ein wichtiges Handlungsfeld zur Demokratieförderung auf, indem diskutiert werden sollte, welche Rolle LEADER in der Stärkung des Vertrauens in EU und Landesregierung als Ermöglicher*innen der regionalen Wirkung von LEADER spielen kann. Der Deutschland-Monitor konstatiert, dass Veränderungsbereitschaft „prozedural durch transparente Prozesse sowie die Erklärung von politischen Richtungsentscheidungen – inklusive der transparenten Kommunikation von Notwendigkeiten, Zielen sowie Vor- und Nachteilen“ steigt (Franke et al., 2026, S. 96). Die Ergebnisse zeigen, dass LEADER hoch transparente und nachvollziehbare Prozesse gestaltet. Hier lässt sich ein möglicher Zusammenhang vermuten, der weiterer Untersuchung bedarf.

Demokratielernen durch Gremienarbeit

Ein dritter zentraler Wirkmechanismus zeigt sich im Demokratielernen durch Gremienarbeit. Die Ergebnisse der Dimension individuelle Kompetenz- und Haltungsentwicklung (*Kapitel 4.1.1.*) legen nahe, dass LAG- und RAK-Mitglieder im Rahmen der Gremienarbeit demokratische Kompetenzen erlernen. Dazu gehören Perspektivwechsel, das Aushandeln unterschiedlicher Positionen, der Umgang mit Konflikten sowie ein lösungsorientierter Umgang mit regionalen Interessen. Besonders in den RAKs der Uckermark wird sichtbar, dass diese Lernprozesse durch die beständige und wertschätzende Zusammenarbeit in den Gremien gestützt werden. Pollermann & Schwarze (2019) bestätigen im Rahmen einer Befragung von LAG-Mitgliedern aus vier Bundesländern, dass eine hohe regionale Verbundenheit und Zufriedenheit mit dem LEADER-Prozess die Engagementbereitschaft stärkt.

Die Einblicke in Diskussionsdynamiken verschiedener LAGn in Brandenburg zeigen die Bedeutung von Konfliktfähigkeit, einem konstruktiven Umgang mit Machtdynamiken, dominierenden Einzelinteressen und geeigneter Moderation für einen fairen Aushandlungsprozess. Eine Studie über den sozialen

Mehrwert von LEADER in Estland bestätigt dazu, dass die Bildung gemeinsamer sozialer Werte durch Machtasymmetrien oder soziale Exklusion in Gruppen verhindert werden kann (Asso & Kangro, 2025). Formale Regelungen und Richtlinienbezüge, etwa auf Diskriminierungsfreiheit oder Verfahrenskonformität, sind dabei wichtige Schutzfunktionen, die dabei helfen können, Missbrauch der LEADER-Förderung vorzubeugen, demokratische Verfahren abzusichern und LAG-Mitglieder zu normgerechtem Handeln zu verpflichten. Nousiainen & Mäkinen (2015) betonen dennoch, dass formale Beteiligung allein nicht genügt, da auch von Engagierten in dezentralen Governance-Prozessen die demokratische Rechenschaftspflicht angezweifelt werden kann, wenn diese ihre Rolle nicht als politisch verstehen. Das bestärkt die Wichtigkeit gemeinsamer sozialer und demokratischer Werte und der Verantwortung der LAG-Mitglieder und des Regionalmanagements zur Sicherstellung demokratischer Prozesse. Damit wird LEADER zu einem Lernraum für demokratische Praxis.

Abschließend lässt sich argumentieren, dass die Übertragung der Entscheidungsverantwortung auf eine Vielfalt gesellschaftlicher Gruppen, die nicht von öffentlichen Akteur*innen bestimmt ist, Gruppen ohne kommunalpolitische Repräsentanz in regionalen Entwicklungsprozessen eine politisch wirksame Stimme verleiht und damit demokratische Teilhabe stärkt. Die Arbeit in den Gremien fördert unter LAG-Mitgliedern nicht nur Wissen über Beteiligungsverfahren und kommunale Entscheidungsstrukturen, sondern auch kommunikative und soziale Kompetenzen. Das lässt darauf schließen, dass demokratische Beteiligungskultur über LEADER gefördert wird.

Aus den Ergebnissen und aktuellen Diskussionen um das LEADER-Förderprogramm ergeben sich drei Spannungsfelder, die in Hinblick auf das demokratiefördernde Potential des Programms in Brandenburg relevant sind.

5.1.1. Spannungsfeld: Demokratische Legitimität

Ein Spannungsfeld betrifft die demokratische Legitimität von LEADER. LAGs sind keine repräsentativ gewählten Gremien, treffen aber bedeutsame Entscheidungen über öffentliche Mittel. Die Ergebnisse der Dokumentenanalyse zeigen, dass die formale Legitimität durch den Auswahlprozess zur LEADER-Region, transparente Verfahren, klare Ziele, Evaluationsmechanismen sowie die vielfältige Zusammensetzung der LAG aus öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie Wirtschafts- und Sozialpartnern gewährleistet ist. LEADER bildet damit eine parallele Steuerungsebene mit Entscheidungsbefugnis.

Aus einem partizipativ-deliberativen Demokratieverständnis argumentierend, ist für demokratische Legitimität weniger die formale Stellung von Entscheidungsgremien relevant, sondern viel mehr die Qualität der Aushandlungsprozesse in diesen (Habermas, 1996). Demokratische Rechenschaft zur Sicherung der Legitimität sollte demnach nicht nur kontrollieren, sondern einen öffentlichen Lernprozess ermöglichen (Hanberger, 2009). Aus den Ergebnissen wird deutlich, dass LEADER durch die Gremienarbeit einen solchen Gestaltungs- und Lernrahmen für demokratische Prozesse bietet. Die hohe Akzeptanz von LEADER in Brandenburg (Schwarz & Welz, 2019) legitimiert zudem das Verfahren unter der Bevölkerung.

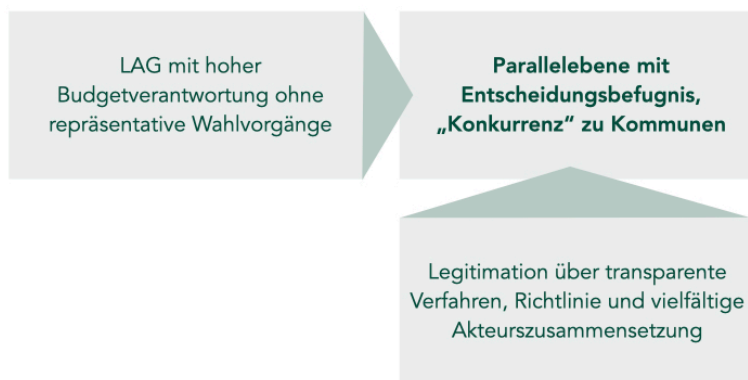


Abbildung 9: Spannungsfeld 1: Demokratische Legitimation (eigene Darstellung)

Kommunale Mandatsträger*innen in der Uckermark, die nicht in LEADER-Gremien sitzen, nahmen die hohe Budgetverantwortung der LAG in Hinblick auf die geringe eigene finanzielle Ausstattung teilweise als konkurrierend wahr, woraus sich ein Spannungsfeld ergibt (Abbildung 9). Diese Wahrnehmung verweist auf ein dringendes Handlungsfeld: Die geringe Finanzausstattung der

Kommunen in Brandenburg bei gleichzeitig hoher Umsetzungsverantwortung für mehr als 50 Prozent der öffentlichen Investitionen macht eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen erforderlich, um ihre Handlungsfähigkeit zu stärken (Bertelsmann Stiftung, 2025; SRLE, 2024). Diesen Handlungsbedarf empfiehlt auch der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) in seiner Stellungnahme „Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Demokratiegefährdung“, damit Vertrauen in politische Institutionen wachsen kann (SRLE, 2024). Zudem sind die Verantwortungsbereiche von Kommunen und LEADER unterschiedlich gelagert und bieten an, sich auf Synergiewirkungen im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung, statt auf Konkurrenz zu fokussieren. Kommunen sollten zudem für die Bedeutsamkeit des dezentralen Steuerungsansatz in LEADER und über die eigenen Vorteile von LEADER sensibilisiert werden: Kommunale Projektvorhaben können über LEADER bis zu 80% gefördert werden (MLUK, 2024a). Die Unterstützung durch die LAG bei der Antragstellung sowie die Ausrichtung an der jeweiligen RES tragen zu einer bedarfsgerechten Umsetzung und einer höheren Akzeptanz der Maßnahme bei (Schwarz & Welz, 2019). Gleichzeitig sollte im Sinne der demokratischen Legitimität im Blick behalten werden, dass Kommunen LEADER nicht für Maßnahmen, die in ihren herkömmlichen Aufgabenbereichen liegen (z.B. Gemeindestraßen) zweckentfremden oder überbeanspruchen, was in einigen LEADER-Regionen beobachtet wird (Europäischer Rechnungshof, 2022). Daher sind eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen sowie alternative Fördermöglichkeiten für die ländlichen Entwicklung notwendig, um die Förderung von innovativen und vom bottom-up Charakter profitierenden LEADER-Projekten zu fokussieren.

Angesichts steigender rechter Einflüsse in kommunalen Parlamenten und der damit einhergehenden wachsenden Infragestellung demokratischer Institutionen lässt sich ableiten, dass die demokratische Legitimität von LEADER in Zukunft stärker angezweifelt werden könnte: Daher stellt sich die Frage, **Wie kann Verwaltung und Programmgestaltung auf Legitimationsfragen von LEADER standfest reagieren?**

5.1.2. Spannungsfeld: Verwaltungsaufwand und -kultur vs. Teilhabe

In den Daten wird von verschiedenen Akteur*innen auf den hohen Verwaltungsaufwand von LEADER hingewiesen. Die Brandenburger Evaluierung der LEADER-Maßnahme bestätigen das Problem, das „angesichts der top-down vorgegebenen hohen „Regelungsdichte“ und des damit verbundenen gewachsenen bürokratischen Aufwandes“ das Interesse an Teilhabe von ehrenamtlichen Akteur*innen sinkt (Schwarz & Welz, 2019, S. 64). Mitglieder in RAK und LAG leisten freiwillige Arbeit in den Gremien, für die ausreichende Anerkennung und eigene Wirksamkeit zentral sind. Die Bereitschaft zum Engagement in LEADER kann demnach sinken, wenn die Unzufriedenheit mit Prozessen steigt (Pollermann & Schwarze, 2019), beispielsweise wenn Kontrollmechanismen und Formalismus zu hoch werden. Ergänzend wird in den Fokusgruppen eine misstrauische Haltung der Bewilligungsstellen gegenüber Projektträger*innen benannt. Die Verwaltungsprozesse auf Ebene der EU und Landesregierung stehen damit den bottom-up Prozessen auf regionaler Ebene in einem Ziel- und Vertrauenskonflikt gegenüber, wodurch sich das Spannungsfeld Verwaltungsaufwand und -kultur vs.



Abbildung 10: Spannungsfeld 2: Verwaltungsaufwand und -kultur vs. Teilhabe (eigene Darstellung)

Teilhabe ergibt (Abbildung 10). In der Abschlussevaluierung der Uckermark werden flexiblere Richtlinien gefordert, die beispielsweise ermöglichen, innovative Projekte allein über die RES-Ziele unter größtenteils selbstbestimmten Bedingungen förderfähig zu machen (Abschlussevaluierung der RES 2021, S. 69). Dabei wird auch auf die frühere LEADER+ Richtlinie hingewiesen, unter der mit LEADER freiere Vorhaben unter weniger Bestimmungen durchgesetzt werden

konnte (Land Brandenburg, 2004). Eine Studie betont zudem, dass Bürokratie und der zunehmende Einfluss regionaler und lokaler Behörden die Autonomie der LAGs einschränken kann (Navarro et al., 2015). Die Fallstudie ergänzt hier, dass LEADER-Akteur*innen sich demnach einen Vertrauensvorschuss von Verwaltungsbehörden wünschen.

Der Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs, in dem der Mehrwert von LEADER im Verhältnis zu Verwaltungskosten hinterfragt wird (Europäischer Rechnungshof, 2022), symbolisiert den Druck des effektiven Mitteleinsatzes der EU und die damit einhergehende Evaluationslogik. Diese wird kritisiert, da LEADER hier primär nach messbaren Outputs beurteilt und dabei die eigentlichen normativen Grundlagen des Ansatzes, wie die Mehrebenengovernance, Subsidiarität und Partnerschaft sowie der Mehrwert für regionale Akteur*innen unzureichend berücksichtigt werden (Finta, 2023).

Das Konfliktfeld eröffnet die Frage, wie in dezentralisierten Steuerungsprozessen die für demokratische Legitimität erforderliche Kontrolle mit Vertrauen in und von lokalen Akteur*innen zusammengebracht werden kann (Hanberger, 2009). Eine europaweite LEADER-Studie weist daraufhin, das Kontrollmaß in LEADER-Richtlinien bewusst zu wählen, um lokales Engagement von LEADER-Akteur*innen nicht zu gefährden (Pollermann et al., 2020), wobei auf die Sicherstellung der demokratischen Legitimität weiterhin zu achten ist.

Zusammenfassend ergibt sich aus diesem Spannungsfeld die Frage: **Wie lassen sich im Sinne einer Verwaltungskultur des Vertrauens Prüfanforderungen und Sanktionslogiken so gestalten, dass sie mit Niedrigschwelligkeit und vereinfachten Richtlinien vereinbar sind?**

5.1.3. Spannungsfeld: Demokratieförderung zwischen Förderkontinuität und Verantwortungsfragen

Als drittes Spannungsfeld wird die Frage nach Förderkontinuität und der Verantwortung für die bundes- und landesweite Stärkung der Demokratie gestellt (*Abbildung 11*). Demokratieförderung braucht beständige Institutionen, damit Demokratiebildung in Sozialisationsprozessen wirken kann (Walter & Ehnert, 2022).



Abbildung 11: Spannungsfeld 3: Demokratieförderung zwischen Förderkontinuität und Verantwortungsfragen (eigene Darstellung)

Die seit 2008 bestehende LEADER-Arbeit in der Uckermark zeigt, dass das Programm über bundes- und landespolitische Legislaturperioden hinweg über die LAG-Struktur eine beständige Ansprechpartnerin für regionale Entwicklungsthemen bietet (*Kapitel 4.1.3.*). Gerade in ostdeutschen ländlichen Räumen ist die Notwendigkeit vertrauensvoller Institutionen zentral, nicht zuletzt mit Blick auf die in *Kapitel 2.2.5.*

beschriebenen DDR-Prägungen. Die LAG kann dabei als regionale Identitätsträgerin verstanden werden, die ostdeutsche Perspektiven sensibel in gegenwärtige Transformationsprozesse einbindet.

Die Ergebnisse eines Fachtags zum Thema Demokratiebildung in ländlichen Räumen verdeutlichen, dass diese „von Netzwerken, Vertrauen und gemeinsamen Lernräumen“ lebt (Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum, 2026). In der Fallstudie findet sich dieser Aspekt im hohen Vertrauen in den RAKs durch die langjährige Zusammenarbeit wieder (*Kapitel 4.1.2.*). Die Ergebnisse der Dimension Struktursicherung zeigen, dass LEADER nicht nur Einzelprojekte fördert, sondern eine dauerhafte demokratische Infrastruktur in Form von Gremien, Netzwerken, Sozialen Orten und Beteiligungsräumen stabilisiert (*Kapitel 4.1.3.*). So waren die LAGn in der letzten Förderperiode in Brandenburg Teil von 119 Netzwerken, 18 wurden neu geschaffen (Schwarz & Welz, 2019). Die Schaffung sozialer Orte, an denen Begegnung und kultureller Austausch möglich sind, wird im Kurzbericht zur Partnerschaft für Demokratie in der Uckermark als wichtige Voraussetzung weiterer Demokratiearbeit beschrieben (Neels, 2023).

Die Fortführung von LEADER ist von Unterstützung und Haushaltsentscheidungen der Landespolitik sowie den Ausrichtungen und Prioritäten der EU-Politik abhängig. Für die Zukunft von LEADER verweist die Stellungnahme der BAG LAG e. V. darauf, dass die geplanten Änderungen des EU Haushalts nach 2027 die Förderkontinuität von LEADER gefährden können, weil geringe Kofinanzierungssätze der EU, eine knappere gesamte Mittelausstattung der Fonds, die fehlende verpflichtende Umsetzung von LEADER, die Verlagerung in nationale Partnerschaftspläne sowie die Reduzierung der Kompetenzen der LAG die langfristige Sicherung von bottom-up Strukturen und Projekten erschweren (BAG LAG e.V.,

2026). Durch eine geringere finanzielle Beteiligung der EU an der Förderung steigt der Kostendruck auf Länder und Kommunen, während zugleich kein verbindliches Mindestbudget für LEADER vorgesehen ist. Damit ist der demokratische Mehrwert in LEADER nicht selbstverständlich dauerhaft gesichert.

Die benannten demokratiestärkenden Beiträge von LEADER sind zudem als ein Baustein der Demokratieförderung in ländlichen Räumen einzuordnen. In Hinblick auf Demokratiebildung zeigen die Ergebnisse, dass vor allem die Gremienarbeit individuelle Demokratiekompetenzen stärkt, politische Bildung jedoch bisher nicht explizit gefördert wird. Andere Regionen machen deutlich, dass LEADER als Schnittstelle für Demokratiebildung genutzt werden kann: In Rheinland-Pfalz haben sich mehrere LEADER-Regionen zu dem Kooperationsprojekt „LEADER für Demokratie in RLP“ zusammengeschlossen, das Argumentationstrainings, Bildungsarbeit und Präventionsmaßnahmen gegen demokratiefeindliche Tendenzen unterstützt (Gutberlet, 2025). In Sachsen-Anhalt werden LAG-Strukturen genutzt, um über den Fond ESF+ etwa Bildungsprojekte umzusetzen (Landesportal Sachsen-Anhalt, 2025). Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die Möglichkeit einer fondsübergreifenden Nutzung der LEADER-Methode weiter zu stärken und dabei die starke Netzwerkfunktion und tiefe Verankerung in lokale Strukturen gezielt zu nutzen.

Angesichts kaum vorhandener alternativer Fördertöpfe zur Entwicklung des ländlichen Raumes (SRLE, 2024) können sich bestehende regionale Disparitäten durch unzuverlässige Förderungen verschärfen. Förderkontinuität bleibt deshalb eine zentrale Voraussetzung nachhaltiger Demokratieförderung. Daher stellt sich die Frage: **Wie kann LEADER als Schnittstelle für Synergiewirkungen mit Demokratieförderprojekten wirken?**

5.2. Zum Schutz der Demokratie in LEADER

*Forschungsfrage 2: Wie gehen LEADER-Akteur*innen mit antidemokratischen Bestrebungen um und welche präventiven Maßnahmen nutzen sie zum Schutz demokratischer Prozesse und Strukturen?*

In der Uckermark werden problematische Entwicklungen insbesondere im Zusammenhang mit Projektanträgen wahrgenommen, eine andere befragte Region berichtet zudem von Unterwanderungsversuchen demokratiefeindlicher Akteur*innen innerhalb der LAG. Dabei werden die frühzeitige Einschätzung durch das Regionalmanagement, die Einordnung potenziell problematischer Vorhaben in den Gremien sowie die Orientierung an den Projektauswahlkriterien als wichtige Schutz- und Filtermechanismen genannt. Daraus lässt sich ableiten, dass demokratischen Prinzipien in LEADER vor allem über präventive und verfahrensgebundene Maßnahmen geschützt werden.

Der steigende Einfluss antidemokratischer Akteur*innen in ländlichen Räumen wird von LEADER-Akteur*innen bundesweit als Problem erkannt. In diesem Zuge organisierte die dvs 2024 eine Online-Veranstaltung zum Thema „Rechtsextremistische Strukturen und Strategien in ländlichen Räumen“ sowie 2025 die Veranstaltungsreihe „LEADER hält zusammen - Demokratischer Umgang mit Populismus und extremen Positionen“ für LEADER-Akteur*innen (BLE, 2025; dvs, 2025a, 2025b, 2025c). In der Dokumentation der dvs-Veranstaltungsreihe wird von einer breiten Spannweite an Erfahrungen der bundesweit teilnehmenden Regionalmanagements mit antidemokratischen Einstellungen in LEADER berichtet (BLE, 2026c).

Rechtsextreme Akteur*innen im ländlichen Raum treten häufig strategisch als „Kümmerer“ oder unauffällige Nachbarn auf, um politische Ziele unauffällig mit der Zeit einzubringen und über lokale Netzwerke zu verbreiten. Das macht ihre Einflussnahme oft schwer erkennbar (BLE, 2025). Für LEADER ist das besonders relevant, weil der offene bottom-up Ansatz zwar Beteiligung und regionale Eigeninitiative ermöglicht, zugleich aber auch Anknüpfungspunkte für antidemokratische Vereinnahmung bietet. Die regionale Schutzfunktion besteht daher gerade darin, diese Offenheit mit klaren Kriterien, institutioneller Wachsamkeit und externer Unterstützung zu verbinden. In den Interviews wird das in der Zusammenarbeit mit den Partnerschaften für Demokratie, mobilen Beratungsteams und in Projektberatungen sichtbar, die dazu dienen, Verdachtsmomente früh zu prüfen und einzuordnen. Auch in der dvs-Reihe wird deutlich, dass wirksamer Demokratieschutz im ländlichen Raum auf die Verzahnung von lokalen Gremien, Beratung und Vernetzung angewiesen ist (dvs, 2024).

Die Fallstudie zeigt zugleich, dass LEADER nur dann als demokratischer Schutzraum wirken kann, wenn die Akteur*innen über die notwendige Sicherheit im Umgang mit antidemokratischen Tendenzen, Kapazitäten und institutioneller Rückendeckung verfügen. Mehrfach wird deutlich, dass das Regionalmanagement unter administrativen Belastungen nicht immer die Ressourcen für intensive Auseinandersetzung mit Hintergründen von Projektträger*innen hat und die Abgrenzung zwischen politisch problematisch und klar antidemokratisch nicht immer eindeutig ist. Letzteres bestätigt sich in Berichten von an der dvs-Veranstaltung teilgenommenen Regionalmanager*innen (dvs, 2025c). Zudem ist die gemeinsame Diskussion und Festlegung gemeinsamer Werte und Arbeitsweisen in der LAG zentral, damit Mitglieder eigene Haltungen kritisch hinterfragen und LEADER als Raum für Aushandlung und Wertschätzung gelebt werden kann (dvs, 2025b). Weiterbildungsangebote, wie die der dvs, die bundesweiten Erfahrungsaustausch unter LEADER-Akteur*innen fördern, erscheinen daher zentral, um die politische Urteils- und Handlungsfähigkeit zu stärken und antidemokratische Absichten in der Praxis früh zu erkennen.

6. Handlungsempfehlungen

Auf Grundlage der diskutierten Ergebnisse zeigt sich, dass sich aus dem demokratischen Mehrwert von LEADER und aus den Erfahrungen mit Antidemokratie in LEADER nicht nur analytische Schlussfolgerungen, sondern auch konkrete Handlungsbedarfe für die Praxis ableiten lassen. Zunächst werden Empfehlungen an die ELER-Verwaltungsbehörde, spezifisch das Fachreferat 32 für Ländliche Räume formuliert, da diese die institutionellen Rahmenbedingungen von LEADER maßgeblich mitgestalten. Anschließend folgen Empfehlungen an die LAG Uckermark, um Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Demokratie in der LEADER-Umsetzung vor Ort weiterzuentwickeln. Grundlage hierfür ist der Abgleich der in *Kapitel 4.2.* dargestellten Präventionsmaßnahmen der LAG Uckermark mit den von der dvs erarbeiteten Maßnahmen zum Umgang mit Rechtspopulismus und -extremismus in LEADER-Regionen (dvs, 2024), die abgeglichen und ergänzt wurden.

Empfehlungen an Verwaltungsbehörden

1. Niedrigschwellige und beständige Beteiligung stärken

- Niedrigschwellige Förderzugänge und Beteiligungsformate weiterhin ausbauen: Insbesondere das Regionalbudget, um Selbstwirksamkeit und den Zugang für neue Akteursgruppen in der Fläche erleichtern
- Öffentlichkeitsarbeit breitenwirksam ausbauen: Leitfäden für Kommunikationsstrategien für LAGn entwickeln, für verbesserte Sichtbarkeit von LEADER
- Regionalmanagements als Verantwortungsträger für demokratische Prozesse unterstützen: Schulungsangebote für Konfliktmanagement, Mediation und Beteiligungsmanagement ausbauen
- Langfristige und beständige Finanzierung sicherstellen: Damit Vertrauen in LEADER als demokratische Institution gestärkt wird

2. Demokratiefördernde Aspekte sichtbar machen und fördern

- Demokratiebezogene Wirkungen von LEADER praxisorientiert mitevaluieren
- Demokratische Grundwerte in Richtlinien verankern: Beibehaltung der Benennung von Beteiligung, Inklusion, Transparenz, zusätzlich Diskursqualität und Schutz demokratischer Grundwerte als Querschnittsaspekte hinzufügen, Kapazitäten zur Umsetzung der Werte mitdenken
- Stabilität und Handlungsfähigkeit der LEADER-Strukturen öffentlichkeitswirksam kommunizieren, um Vertrauen in demokratische Institutionen zu fördern

3. Gestaltungsspielräume zur Demokratieförderung über LEADER ermöglichen

- Experimentierklausel zur Förderung innovativer und maßnahmenunabhängiger Projekte: Die Möglichkeit offener Projektformate in der Richtlinie ergänzen, um Projekte noch besser an regionsspezifischen Bedarfen auszurichten und die Handlungsfähigkeit der LAGn vertrauensfördernd zu unterstützen

4. Umgang mit antidemokratischen Tendenzen systematisieren

- Fortbildungen, Handlungsempfehlungen und bundesweite Austauschgruppen zum Umgang mit antidemokratischen, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Positionierungen fortführen und ausbauen
- Anonymisiertes Monitoring von Zweckentfremdungs- und Extremismusvorfällen in LAGn mitevaluieren: Über eine landesweite Dokumentation der Anzahl und Art von Vorfällen



können Muster erkannt, Wiederholungsfälle frühzeitig identifiziert und LAG-Entscheidungsprozesse demokratisch abgesichert werden

Empfehlungen an LAG Uckermark: Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Demokratie

1. **Ergänzung in der Satzung der LAG Uckermark e.V.:** Diese könnte beinhalten, dass die Tätigkeit vom Verein dem demokratischen Rechtsstaat verpflichtet ist und ein Bekenntnis aller Mitglieder zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlangen, um dem Vorstand zu ermöglichen, bei Satzungsverstoß Mitglieder auszuschließen
2. **Demokratisches Werteverständnis in der LAG und ggf. RAKs ausarbeiten:** Entwicklung gemeinsamer Werte und Arbeitskultur kann eine wertschätzende Zusammenarbeit stärken, vor Unterwanderung schützen und einen Referenzpunkt in konfliktreichen Diskussionen bieten
3. **Öffentlichkeit beibehalten:** Öffentliche Einladung in RAK-Sitzungen bei Verdachtsfällen als wirksamen Schutz- und Filtermechanismus beibehalten
4. **Team-Building Maßnahmen und Konfliktbearbeitungsworkshops in der LAG durchführen:** Interne Resilienz und Zusammenhalt stärken, um persönliche Differenzen und Misstrauen zu reduzieren
5. **Sensibilisierung der LAG und RAKs für antidemokratische Narrative:** Externe Beratung einholen, um antidemokratischen Haltungen früh zu erkennen
6. **Regionale Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen ausbauen:** Regelmäßige und strukturierte Austauschformate, um Perspektiven in LAG-Arbeit zu erweitern und die Teilhabemöglichkeiten von LEADER sichtbar zu machen
7. **Demokratische Haltung und Mehrwert nach außen kommunizieren:** Gemeinwohlwirkung von Projekten, Fördergrundsätze und -werte stärker in die Öffentlichkeit tragen, in Projektberatungen darauf hinweisen
8. **Verstetigung der Zusammenarbeit mit der Partnerschaft für Demokratie und Mobilen Beratungsteams:** Diese können in Konfliktfällen und der Sensibilisierung und Information über antidemokratische und rechtsextreme Akteursnetzwerke unterstützen sowie Vernetzung mit zivilgesellschaftlich Akteur*innen fördern

7. Kritische Reflexion und Limitationen der Forschung

Die vorliegende Arbeit verfolgt einen qualitativen, explorativen Forschungsansatz. Entsprechend lassen die Ergebnisse unter Einbezug der Literatur und entsprechend der einheitlichen Richtlinien eine bedingte Übertragung auf andere LEADER-Regionen zu, sind aber nicht als verallgemeinerbare oder bundesweit repräsentative Aussagen zu verstehen. Der Wert der Untersuchung liegt damit vor allem in der systematischen Erschließung des bislang wenig bearbeiteten Untersuchungsgegenstandes, um Anstöße für weitere Forschung und die Praxis zu geben (Kuckartz & Rädiker, 2024).

Für die Übertragbarkeit der Ergebnisse ist vor allem die Kontextabhängigkeit zu beachten: Die historisch gewachsene Organisationsstruktur der LEADER-Region Uckermark mit den RAKs als zusätzliche lokale Entscheidungsebene kann das gegenseitige Vertrauen der LEADER-Verantwortlichen stärken. Da es eine solche Ebene in den meisten LAGn nicht gibt, sind die Ergebnisse vor allem als Ausdruck der spezifischen regionalen Organisationsstruktur zu verstehen. Ob dieser Zusammenhang auch in anderen Regionen zutrifft, muss daher gesondert untersucht werden. Pollermann et al. (2020) betonen diesbezüglich den Einfluss institutioneller und sozioökonomischer Faktoren sowie unterschiedlicher Problemlagen der lokalen Entwicklung auf die regionale LEADER-Umsetzung.

Hinzu kommt, dass demokratische Effekte nicht immer eindeutig einem einzelnen Förderprogramm zugeordnet werden können. Teilhabe, Vertrauen und Schutz vor antidemokratischen Tendenzen entstehen im Gefüge regionaler Akteursnetzwerke und institutioneller Faktoren, sodass die gefundenen demokratiefördernden Aspekte eher mögliche Wirkzusammenhänge als kausale Eindeutigkeiten sichtbar machen.

Methodisch zeigen sich folgende Grenzen der Forschung auf: Neben der begrenzten Zahl der Befragten ($n = 19$) ist die Forschungsarbeit auch in ihrer Perspektive begrenzt, da vor allem LEADER-nahe und -befürwortende Akteur*innen befragt wurden. Verwaltungsbehörden und externe Perspektiven ohne bisherige Berührungspunkte mit LEADER sind nicht vertreten, sodass bestimmte Sichtweisen fehlen, die für die Untersuchung der Wahrnehmung von LEADER als demokratische Institution relevant gewesen wären. Zudem ist auch die qualitative Inhaltsanalyse trotz systematischem Vorgehen mit Interpretationsentscheidungen verbunden, insbesondere bei der Kategorienbildung und -abgrenzung (Kuckartz & Rädiker, 2024). Das Wirkungsmodell zur Demokratieförderung nach Walter und Ehnert (2022) habe ich explorativ durch Kategorien aus der Demokratieliteratur ergänzt. Eine Gewichtung der einzelnen Kategorien wäre hilfreich gewesen, um die Bedeutsamkeit einzelner demokratiefördernder Aspekte herauszustellen. Konkrete messbare Indikatoren zu den einzelnen Kategorien hätten zudem dazu beigetragen, Wirkungsbeziehungen fundierter abzuleiten. Weiterhin zeigen sich teilweise inhaltliche Überschneidungen zwischen einzelnen Kategorien, etwa bei „Transparenz und Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen“ und „Qualität der Beteiligung“. Die Ergebnisse erfassen demnach stärker Zusammenhänge als trennscharfe Einzelphänomene. Zudem ist der untersuchte Zeitraum begrenzt. Für die Zukunft zeigt sich daher die Notwendigkeit weiterer Forschung, die die demokratiefördernden Aspekte von LEADER unter einer höheren und vielfältigeren Anzahl an Befragten und über einen längeren Zeitraum untersucht, um Wirkungen über die Förderlogik hinaus festzustellen. Rehse et al. (2025) betonen, dass die Untersuchung von Wirkungen im Kontext von Demokratieförderung kontinuierlich und über lange Zeiträume hinweg angelegt sein sollte, um Veränderungen von Strukturen oder Verfahren langfristig messen zu können.



8. Fazit

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass LEADER in Brandenburg zur Demokratieförderung beiträgt. Durch die Umsetzung in den LAGn entstehen Lern- und Erfahrungsräume für demokratische Praxis, transparente und nachvollziehbare Beteiligungsverfahren sowie demokratische Infrastruktur. Darüber hinaus stärken die durch LEADER geförderte lokale Selbstwirksamkeit und die Vernetzung regionaler Akteur*innen den demokratischen Zusammenhalt.

Insbesondere in ländlichen Räumen, in denen das Vertrauen in Politik und Institutionen teilweise unter Druck steht, veranschaulicht LEADER, dass Fördermittel über einen demokratischen Weg nach regionalen Bedarfen verteilt werden und Teilhabe an regionalen Steuerungsprozessen möglich ist. Damit das Vertrauen in LEADER und die damit verbundenen demokratischen Verfahren langfristig wachsen kann, ist jedoch eine verlässliche und ausreichende Finanzierung des Programms erforderlich.

Gleichzeitig wird deutlich, dass demokratischer Mehrwert von regionalen Bedingungen und der Ausgestaltung von Verfahren abhängt und den Schutz der Demokratie einschließen muss. Damit LEADER resilient gegenüber antidemokratischen Einflüssen auch in kommunalen Parlamenten bleibt, sprechen die Ergebnisse dafür, Regionalmanagements und LAGn handlungssicher zu machen, um antidemokratische Tendenzen früh zu erkennen und wirksam zu begrenzen. In Hinblick auf den demokratischen Anspruch und die LEADER-Ziele, eine hohe Reichweite und Inklusion zu fördern, braucht es ausreichend Ressourcen der LAG für Beteiligungsprozesse und Experimentierräume, damit demokratischer Zusammenhalt nicht nur unter dem bereits engagierten Milieu gestärkt wird.

Aufgrund der Fokussierung auf die Fallregion Uckermark sowie der begrenzten Datenlage besteht weiterer Forschungsbedarf. Künftige Untersuchungen sollten Demokratieeffekte von LEADER über mehrere Förderperioden hinweg und in allen LEADER-Regionen Brandenburgs analysieren, um langfristige Wirkungen besser erfassen zu können.

Vor dem Hintergrund aktueller demokratischer Herausforderungen und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung legen die Ergebnisse abschließend nahe, dem Potential von LEADER als dezentrales Steuerungsinstrument der Demokratieförderung in Brandenburg, Deutschland und Europa künftig größere Aufmerksamkeit in politischen und wissenschaftlichen Debatten zu widmen.

9. Literaturverzeichnis

- Asso, L., & Kangro, K. (2025). Smart and social? Assessing social value in the EU LEADER programme in rural Estonia. *European Urban and Regional Studies*, 1–18.
<https://doi.org/10.1177/09697764251379240>
- Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen in Deutschland (BAG LAG) e.V. (2026). *LEADER – Zukunftsperspektiven für eine Erfolgsgeschichte* [Stellungnahme].
https://www.baglag.de/position_22042026/
- Bär, G., Kasberg, A., Geers, S., & Clar, C. (2020). Fokusgruppen in der partizipativen Forschung. In S. Hartung, P. Wihofszky, & M. T. Wright (Hrsg.), *Partizipative Forschung: Ein Forschungsansatz für Gesundheit und seine Methoden* (S. 207–232). Springer Fachmedien.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-30361-7_7
- Bellamy, R., Bonotti, M., Castiglione, D., Lacey, J., Näsström, S., Owen, D., & White, J. (2019). The Democratic Production of Political Cohesion: Partisanship, Institutional Design and Life Form. *Contemporary Political Theory*, 18(2), 282–310. <https://doi.org/10.1057/s41296-018-00285-w>
- Bertelsmann Stiftung. (2025). *Kommunale Finanzen – Rekorddefizit in Brandenburg* [Pressemitteilung]. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Kommunale_Finanzen/PM_Finanzreport_2025_Brandenburg.pdf
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). (2023). *Den Wandel gestalten! Zusammenfassung zum GAP-Strategieplan 2023 – 2027*.
https://www.bmleh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/gap-strategieplan-kurzueberblick.pdf?__blob=publicationFile&v=7
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). (2025). *Evaluierungskonzept GAP-Strategieplan (SP) Mehrwert Leader* [Anhang F]. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. https://www.bmleh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/feinkonzept-so8.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- Breiling, M. (2000). Fokusgruppen. In R. Bürki (Hrsg.), *Klimaänderung und Anpassungsprozesse im Wintertourismus* (6. Aufl., S. 99–130). Ostschweizerische Geographische Gesellschaft.
<https://www.breiling.org/snow/rb/kap6.pdf>
- Bundesjugendkuratorium. (2017). *Thesenpapier Demokratie braucht alle*.
https://bundesjugendkuratorium.de/data/pdf/press/BJK_2017_Thesenpapier_Demokratie_braucht_alle.pdf
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. (2025). *Lebenslagen in Deutschland. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Bundesregierung. (2024). *Gleichwertigkeitsbericht 2024*. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.
- Christoforou, A. (2017). Social Capital: Intuition, Precept, Concept and Theory. *Social Capital and Local Development*. https://doi.org/10.1007/978-3-319-54277-5_2
- Coppedge, M. (2023). V-Dem's Conceptions of Democracy and Their Consequences. *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4410921>

- Costa, A., De Matteis, F., Preite, D., Department of Public Management and Policy, & Tafuro, A. (2016). WHAT IMPACT OF LOCAL ACTION GROUPS ON SOCIAL CAPITAL AND LOCAL DEVELOPMENT? *Journal of Public Administration, Finance and Law*, (9/2016).
- Dahl, R. A. (1971). *Poliarchy. Particiaption and Opposition*. Yale University Press.
https://moodle2.units.it/pluginfile.php/785418/mod_resource/content/1/Dahl%20Poliarchy01.pdf
- Deutscher Bundestag. (2020). 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter (Nr. 19/24200).
- dvs. (2025a). *LEADER hält zusammen. Demokratischer Umgang mit Populismus und extremen Positionen. Einführungsveranstaltung*. [Unveröffentlichte Präsentation].
- dvs. (2025b). *LEADER hält zusammen. Demokratischer Umgang mit Populismus und extremen Positionen. Workshop 2.-3- Dezember 2025* [Skript]. https://www.dvs-gap-netzwerk.de/fileadmin/Redaktion/Seiten/Service/Veranstaltungen/2025/XX_Leader_haelt_zusammen/LEADERhaeltzusammen_Skript_Webdoku.pdf
- dvs. (2025c). *Dokumentation der Kleingruppen-Arbeit im Rahmen des LEADER-Austauschs „Umgang mit Rechtspopulismus und -extremismus in der LEADER-Region“ am 7. Dezember 2023* [Dokumentation]. https://www.dvs-gap-netzwerk.de/fileadmin/Redaktion/Seiten/Service/Veranstaltungen/2023/Rechtspopulismus_in_der_LEADER-Region/Ergebnisse_Austausch_web.pdf
- Ehnert, K., Johann, T., Mielke, A., Rehse, A., Walter, E., & Zimmermann, E. (mit Wagner, C. & Deutsches Jugendinstitut). (2021). *Handlungsfeld und Handlungslogiken: Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024* (digital). Deutsches Jugendinstitut e.V.
- ELER-Verwaltungsbehörde. (2019). *Erlass der ELER-Verwaltungsbehörde zur Auswahl der Vorhaben in Brandenburg und Berlin 2014—2020 im Rahmen des ELER*.
- Engler, S., Abou-Chadi, T., Leemann, L., & Heiko Giebler. (2020). *Democracy Barometer. Codebook* (Aarau: Zentrum der Demokratie; Version 7) [Datensatz].
https://democracybarometer.org/wp-content/uploads/2020/11/codebook_1990-2017_version_homepage.pdf
- EU CAP Network. (2024). *Assessing the added value of LEADER. Guidelines*. <https://eu-cap-network.ec.europa.eu/sites/default/files/publications/2024-08/eu-cap-network-guidelines-assessing-the-added-value-leader.pdf>
- Europäische Kommission. (2014). *Einführung in die EU-Kohäsionspolitik 2014-2020*.
https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/brochure/basic/basic_2014_de.pdf
- Europäische Kommission. (2021). *Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU – Für stärkere, vernetzte, resiliente und florierende ländliche Gebiete bis 2040* (COM(2021) 345). Europäische Kommission.
- Europäische Kommission. (2024). *GAP Strategieplan (Vorgängerversion 5.1)*.
https://www.bmlh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Landwirtschaft/EU-Agrarpolitik-Foerderung/gap-strategieplan-version-5-1.pdf?__blob=publicationFile&v=7
- Europäischer Rechnungshof. (2022). *LEADER und von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung: Lokales Engagement wird gefördert, doch Zusatznutzen ist noch immer nicht*

- ausreichend nachgewiesen* (Sonderbericht Nr. 10). Europäischer Rechnungshof.
<https://data.europa.eu/doi/10.2865/225593>
- FAO-World Bank. (2008). *The Evolution and Impact of EU Regional and Rural Policy* [FAO/WB Working Paper]. Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO).
<https://www.fao.org/4/aj280e/aj280e00.pdf>
- Faus, J., Alin, S., & Ickstadt, L. (2024). *Brandenburg im Wandel: Politische Einstellungen und Zukunftsperspektiven*. Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. Landesbüro Brandenburg.
- Finta, I. (2023). Comments on the European Court of Auditors' Special Report on the Leader Programme. *European Countryside*, 15(2), 328–345. <https://doi.org/10.2478/euco-2023-0018>
- Flick, U., von Kardorff, E., Keupp, H., von Rosenstiel, L., & Wolff, S. (Hrsg.). (1995). *Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen* (2. Aufl., [Nachdr.]). Beltz - Psychologie Verlags Union, Weinheim.
- Franke, H., Hebenstreit, J., Holtmann, E., Jaeck, T., Pollak, R., Reiser, M., Sand, M., & Zissel, P. (2026). *Deutschland-Monitor '25. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Wie veränderungsbereit ist Deutschland?* Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther- Universität Halle-Wittenberg, Institut für Politikwissenschaft Friedrich-Schiller-Universität Jena, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-108671-7>
- Freedom House. (2026). *Freedom In The World. The Growing Shadow of Autocracy* [Jahresbericht]. Freedom House, Inc. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2026/growing-shadow-autocracy>
- Fuchs, D., & Roller, E. (2018). Conceptualizing and Measuring the Quality of Democracy: The Citizens' Perspective. *Politics and Governance*, 6(1), 22–32. <https://doi.org/10.17645/pag.v6i1.1188>
- Fynn, L.-L., & Pollermann, K. (2022). *Länderübergreifender Bericht der regionalen Fallstudien zur Förderung von LEADER und weiteren ELER-Maßnahmen der ländlichen Entwicklung: Bericht zur Förderperiode 2014-2020 (verlängert bis 2022) in den Ländern Hessen, Niedersachsen, ... (5-Länder-Evaluation)*. Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen.
<https://doi.org/10.3220/5LE1653995416000>
- Groh-Samberg, O., & Schmelzle, C. (2025). Vom gesellschaftlichen zum demokratischen Zusammenhalt. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2025(42).
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/gesellschaftlicher-zusammenhalt-2025/571524/vom-gesellschaftlichen-zum-demokratischen-zusammenhalt/>
- Gutberlet, M. (2025). *LEADER für Demokratie in RLP* [Präsentation]. Dvs-Veranstaltung „Gemeinsam vor Ort Praktische Ideen zur Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts“ am 19.03.25.
https://www.dvs-gap-netzwerk.de/fileadmin/Redaktion/Seiten/Service/Veranstaltungen/2025/03_Gemeinsam_vor_Ort/250319_Gutberlet_Demokratieprojekt_RLP.pdf
- Habermas, J. (1996). Three Normative Models of Democracy. In *Democracy and Difference: Contesting the Boundaries of the Political* (S. 21–30). Princeton University Press.
<https://dokumen.pub/democracy-and-difference-contesting-the-boundaries-of-the-political-9780691234168.html>
- Hanberger, A. (2009). Democratic Accountability in Decentralised Governance. *Scandinavian Political Studies*, 32(1), 1–22. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2008.00220.x>

- Heidenreich, F. (2025). Demokratie heute. *Demokratie, Informationen zur politischen Bildung izpb*, (361/2024). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/demokratie-2025/>
- Himmelfmann, G. (2007). Durch Demokratie-Lernen zum Demokratiebewusstsein. In D. Lange & G. Himmelfmann (Hrsg.), *Demokratiebewusstsein: Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung* (S. 26–40). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90585-3_3
- Jakobi, T. (2000). *Ansätze der Theorie deliberativer Demokratie* [Magisterarbeit, Philosophisch-Historische Fakultät der Universität Heidelberg]. <https://doi.org/https://doi.org/10.11588/heidok.00001927>
- Klein, M., Schubert, M., & Demos, Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung (Hrsg.). (2022). *Demokratiefeindliche Realitätsflucht: Reichsbürger, Selbstverwalter, Verschwörungsgläubige: Problemlagen und Handlungsoptionen*. demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.
- Krause, L.-K., & Gagné, J. (2023). *Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt* [Studie]. More in Common. https://www.moreincommon.de/wp-content/uploads/2023/08/more_in_common_studie_preiskrise_zusammenhalt.pdf
- Kuckartz, U., 1951-, & Rädiker, S., 1976-. (2024). *Qualitative Inhaltsanalyse Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz* (6., überarbeitete und erweiterte Auflage). Beltz Juventa. <https://research.ebsco.com/plink/0c55a47f-9d1f-3c9d-9a1e-f79de80df265>
- Laclau, E., & Mouffe, C. (2001). *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics* (2. Aufl.). VERSO. <https://doi.org/10.1515/9781474472593-004>
- Land Brandenburg. (2004). *Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ im Land Brandenburg im Zeitraum 2000 bis 2006*. <https://bravors.brandenburg.de/de/verwaltungsvorschriften-221566>
- Landesregierung Brandenburg. (2026a). *Organigramm*. Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. <https://mleuv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/organigramm-deutsch.pdf>
- Landesregierung Brandenburg. (2026b). *Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2025*. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg. https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/VSB_2025_Pressefassung.pdf
- Landkreis Uckermark. (2022). *Klimaschutzkonzept kompakt*. <https://www.uckermark.de/Umwelt-Landwirtschaft-Natur/Energie-und-Klimaschutz/Energie-und-Klimaschutzkonzept/>
- Langner, J. (2023). *Konzepte pädagogischer Demokratieförderung in Förderprogrammen der Bundesländer* [1. Schwerpunktbericht]. Deutsches Jugendinstitut e.V. <https://doi.org/10.36189/DJI202221>
- Lembcke, O. W., Ritzi, C., & Schaal, G. S. (Hrsg.). (2016). *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06363-4>
- Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V. (2024). *Regionale Entwicklungsstrategie Uckermark 2023-2027*. https://www.lag-uckermark.de/wp-content/uploads/2025/07/2024_06_05_res_2023-2027_uckermark_ohneanlagen.pdf
- Manzella, G. P., & Mendez, C. (2009). *The turning points of EU Cohesion policy* [Working Paper Report to Barca Report]. Europäische Kommission. https://strathprints.strath.ac.uk/38743/1/8_manzella_final_formatted.pdf

- Mau, S. (2019). *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Suhrkamp.
https://medien.ubitweb.de/pdfzentrale/978/351/842/Leseprobe_I_9783518428948.pdf
- Mau, S. (2024). *Ungleich vereint* (2. Aufl.). Suhrkamp.
- Merkel, W. (2021). Neue Krisen: Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71(26/27), 4–11.
- Merkel, W. (2024). Demokratische Resilienz als Konzept. In J. Nida-Rümelin, T. Greger, & A. Oldenbourg (Hrsg.), *Normative Konstituenzen der Demokratie* (S. 341–358). De Gruyter.
<https://doi.org/10.1515/9783111118147-022>
- Meyer, T. (Hrsg.). (2009). Postdemokratie. In *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung* (S. 195–199). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91434-3_27
- Meyermann, A., & Porzelt, M. (2014). Hinweise zur Anonymisierung qualitativer Daten. In *Frankfurt am Main: DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation 2014* (S. 17 pages). DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation.
<https://doi.org/10.25656/01:21968>
- Ministerium des Innern und für Kommunales. (2025). *Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebung* [Verfassungsschutzbericht].
https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Einstufungsvermerk_LV__AfD.pdf
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MLUK). (2024a, Februar 23). *Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der ländlichen Entwicklung im Rahmen von LEADER (LEADER-Richtlinie) vom 12. Juni 2023*. Amtsblatt des Landes Brandenburg. <https://mleuv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/RL-LEADER-ELER-konsolidierte-Fassung-Maerz2024.pdf>
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MLUK). (2024b, Februar 23). *Zweite Änderung der Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung der ländlichen Entwicklung im Rahmen von LEADER*.
<https://mleuv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Erlass-23-02-2024-zweite-Aenderung-RL-LEADER.pdf>
- Morgan, D. (1997). *Focus Groups as Qualitative Research*. SAGE Publications, Inc.
<https://doi.org/10.4135/9781412984287>
- Mouffe, C. (2000). *Deliberative democracy or agonistic pluralism* (Bd. 72). Institut für Höhere Studien (IHS), Wien.
- Mudde, C. (2021). Populism in Europe: An Illiberal Democratic Response to Undemocratic Liberalism (The Government and Opposition/Leonard Schapiro Lecture 2019). *Government and Opposition*, 56(4), 577–597. <https://doi.org/10.1017/gov.2021.15>
- Navarro, F., Woods, M., & Cejudo, E. (2015). The LEADER Initiative has been a Victim of Its Own Success. The Decline of the Bottom-Up Approach in Rural Development Programmes. The Cases of Wales and Andalusia. *Sociologia Ruralis*. <https://doi.org/10.1111/soru.12079>
- Neels, K. (2023, Dezember 22). *Lokaler Aktionsplan—Die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Uckermark*. BÜRGERSTIFTUNG BARNIM UCKERMARK. <https://buergerstiftung-barnim-uckermark.de/lokaler-aktionsplan-uckermark/>

- Nousiainen, M., & Mäkinen, K. (2015). Multilevel Governance and Participation: Interpreting Democracy in EU-programmes. *European Politics and Society*, 16(2), 208–223. <https://doi.org/10.1080/23745118.2014.986970>
- Pfahl-Traughber, A. (2022). *Intellektuelle Rechtsextremisten: Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten*. Dietz.
- Pickel, S., & Pickel, G. (2020). Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(3), 483–491. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00230-7>
- Pisani, E., Franceschetti, G., Secco, L., & Christoforou, A. (Hrsg.). (2017). *Social Capital and Local Development*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-54277-5>
- Pollermann, K., Aubert, F., Berriet-Sollic, M., Laidin, C., Lépicier, D., Pham, H. V., Raue, P., & Schnaut, G. (2020). Leader as a European Policy for Rural Development in a Multilevel Governance Framework: A Comparison of the Implementation in France, Germany and Italy. *European Countryside*, 12(2), 156–178. <https://doi.org/10.2478/euco-2020-0009>
- Pollermann, K., & Schwarze, S. (2019, Juni 27). LEADER-Evaluierungsansätze und Ergebnisse aus vier ländlichen Entwicklungsprogrammen in Deutschland. In *Frühjahrstagung des AK - Strukturpolitik der DeGEval* [Präsentation].
- Priller, E., Alscher, M., Droß, P. J., Paul, F., Poldrack, C. J., & Schmeißer, C. (2013). Zur Situation, zu den Leistungen und sozialen Effekten von Dritte-Sektor-Organisationen im Land Brandenburg. *WZB Discussion Paper*, (P V 2013-303). <https://hdl.handle.net/10419/89787>
- Publications Office of the European Union. (2024). *Study on funding for EU rural areas: Final report*. Publications Office of the European Union. <https://data.europa.eu/doi/10.2762/901111>
- Putnam, R. D. (2002). *Democracies in Flux: The Evolution of Social Capital in Contemporary Society*. Oxford University Press, USA.
- Ragonnaud, G. (2017). *Die zweite Säule der GAP: Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums* [Kurzdarstellungen über die Europäische Union]. Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/fiches_techniques/2013/050206/04A_FT\(2013\)050206_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/fiches_techniques/2013/050206/04A_FT(2013)050206_DE.pdf)
- Ramos, E., & Delgado, M. del M. (2015). EUROPEAN RURAL DEVELOPMENT PROGRAMMES AS A MEAN OF STRENGTHENING DEMOCRACY IN RURAL AREAS. In *Walking Towards Justice: Democratization in Rural Life* (S. 135–157). Emerald. [http://dx.doi.org/10.1016/S1057-1922\(03\)09009-7](http://dx.doi.org/10.1016/S1057-1922(03)09009-7)
- Rehse, A., Hemmann, M., & Braun, M. (2025). Wirkungsevaluation im Bereich Demokratieförderung. In F. Greuel, F. Heinze, & F. König (Hrsg.), *Was wirkt wie und warum? Wirkungsevaluationen in pädagogischen Handlungsfeldern für Demokratie und gegen Extremismus* (S. 89–107). Beltz Juventa. <https://doi.org/10.3262/978-3-7799-8071-1>
- Saraceno, P., Fioretti, C., Landucci, S., Stavropoulos, E., & Spalazzi, A. (2026). *Integrated territorial development in action* [JRC145955]. Publications Office of the European Union. <https://doi.org/10.2760/6538970>
- Schmidt, M. G. (2008). *Demokratiethorien: Eine Einführung* (4., überarb. und erw. Aufl.). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schwarz, U., & Welz, D. (2019). *Bewertung der Umsetzung der LEADER-Maßnahme des EPLR Brandenburg-Berlin*. MLUL.
https://eler.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Bewertung%20M19_24052019.4505562.pdf
- Seim, J. (2025). *Inklusion und Beteiligung bei Bürger*innenbeteiligungsverfahren*. Springer VS.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-45987-1>
- Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE). (2024). *Demokratiestärkung in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Demokratiegefährdung* [Stellungnahme]. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.
https://www.bmleh.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/srle/Stellungnahme-SRLE-2024-06-11.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- Task Force FGZ-Datenzentrum. (2022). *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland*. SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. <https://doi.org/10.26092/elib/1739>
- VanCode LLC. (2026). *UniScribe* [Software]. <https://www.uniscribe.co/>
- VERBI Software. (2026). *MAXQDA* (Version 26) [Software]. <https://www.maxqda.com>
- VERORDNUNG (EU) 2021/1060, Gesetz Nr. 2021/1060, 231/159 L (2021). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1060&from=DE>
- VERORDNUNG (EU) 2021/2115, Gesetz Nr. 2021/2115, 435/1 L (02.12.20211). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R2115>
- Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Art. 174 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union § Dritter Teil - Die internen Politiken und Maßnahmen der Union (Art. 26 - 197), Titel XVIII - Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt (Art. 174 - 178).
- Vogel, D. B. (2025). Soziale Orte – Die Zukunftsenergie unserer Gesellschaft. *Einwurf, Demokratie und Zusammenhalt*, (04.2025). <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/soziale-orte-die-zukunftsenergie-unserer-gesellschaft>
- Walter, E., & Ehnert, K. (Hrsg.). (2022). *Demokratieförderung. Begriffsverständnis und Schwerpunkte in der Praxis der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung: Handreichung zum 1. Schwerpunktbericht der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung. Handreichung für die Fachpraxis*, 23.
<https://doi.org/https://doi.org/10.25656/01:27961>
- Weiberg, M., & Schöll, A. (2025). Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird. *DeZIM Policy Briefs*, (DPB 03). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-108371-2>
- Zago, R., Block, T., Dessein, J., & Brunori, G. (2014). Participatory democracy in integrated rural development: The case of LEADER programme: towards Europe 2020 and community-led local development. *ILVO Winter School „Place Base Approaches in Regional Development“, Proceedings*. ILVO Winter school „Place base approaches in regional development“.
<http://hdl.handle.net/1854/LU-6845538>

Internetquellen

- Arbeitskreis Anastasia. (o. J.). *Anastasia Bewegung. Aktionsbündnis Brandenburg*. Abgerufen 25. Mai 2026, von <https://aktionsbueundnis-brandenburg.de/anastasia-bewegung/>
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). (2025). *Rechtsextremistische Strukturen und Strategien in ländlichen Räumen*. Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.dvs-gap-netzwerk.de/service/unsere-veranstaltungen/vergangene-veranstaltungen/2024/rechtsextremistische-strukturen-und-strategien-in-laendlichen-raeumen/>
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). (2026a). *Die DVS*. Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.dvs-gap-netzwerk.de/service/ueber-uns/>
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). (2026b). *Grundlagen von LEADER*. Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.dvs-gap-netzwerk.de/dorf-region/leader/leader-im-detail/grundlagen-von-leader/>
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). (2026c). *LEADER hält zusammen*. Regionale Präsenzworkshops. Abgerufen 18. Juni 2026, dvs. <https://www.dvs-gap-netzwerk.de/service/unsere-veranstaltungen/vergangene-veranstaltungen/2026/leader-haelt-zusammen/regionale-praesenzworkshops/>
- Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMELH). (2022). *Umsetzung der ELER-Förderperiode 2014 bis 2022 für ländliche Räume in Deutschland*. BMEL. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.bmleh.de/DE/themen/laendliche-regionen/foerderung-des-laendlichen-raumes/eu-foerderung/eler-2014-2020-umsetzung.html>
- Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMSFSJ). (2019). *Förderaufruf für Modellprojekte im Handlungsfeld „Demokratieförderung“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“*. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://media.frag-den-staat.de/files/foi/432032/40.pdf&ved=2ahUKEwiLzOfbpoyVAXX0cvEDHY2gMw4QFnoECBkQAQ&usq=AOvVaw3GE2gGKnskeh4guZZdmV8g>
- Brandenburg 21 e.V. (2025). *Neustrukturierung der Landesregierung Brandenburgs*. Portal für Brandenburger Nachhaltigkeitsinitiativen. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.nachhaltig-in-brandenburg.de/news/1/1017873/nachrichten/www.nachhaltig-in-brandenburg.de/news/1/1017873/nachrichten/neustrukturierung-der-landesregierung-brandenburgs.html>
- Bundesverband Mobile Beratung. (2026). *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus*. Bundesverband Mobile Beratung. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://bundesverband-mobile-beratung.de/mobile-beratung/>
- Die Bundeswahlleiterin. (2026a). *Europawahl 2024. Ergebnisse Brandenburg*. Die Bundeswahlleiterin. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99/land-12.html>

- Die Bundeswahlleiterin. (2026b). *Europawahl 2024. Strukturdaten Uckermark*. Die Bundeswahlleiterin. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/strukturdaten/bund-99/land-12/kreis-12073.html>
- Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (dvs). (2024). *Auswahl von Ergebnissen der Veranstaltung: „Umgang mit Rechtspopulismus und—Extremismus in der LEADER-Region“*. Abgerufen 12. Juni 2026, von https://www.dvs-gap-netzwerk.de/fileadmin/Redaktion/Seiten/Service/Veranstaltungen/2024/05_LEADER-Austausch_Rechtsextremismus/Tipps_VorbeugemassnahmenLAG.pdf
- EU CAP Network. (o. J.). *LEADER erklärt | EU CAP Network*. Abgerufen 3. November 2025, von https://eu-cap-network.ec.europa.eu/networking/leader/leader-explained_de
- Europäische Kommission. (2026, März 25). *GAP-Fonds—Landwirtschaft und ländliche Entwicklung—Europäische Kommission*. Abgerufen 12. Juni 2026, von https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/financing-cap/cap-funds_en
- Kooperations- und Beratungsstelle (KBS). (o. J.). *Über die KBS*. KBS. Das Partnernetzwerk Brandenburg. Abgerufen 1. Juni 2026, von <https://kbs-partnernetzwerk-brandenburg.de/ueber-kbs/>
- Körting, K. (2023, Juli 12). *Mutmaßliche Reichsbürger fassen Fuß in Rutenberg*. Evangelische Zeitung. Abgerufen 04. Juni 2026, von <https://www.evangelische-zeitung.de/mutmassliche-reichsbuerger-fassen-fuss-in-rutenberg>
- Landesportal Sachsen-Anhalt. (2025). *LAG Magdeburg für Europa startet 2. Projektauftrag*. LEADER Sachsen-Anhalt. Abgerufen 12. Juni 2026, von https://leader.sachsen-anhalt.de/news-detail?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=2306577&cHash=7369f65103b75bd05b1957d694439ccb
- Landkreis Uckermark. (2020a). *Die Geschichte der Uckermark*. Landkreis Uckermark. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.uckermark.de/Landkreis-Politik/Unser-Landkreis/Geschichte>
- Landkreis Uckermark. (2020b). *Land & Leute*. Landkreis Uckermark. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.uckermark.de/Landkreis-Politik/Unser-Landkreis/Land-Leute>
- Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V. (o. J.-a). *Inspiration aus der Uckermark*. LEADER Uckermark. Abgerufen 11. Juni 2026, von <https://leader-uckermark.de/projekte>
- Lokale Aktionsgruppe Uckermark e.V. (o. J.-b). *Young LEADER Uckermark – Deine Ideen für die Region*. LEADER Uckermark. Abgerufen 11. Juni 2026, von <https://leader-uckermark.de/young-leader>
- Salomon, D. (2023). Demokratie. *Diskursmonitor. Glossar zur strategischen Kommunikation in öffentlichen Diskursen*. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://diskursmonitor.de/glossar/demokratie/>
- Speit, A., & Krüger, H. (o. J.). Reichsbürger*innen. *Aktionsbündnis Brandenburg*. Abgerufen 25. Mai 2026, von <https://aktionsbueundnis-brandenburg.de/reichsbuerger/>
- Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum. (2026). *Rückblick „Mut säen, Zukunft ernten—Fachtag zu Demokratiebildung in ländlichen Räumen“*. Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://lernen-im-gruenen.de/aktuelles/rueckblick-mut-saeen-zukunft-ernten-fachtag-zu-demokratiebildung-in-laendlichen-raeumen-409>

Wegweiser Kommune. (2026). *Demografische Entwicklung Uckermark, Landkreis*. Abgerufen 12. Juni 2026, von <https://www.wegweiser-kommune.de/data-api/rest/export/demografische-entwicklung+uckermark-lk+2012-2022+tabelle.pdf>

10. Eidesstaatliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die Ihnen vorliegende Abschlussarbeit selbstständig und ohne Nutzung anderer als der aufgeführten Hilfsmittel erstellt habe. Die direkte oder indirekte Übernahme von Gedanken aus fremden Quellen sowie die Verwendung von KI sind als solche kenntlich gemacht.

Außerdem versichere ich ausdrücklich, dass die gedruckte und die digitale Fassung meiner Abschlussarbeit identisch sind. Ist dies nicht der Fall, wird die Arbeit mit 5,0 bewertet. Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt herausstellen, dass die Fassungen nicht identisch sind, und ist die Abschlussarbeit bereits bestanden und die damit verbundene Qualifikation erlangt, können diese nachträglich aberkannt werden. Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen und wurde auch noch nicht veröffentlicht.

Eberswalde, den 16.06.2026



Farina Luka Tolksdorf